

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechs-spaltige Anzeigen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gemeinnützige Inserate
und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Furcht vor der Wahrheit.

Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Abwehr gegen die
Kaiserreden von Essen und Breslau ist nicht nur der schwerste formale
Rechtsbruch des Reichstags-Präsidenten, sondern zugleich ein moralisch
nicht scharf genug zu beurteilendes Verfahren.

Die Sozialdemokratie war durch die kaiserlichen Reden aufs
erbitterteste angegriffen worden, die Führer der Partei sollten als
Wenigen und als Politiker aufs schwerste getroffen werden. Die
deutschen Arbeiter wurden vor ihnen eindringlich gewarnt und sie
wurden aufgefordert, fortan andre Vertreter ins Parlament zu ent-
senden als sie bisher gethan. Graf Vellestreem hat den also An-
gegriffenen durch brutale Diktatur das Wort der Verteidigung und
Abwehr geraubt. Wenn es richtig ist, was Reichskanzler Graf
Bilow am Mittwoch im Reichstage sagte, daß der Kaiser wohl Wider-
spruch vertragen könne, dann hat Graf Vellestreem dem Kaiser
den schlechtesten Dienst erwiesen, indem er diejenigen, die zu wider-
sprechen das Recht und die Pflicht hatten, gewaltthätig hin-
drerte. Graf Vellestreem hat gegen die elementarste Anstands-
pflicht des Ehrenmannes getrebelt. Er hat gegen diese Ehrenpflicht
getrebelt, obgleich ihm bewußt ist, daß es im Deutschen Reiche außer
dem Reichstage keine Stätte giebt, wo überhaupt die vom Kaiser
Angegriffenen die Möglichkeit haben, ihre Abwehr zu üben, ohne
durch das Strafgesetz schwer bedroht zu sein.

Nicht geringer ist das formale Unrecht, das der
Reichstags-Präsident beging. Er hat früher stets als
Reichstagspräsident anerkannt, daß im Reichstage besprochen werden
sollen; jetzt bricht er die eigne Rechtsregel. Er hat früher es als
Beleidigung des Kaisers bezeichnet, wollte man seine Reden so
niedrig einschätzen, daß sie nicht im Reichstage besprochen werden
müßten; jetzt unterdrückt er die Antwort auf die wichtigsten politischen
Reden des Kaisers, die während der gesamten deutschen Öffentlichkeit
in ihren Reden erregten. Er hat den Abgeordneten Schädler aus-
sichtlich über eine Kundgebung des Kaisers sprechen lassen, die
sich gegen das Centrum richtete; alsbald verbot er die sozialdemo-
kratische Aussprache über die Angriffe des Kaisers gegen die Social-
demokratie. Er gestattete dem Dr. Schädler, über die erpressten
Guldigungsadressen zu sprechen; sogleich darauf erstickte er im
Reichstage den sozialdemokratischen Versuch, denselben Gegenstand zu be-
handeln. Er nahm selbst das Wort in der Krupp-Angelegenheit und
verdächtigte in schweren Beleidigungen diejenigen, die diese Frage
aus reinsten Beweggründen aufgeworfen hatten; denen, die sich
gegen seine Beleidigungen verwahren wollten, verweigerte er das Wort!

Und ungeheurerlicher noch als das sittliche und das formale
Vergehen selbst erscheint die Begründung, die der Präsident
seinem Verfahren gab, indem er die höchst politische Angelegen-
heit der Kaiserreden wider besseres Wissen in eine persönliche
Sache des verstorbenen Krupp veranderte!

Das Unrecht des Reichstags-Präsidenten ist so offenbar, daß
niemand zu seiner Rechtfertigung ein Wort hat. Weder im Reichstage noch in der Presse findet Graf Vellestreem
Zuspruch. Ueberall herrscht erschrockene Verwirrung über den Gewalt-
streich des Präsidenten und über die Ursachen, die ihn herbeigeführt
haben.

Der Vorgang ist bedenklich genug, um die Meinung der Be-
deutendsten Blätter zu verzeichnen.

Nur eine einzige Berliner Zeitung stimmt dem Grafen
Vellestreem zu. Die von Krupp-Geldern gefütterten „Berliner
Neuesten Nachrichten“ begründen diese energische Stellungnahme,
weil damit der Sozialdemokratie ein Heilmittel, das sie sich jetzt
wahrscheinlich als Hauptstüd zum Mißbrauch des Reichstages für die
Wahlagitiation ausgesucht, entzogen wird. In Wahrheit ist niemals
eine so weitwirkende Wahlagitiation für die Sozialdemokratie befohrt
worden als durch die Verhinderung der Besprechung der Krupp-
Frage und der Kaiserreden. Alles, was unsere Redner hätten aus-
sagen können, müßte verschwinden vor der erschütternden Offenbarung,
daß über Krupp und, was mit der Kruppfrage in Zusammenhang
steht, nicht geredet werden darf!

Die „Germania“, deren Partei der Vergewaltigungs-
Präsident angehört, findet noch bis Mittwochabend kein Wort zu
diesen Vorgängen. Sie kann von den wahren Gründen,
die den Präsidenten trieben, nicht sprechen und scheut sich, den Ver-
trauensmann der Partei zu mißbilligen. Das andre weniger ver-
antwortungsvolle Centrumsblatt in Berlin, die „Märk. Volksztg.“ muß
immerhin gestehen, daß sich der öffentlich-politische Charakter der
Kaiserreden nicht bestreiten lasse.

Aber auch die reaktionärsten konservativen Blätter, so sehr
sie wünschen, daß Kaiserreden überhaupt nicht im Reichstage erörtert
werden sollen, erklären, daß nach der bisherigen Lebung das Ver-
fahren des Präsidenten nicht zu billigen sei. Die parteioffiziöse „Konserv-
ative Korrespondenz“ spricht vom erneuten „Schweinegäse der
Sozialdemokratie“ und bezeichnet die That Vellestreems als einen „be-
dauerlichen Mißgriff“. Die „Post“ gesteht:

„Damit ist der guten Sache, welche diese kaiserlichen Reden
wirklich fördern sollte, kein guter Dienst geleistet, die Social-
demokraten haben vielmehr Gelegenheit, sich über die
Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit
und ungleichmäßige Behandlung gegenüber dem
Centrum zu beklagen und werden diese Gelegenheit nach
den Neuerungen ihres Parteiblattes weidlich zur Verheerung der ihrer
Propaganda zugänglichen Massen gegen Kaiser und Reich ausnützen.“
Einer „Ausnutzung“ bedarf es freilich hier überhaupt nicht. Hier
sprechen die Thatsachen ihre unwiderstehliche Sprache und die Pro-
paganda dieser Thatsachen mag allerdings auch Kreise des Volkes
„verheeren“, in die der Sozialdemokratie sonst der Eingang nicht
leicht ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ tadelt gleichfalls den Präsidenten.
Sie bemerkt dazu, daß derselbe „schließlich doch nicht verhindert habe,
was v. Billow hatte sagen wollen“. Dies ist natürlich gänzlich
unrichtig. Unser Redner vermochte nach der präfidialen Ver-
gewaltigung nur noch allgemein das persönliche Reglement zu
geißeln, nicht aber war es möglich, die Angriffe der Kaiserreden
zurückzuweisen und den duster-tragischen Hintergrund
der Krupp-Affaire aufzudecken.

Auch die antisemitisch-reaktionäre „Staatsbürger-Zeitung“ sei-
citiert; sie sagt:

„Was ist die Folge dieser Diktatur des Präsidenten? Der
„Vorwärts“ spricht heute offen die Beschuldigung aus, daß sich
hinter der Krupp-Tragödie Geheimnisse verbergen, die sorgfältig
geheim gehalten werden sollten. Die Ausstellungen gegen Krupp und die
weitere Behauptung, daß auch andre Personen sich ebenso wie
Krupp vergangen hätten, wird im Volke jetzt nur noch um so mehr
Glauben finden.“

Die liberalen Zeitungen widersprechen übereinstimmend dem
Verfahren des Reichstags-Präsidenten und drücken die Ueberzeugung
aus, daß die Ausschaltung der Kritik über die Kaiserreden einen
außerordentlichen Triumph der Sozialdemokratie
bedeute. Die „Vossische Ztg.“ erinnert mit Zug an die Einstellung
des Strafverfahrens gegen den „Vorwärts“, sie bemerkt:

„Nicht genug damit, daß die gerüchvoll eingeleitete Straf-
verfolgung unter Umständen, die öffentlichen Kopfschütteln erregten,
eingestellt werden mußte; bei der ersten Erwähnung des Namens
Krupp im Reichstage ereignete sich geteilt ein Zwischenfall, der in
der Sozialdemokratie helle Schandenfreude entzünden wird. Präsident
Graf Vellestreem hinderte Herrn v. Billow, irgend etwas über den
Fall Krupp zu sagen, über irgend etwas, was „vor oder nach dem
Tode des Ehrenmannes“ geschehen ist, zu sprechen. Das künden
Krupps, der nach der Behauptung des Präsidenten verunglimpft
worden ist, soll also dem Reichstage heilig sein; auch wenn ein Redner
nicht etwa beabsichtigt, die gegen den Wirklichen Geheimen Rat Krupp
erhobenen Anschuldigungen zu erwähen, wenn er überhaupt nicht
über diese Anschuldigungen sprechen will, sondern nur über Kund-
gebungen, die sich an seinen Tod geknüpft haben, Kundgebungen
von unabweisbarer politischer Bedeutung, wird dem Volkvertreter
das Wort abgeschnitten. Und was folgt daraus für die Massen?
Sie sagen sich: nicht die Sozialdemokratie hat die Erörterung dieser
Angelegenheit zu scheuen.“

Allerdings! Nicht die Sozialdemokratie hat die Erörterung
dieser Angelegenheit zu scheuen! Die Sozialdemokratie, die Monate
hindurch in den Blättern des geheulenen Wohlstandes mit
Schimpf überschüttet wurde, die durch den Kaiser schwersten Unrechts
bezichtigt wurde, sie war freudig bereit, an der Stätte,
wo ein offenes Wort zu erhoffen war, ihre Sache zu führen. Doch
durch die allerbrutalste Vergewaltigung wurde nun die Wahr-
heit unterdrückt.

Es besteht also die Thatsache, daß beinahe die gesamte
öffentliche Meinung sich gegen die „Entgleisung“ des Reichstags-
Präsidenten lehrt. Wäre nun dieser Tadel allent-
halbens erhellt, so müßten die politischen Parteien im Reich-
stage die entsprechende Folgerung ziehen. Es wäre ein
leichtes, die Vergewaltigung ungeschehen zu
machen! Wollten die Mehrheitsparteien des Reichstages sich von
Mißthand befreien, so sollen sie sofort die Sache in den früheren
Stand zurückversetzen. Unterlassen sie dies, so ist offenbar, daß
sie lediglich eine Komödie der Mißbilligung betreiben,
aber im Herzensgrunde der Vellestremschen Vergewaltigung
zujubeln. Wir weisen den verlogenen Versuch zurück, alle Schuld
allein auf den Grafen Vellestreem zu laden.

Doch zunächst hatte Graf Vellestreem den Rechtsbruch auf sich
allein genommen. In den Vorkämpfen verfuhr Graf Vellestreem als
unmittelbarer Väter der Mehrheitsparteien. Was trieb ihn
jetzt zu dem Unrecht, das jedes frühere übertrifft und das so offen-
sichtlich ist, daß die Mehrheitsparteien selbst sich vor der Deffen-
sivität von ihm lossagen? Es giebt nur eine Erklärung.

Als getreuer Soldat — und man mag hierin selbst ein
milderes Urteil über die schwere Verfehlung zugestehen — stellte sich
Graf Vellestreem auf den verlorenen Posten. Er gab die bessere
Ueberzeugung und die eigne Ehre daran, um zu hindern, daß durch
die sozialdemokratische Kritik außer der Aufdeckung entsetzlicher
Geschichte auch seinem kaiserlichen Herrn schwere Stunden bereitet
werden!

Es wird in einigen Zeitungen mitgeteilt, daß man auch
am Bundesratssitz über das Verfahren des Reichstags-Prä-
sidenten überrascht gemeldet sei und daß Graf Bilow vorbereitet war,
auf die sozialdemokratischen Angriffe zu erwidern. Das ist un-
wahr. Vielmehr war der Reichskanzler gesichert, daß der Präsident
die Heranziehung der Kruppfrage unterlagern würde. Im Reichstage
selbst verbreitete sich schon, bevor Billow auf die Kaiserrede zu sprechen
kam, die Kunde von dieser Absicht des Präsidenten.

Hätte Graf Bilow nicht das Verhalten des Grafen Vellestreem
freundlich gebilligt, so konnte er selbst zum Schutze des Kaisers die
Besprechung der Angelegenheit eröffnen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

Bilows Rede gegen die „Philister“.
Der Reichstag setzte Mittwoch bei ziemlich gut besetzten
Bänken die Staatsberatung fort. Es kamen nur bürgerliche
Abgeordnete zum Worte und so verliefen die Verhandlungen im
Gegensatz zu der gestrigen hochcharakteristischen Scene zwischen dem
Präsidenten und Billow recht charakterlos. Der gestand hatte,
daß die Erregung über den unerhörten Willkürakt des Grafen
Vellestreem auch bei den Rednern der bürgerlichen Parteien hätte
nachzittern, sie zu scharfem Proteste gegen die so brutal unterdrückte

Redefreiheit hätte treiben müssen, der wurde bitter enttäuscht. Zwar
wurden anstandshalber von einigen Seiten ein paar mißbilligende
Worte über das Vorgehen des Präsidenten laut, aber von entrüstetem
Einspruch, wie ihn ein seiner Würde bewußtes Parlament hätte
erheben müssen, war kein Sterbenswörtchen zu vernehmen.

Von Eugen Richter, dem ersten Redner, hatte das wohl
auch niemand, der diesen famosen Schandakt der Mehrheit in seiner
Joll-Linden-Matenblüte erkennen gelernt hat, noch erwartet. Richter
entschuldigte geradezu das Verhalten Vellestreems. Herr Richter ist
aber überhaupt nur noch soweit Oppositionsmann, als er weiß, daß
diese Scheinopposition wirkungslos sein muß und den Mehrheits-
parteien keine ernsthaften Innamehnslichkeiten bereiten kann. Darauf
war denn auch die Staatsrede des sich immer noch „freisinnig“ nennenden
Totengräbers des deutschen Liberalismus gestimmt. Ein höchst
weihelnde Kritik, soweit die Sache ungeschehen ist — was darüber,
ist vom Uebel für einen Parteiführer, der auf die Gnade des
Centrums ängstlich schielt. Weit entfernt von großen Gesichtspunkten
füllte Herr Richter fast seine ganze Rede mit Anstellungen im
Einzelnen aus. Und auch als er zum Schluß notgedrungen auf die
Person des Kaisers und die Rolle des Reichskanzlers einging, that
er es mit so viel zahloser Gutmütigkeit, daß Herr
v. Billow seinem „logischen“ Kritiker wiederholt leiter zu-
nickte. Beim Hause aber fanden die matten Ausführungen
Richters bei weitem nicht jene Aufmerksamkeit, die man
ihm in jenen Zeiten zu schenken gewohnt war, als er mit der Maske
des „Volktribunen“ noch sorgfältiger sein wahres Gesicht zu ver-
bergen verstand.

Die Mehrheit sah denn auch durchaus ein, welchen Wert dieser
unerschöpfliche Joll- und Dornbüchsenmann für sie hat. Nicht nur Graf
Bilow halbtägige Herrn Richters rhetorischer „Geschicklichkeit“ mit
schmeichelehaften Worten, nein, selbst der Redner der Reichspartei,
Herr v. Kardorff, wühlte ein artiges Kompliment für den „geis-
treichen“ antisozialistischen Schriftsteller Richter, den genialen Dichter
der Spar-Agnes, anzubringen. Im übrigen leistete Herr v. Kardorff
sich eine kleine Polemik gegen die Marginalbemerkung des Kaisers,
wonach auch die deutsche Bourgeoisie nicht zu sozialen Opfern bereit
ist, vollzog seine früher angekündigte „Ausweinandersetzung“ mit dem
Funde der Landwirte in sehr verständiglicher und gar nicht temperam-
entvoller Weise und sprach die so oft offenbarte Sehnsucht seiner schönen
Kontrahenten-Seele nach einem neuen Socialisengeseß von neuem
aus. Waren seine Betrachtungen darüber auch vertrocknet und
fahrig genug, so zeigten sie doch wieder einmal, daß der Wind in
jenen Begrißen noch immer frohgemut aus der scharfmacherischen Ede-
pfeife. Köstlich war das blamable Eingeständnis des alten
Socialistenbüblers, daß man mit geistigen Mitteln nichts habe
gegen die Sozialdemokratie ausrichten können — Grund genug,
mit den Werkzeugen mittelalterlicher Barbarei gegen sie vorzugehen!

Abg. Schrader von der Freisinnigen Vereinigung wies auf
das Thorichte solcher Kriegserklärungen gegen die Sozialdemokratie
hin und forderte u. a. Absätze am Marine- und Militärrelat, ein
Vetois dafür, daß auch seiner Parteigruppe vor ihrer militärischen
und marinistischen Gottähnlichkeit allmählich bange zu werden beginnt.

Nachdem jedoch der Antisemitenhüpfelng Liebermann von
Sonnenberg nach alter Sitte das gesagt hatte, was auszusprechen
die konservativen Herren sich für zu vornehm hielten, nahm am Schluß
der Sitzung der nach glücklicher Überhandener Krupp-Gefahr sehr rede-
lustige Reichskanzler Graf v. Bilow das Wort. Er verlegte dem
Hause zunächst einige neue Dosen seiner socialpolitischen Welt-
weisheit, indem er die Randbemerkung des Kaisers über die
socialpolitische Anlust der Bourgeoisie wieder einzuschranken suchte,
und äußerte sich dann, was er jetzt mit besonderer Vorliebe thut,
wieder über sein Verhältnis zum Kaiser. Er kündigte dabei
„rückhaltlose Offenheit“ an, eine Tugend, die in dieser besonderen
Form in gouvernementalen Kreisen vorübergehend modern geworden
zu sein scheint. Eine gewisse Art Offenherzigkeit und Auf-
richtigkeit ist die feinste und zugleich gefährlichste Art
der Untoaschhaftigkeit. Man muß es dem Kanzler lassen,
daß er sich nach dieser Mode mit einigen Höfungs-
geheiß zu benehmen versteht, wenn er auch von dem Reich verfolgt
wird, mitten in schönsten „Schliddern“ auf der glatten Bahn komisch
zu purzeln. Er bringt, indem er sich noch besonders gegen den Ver-
dacht des „Vandalismus“ verwahrt, scheinbare Freimütigkeiten
über seinen kaiserlichen Herrn vor, die in Wirklichkeit die auf-
getragene Guldigungen sind. So lobte er die fast accentuierte
Individualität, die Vorrückellosigkeit und den großen Zug im Wesen
des Kaisers und meinte in geschwätzter Naturforscherschaftigkeit, der Kaiser
sei, was auch gegen ihn gesagt werden möge, auf keinen Fall ein
Philister! Graf Bilow muß es jawissen, wie weit der Poston augenblid-
lich auf Vursichtigkeit gestimmt ist —, in den Reihen der Konserativen
sahen er mit seiner Ausdrucksweise wenig Verständnis zu finden.
Dort begeigten vielmehr manche Herren: ihr Mißfallen an solcher
Redeweise ganz unverhohlen. In der That, mit dem von den
Monarchisten sorgsam gepflegten überirdischen Gottesgnadenhum ver-
trägt sich solch „freier“ Stil herzlich schlecht. Mit einer Jurid-
weisung des all- und überdeutschen Charwinismus schloß der Kanzler
seine Rede.

Donnerstag wird voraussichtlich als erster Redner Debel zum
Wort gelangen.

Der Kladderadatsch des Völkerrichts.

Ueber die völkerrechtswidrige Versenkung der vene-
zolanischen Schiffe lag bisher trotz aller Anbahnungen der
Presse und der schärfsten Kritik des Auslandes noch keinerlei offizielle
oder offiziöse Mitteilung vor. Diese Lücke wird nunmehr wenigstens
durch den Brief eines deutschen Marine-Offiziers
ausgefüllt, den der „Tag“ veröffentlicht. Das Photo des „Panther“
vor Caracas veranlaßt dies Blatt augenscheinlich, ältere deut-

Selbsthaken unserer Exekutionsflotte auszugraben. In dem von ihm veröffentlichten Brief über die heroische Thätigkeit „Unser Vaujaßen vor Venezuela“ befindet sich folgende Stelle:

„Am 6. Uhr hatten wir die Schiffe draußen. Da aber die beiden von uns erbeuteten Schiffe nur eine Last für uns waren, so wurde das gesamte Material, die sehr guten Geschütze, sowie die Munition genommen und um 8 Uhr ging der übrige Kladderadatsch unter dem Schutz des Pöbels an Land in die Luft.“

Seheft! Schneid! Für diesen Herrn Marine-Offizier ist das Völkerverdacht und fremdes Eigentum also „Kladderadatsch“! Ob Herr v. Bülow sich ebenfalls zu dieser famosen Kladderadatsch-Theorie bekennt?!

Deutsches Reich.

Die Wahlfällungen.

wie sie von den agrarischen und industriellen Unternehmern dadurch verübt werden, daß sie das Wahlgewinnnis zwangsweise brachen und die von ihnen abhängigen Wähler zur Stimmenabgabe für bestimmte Kandidaten zwingen, sollen durch die jetzt vom Grafen Bülow verprochene Sicherung des Wahlgewinnnisses, wenn nicht ganz verhindert, so doch vermindert werden.

Die Konservativen sind über diese Bülow'sche Reform sehr unangehalten. Natürlich können sie nicht zugeben, daß sie deshalb die selbstverständliche Forderung nach Garantien für das verfassungsmäßige Recht der geheimen Wahl bekämpfen, weil sie als ihr persönliches Recht beanspruchen, durch einen ungeheuerlichen Terrorismus die Anwendung der Verfassung zu verhindern. So äußert man denn seinen Unmut in allerlei sinnlosen Phrasen. Die „Konservative Korrespondenz“ höfnet:

„Zur allgemeinen Ueberraschung hat Graf Bülow am Dienstag im Verlaufe der Staatsdebatte im Reichstage angekündigt, daß er den bekannten Antrag zur Wahrung des Wahlgewinnnisses, den Nicht-unverdorbenen jahraus, jahrein eingebracht hatte, dem Bundesrat zur Annahme empfehlen würde. Das war gegenüber den Wählerstimmlisten, die der Erhaltung von ihren Obstruktionstrapazen sehr bedürftig sind, außerordentlich „gütig“ und wird sich wieder bei ihrem schon hoffentlich gewordenen Anhang „einheben“. Es ist, als solle den Obstruktionshelden ein „kleines Geschenk“ als Aufmunterung zugewendet werden, wie ja auch seinerzeit den Parteien, die so hingehend bei der „Verschärfung der Justizhaus-Vorlage“ mitgewirkt hatten, das „kleine Geschenk“ der Abänderung der Vereinsgesetzgebung dargebracht worden war. Die „Wahrung des Wahlgewinnnisses“ durch amtliche Umschlage und Dunkelkammern ist bisher von der Rechten — und auch wohl von der Regierung — immer nur von der humoristischen Seite betrachtet worden. Man wird zugeben müssen, daß die Gewährung dieses überfälligen Vergnügens gerade im jetzigen Augenblick der Komik nicht entbehrt.“

Wenn die Aenderung für die Junker nur eine humoristische Bedeutung hat, so können sie doch — lachen! Sie lachen aber gar nicht, sondern die „Kreuz-Zeitung“ schreibt vielmehr sehr verdrossen:

„Bedeutungsvolle praktische Folgen wird die Annahme der von ihm angelegentlichsten Vorlage nicht haben. Denn nach unserer Auffassung ist die geheime Wahl schon durch das bisherige Wahlreglement ausreichend gesichert worden; einer weiteren Sicherung bedarf es nicht, am allerwenigsten durch so kleinliche Vorkehrungen, wie sie jetzt getroffen werden sollen, Vorschriften, deren Durchführung in ländlichen Wahlbezirken auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen werden und die dahin geführt haben, daß den bezüglichen Anträgen eine nicht gerade schmeichelhafte, dafür aber um so treffendere scharfsinnige Bezeichnung hat gegeben werden können. Bedauerlich ist es für uns trotzdem, daß der Reichstanzler gewillt ist, das Wahlgewinnnis, wenn auch nur theoretisch, noch stärker zu qualifizieren, als es bisher geschehen ist, daß er ferner unmittelbar, nachdem es gelungen ist, die von der freisinnigen Vereinigung unterstützte revolutionäre Obstruktion niederzulampfen, einer in erster Linie von dieser parlamentarischen Gruppe erhobenen Forderung entgegenkommt. Durch ihre Bewilligung in diesem Zeitpunkt wird weder die freisinnige Vereinigung noch die Sozialdemokratie an die Notwendigkeit eines bescheidenen Aufstretens erinnert werden.“

Aus jedem Worte klingt die Abneigung gegen das geheime Wahlrecht überhaupt. Zugleich wird eine Art ländliche Obstruktion gegen die Sicherung des Wahlgewinnnisses angekündigt; die „kleinlichen“ Vorkehrungen würden auf dem Lande „mancherlei Schwierigkeiten“ begegnen. Das heißt: die Junker werden der Sicherung des Wahlgewinnnisses Schwierigkeiten bereiten. In der That werden die ländlichen „Hofieräume“ in künftigen Wahlprotesten wohl eine bedeutende Rolle spielen.

Christlicher spricht der „Reichsbote“ die konservativen Sorgen aus. Er nennt die Ankündigung Bülow's einen „weiteren Beweis für das Entgegenkommen gegen die Wünsche der abhängigen Volksklassen“ und sagt grimmig hinzu:

„Wahrscheinlich wird diese Maßregel zunächst der Sozialdemokratie und dem Freisinn zu gute kommen, so daß man nicht recht weiß, wie der Reichstanzler gerade jetzt vor einer so aufgeregten Wahlperiode zur Einführung einer solchen Maßregel kommt. Wenn man einmal die Hand an das Wahlgewinnnis legen wollte, dann gab es andre Punkte: statt des freisinnigen Antrages hätte man die Vorschläge auf Einführung der Verlegung der Wahlgrenze vom 25. auf das 30. Lebensjahr und Einführung der Wahlpflicht in Betracht ziehen sollen. Die Verstärkung des Geheimnisses der Wahlen dürfte schwerlich zur Verstärkung einer vernünftigen Wahl ansetzen.“

Und die „Vernunft“ der Wahl bestimmt der gnädige oder auch der geistliche Herr. Deshalb ist gleichfalls die „Deutsche Tageszeitung“, die doch auch die Unabhängigkeit „ihrer“ Bauern zu fürchten scheint, über die plötzliche Aenderung in den Anschauungen der Regierung ziemlich erbost.

Unsre answärtige Politik.

Gente, am 21. Januar 1903, erklärte der deutsche Reichstanzler im Reichstage:

„Unsre Aufgabe in der Welt besteht nicht darin, daß wir nach Indianerweise den Tomahawk schwingen und heute diesen, morgen jenen Skalp verlangen. (Heiterkeit.) Die Zeiten, wo der Deutsche im Ausland und gegenüber dem Ausland zu bescheiden auftrat, sind Gott sei Dank vorüber und Sie können versichert sein, daß ich diese Zeiten nicht wieder herbeiführen werde. Wir wollen es aber auch nicht machen wie der Bauer in der Fabel, der, nachdem er auf der einen Seite vom Gaul herumgefallen war, nachdem er kaum heraufgeklauter, von der andern wieder herunterpurzelt.“

Wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen wie andre, denen wir oft genug Hochmut und Uebermut vorgeworfen haben. Ich glaube, ich habe es bereits einmal in Bezug auf unsre Politik in Ostasien gesagt. Wir werden nirgendwo das Uebermaß spielen; aber den Renommisten und Großhauer wollen wir auch nicht spielen, sondern ruhig und fest, wie es immer deutsche Art gewesen ist, ohne Schwäche, aber auch ohne Provokation und ohne unnötiges Raufhambalten unsern Weg gehen.“

Am 3. Januar 1898 richtete Wilhelm II. an den Präzidenten Krüger folgendes Telegramm:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe bescheidener Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatkraft gegenüber den beherrschten Scharen, welche als Friedenstörzer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Die „Konservative Korrespondenz“ sprach sich zu dem Telegramm und den englischen Anfragen am 7. Januar 1900 zu demselben also aus:

„Nach dem Hornausbruch der englischen Mächte geht es nicht mehr, den räuberischen Einbruch in das Transvaal-Land als die private Angelegenheit eines Abenteurers hinzustellen; es darf nurmehr als feststehend gelten, daß man es mit einem wohlgeplanten englisch-nationalen Unternehmen zu thun gehabt habe.“

Am 27. Januar 1901 telegraphierte der Kaiser an den Vortragsbesieger Lord Roberts, der später den Schwarzen Adlerorden erhielt, anlässlich seiner — des Kaisers — Ernennung zum britischen Feldmarschall:

„Ich freue mich, einer Ihrer Kameraden zu sein und fortan zu den höchsten Offizieren der tapferen Armee Seiner Majestät zu zählen.“

Wobei bemerkt zu werden verdient, daß teils wegen des Vergleichs der englischen Südafrika-Armee mit der deutschen Armee des Jahres 1870/71 Herr v. Bülow seine berühmte Granitbeißer-Rede hielt!

Die entsprechenden China-Erinnerungen, die noch in aller Gedächtnis sind, brauchen wie wohl nicht aufzuführen!

Begeisterung für die Krüppelsteuer. Wie man die Laffen des wachsenden Defizits auf die schon an den Schultern der überlasteten Volksmassen am sichersten aufladen könnte, das ist für die herrschenden Parteien das eigentliche Kernproblem der Reichs-Finanzreform. Die freikonservative Partei sucht darum neuerdings für das oft erörterte und immer wieder aufgegebene Projekt einer „Krüppelsteuer“ Stimmung zu machen. Eine Resolution, die die Einführung einer solchen Steuer empfiehlt, will nach Zeitungsmeldungen Herr Arendt zum Etat einbringen.

Gleichzeitig meldet sich in der „Post“ eine „militärische Seite“, also gewissermaßen ein Arendt in Uniform, in gleicher Sache zum Wort. Diese „militärische Seite“ schlägt vor, jeden zum Militärdienst Untauglichen 12 Jahre lang mit einer jährlichen Steuer von zehn Mark zu belasten. Für einen großen Teil der Betroffenen wäre das mehr als ein ganzer Wochenverdienst, für viele sogar überhaupt mehr Geld, als sie je in ihrem Leben zusammen gesehen haben! Denn es liegt im Sinne eines solchen Vorschlages, daß er keinen Krüppel ausnehmen kann. Auf solche Weise hofft das militärische Finanzgenie der „Post“ 25 Millionen gewinnen zu können.

Wenn der Gewährsmann der „Post“ die Erfahrungen kennen würde, die andre Länder, z. B. D. S. F. R., mit der Krüppelsteuer gemacht haben, so dürfte sich seine Begeisterung erheblich abkühlen. Keine Steuer ist so unzuverlässig in ihren Einnahmen, so dürftig in ihren Erträgen, keine aber ist auch so verhasst wie die dritteljährige „Krüppelsteuer“. Dabei ist sie außerordentlich niedrig bemessen — im Durchschnitt etwa fünfmal niedriger als nach dem Vorschlage der „Post“ — und kein Mensch würde ernstlich an ihre Erhöhung zu denken wagen.

Es ist ein grausamer Scherz, von jedem Krüppel ein Goldstück jährlich als Tribut an den Kriegsgott zu fordern. Aber wie eine niedliche Parodie auf die Steuerpolitik der bestehenden Klassen klingt der Vorschlag desselben Gewährsmannes der „Post“, überdies noch das Einkommen der „wohlhabenden Nichtdienenden“, wenn es die Summe von 3000 M. übersteigt, mit einem 10prozentigen Einkommensteuer-Zuschlag zu belasten. Nach diesem Vorschlage würde z. B. ein intelligenter, fleißiger Beamter eine höhere Steuer zu entrichten haben, während die goldene in Taschengeldern schmelzende, faulende Jugend nicht mehr bezahlen müßte als die engbrüstigen Söhne eines solchleichen Zeinwebers. Das heißt dann wohl auch: „Steuer nach Steuerfähigkeit!“

Inbes — Militär kann alles! Vielleicht finden wir die geschätzte militärische Seite der „Post“ eines Tages an der Spitze des Reichshofkanzlers wieder.

Sociale Petitionen.

Die gefällige Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages für die gesamte Textil-Industrie forderten der deutsche Textilarbeiter-Verband und das Lokallkartell der christlichen Gewerkschaften in Cuxen. Außerdem verlangte der Verband die obligatorische Einführung von Arbeiterkammern, und die christlichen Gewerkschaften erweiterten ihre Forderung auf Festlegung einer 1/2stündigen Mittagspause, auf gänzliches Verbot der Nachtarbeit zwischen 8 und 6 Uhr, auf volle Befreiung der Arbeiter während der Mittagspausen und auf obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse. — Der Regierungskommissar verwarf auf das Recht des Bundesrats, in besonders gesundheitsgefährlichen Betriebsarten eine Verkürzung der Arbeitszeit anzuordnen. Daß die Textilindustrie zu diesen Gewerben gehöre, sei noch nicht bewiesen. Jedenfalls werde sich die Abteilung für Arbeiterstatistik mit der Frage beschäftigen, doch seien zunächst andre Arbeiten in Aussicht genommen.

Als Referent über die Petition erinnerte Abg. Thiele (Soz.) daran, daß der Reichstag schon wiederholt sich mit der höchst traurigen Lage der Textilarbeiter habe befaßt, nämlich, daß noch vor drei Jahren eine ähnliche Petition dem Reichstanzler als Material überwiesen wurde, daß aber nichts geschehen sei. Die Forderungen seien im vollen Umfange berechtigt und die Petitionen deshalb dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dassaach (C.) trat als Uebersetzer der einen Petition dem Bundesrat bei, den Forderungen möglichst Erfüllung zu gewähren. Abg. Jacobstötter (L.) hielt die Lage der Textilarbeiter nicht für außergewöhnlich schlimm, wendete sich insbesondere gegen das Obligatorium der Arbeiterausschüsse und wollte es wie früher bei der Ueberweisung als Material beenden lassen. Abg. Lenzmann (fr.) äußerte Bedenken gegen einseitige Einführung des zehnstündigen Tages in einer einzelnen Industrie. Der Regierungskommissar wiederholte seine Ansicht, daß die besonders schwere Gesundheitsgefährdung in der Textilindustrie nicht nachgewiesen sei; eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht als Eingriff in die Freiheit der Arbeiter denklich. — Abg. Thiele beruhigte den Regierungskommissar über das zuletzt geäußerte Bedenken. Diesen Eingriff in seine Freiheit werde sich der Arbeiter sehr gerne gefallen lassen. Daß die Gesundheit der Textilarbeiter schwer gefährdet sei, wisse jeder, der mit den Verhältnissen vertraut sei. Abg. Demmig (fr.) wollte die gesamte Petition nur als Material überweisen sehen; man solle die Regierung nicht zu strafen versuchen, weil sie den früheren Beschlüssen des Reichstages noch keine Rechnung getragen habe. Würde die Regierung alles Material behandelt haben, dann könnte die Kommission die Sache noch einmal befragen und vielleicht die eine oder die andre Forderung zur Berücksichtigung empfehlen.

Abg. Franken (nat.) ist entschieden gegen die obligatorische Einführung von Arbeiterkammern. In Magdeburg seien die Pantheer-Fabrikwerke durch die Ueberweisungen seitens des Arbeiterausschusses ruiniert worden. In seiner eignen Fabrik habe er schon Schräme einrichten lassen, aber die Arbeiter hätten sie nicht angenommen. Abg. Ledebour (Soz.) bestritt, daß die Pantheer-Fabrikwerke durch den Arbeiterausschuss ruiniert worden seien; dem Vorschlage Demmig's sei keinesfalls beizutreten, sondern die Ueberweisung zur Berücksichtigung zu beschließen.

Die Abgg. Krebs (C.) und Lenzmann (fr. Vp.) wollen den zehnstündigen Tag und das Verbot der Nachtarbeit nur zur Erwägung überweisen, die andre Forderungen zur Berücksichtigung. Lenzmann bemerkte dabei, er könne seinen intensiven Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht besser betreiben als durch Befürwortung der obligatorischen Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern, da durch diese Einrichtungen die Arbeiter abgehalten würden, den sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften beizutreten. — Nachdem Abg. Thiele als Referent sich mit derartigen Betätigungen des Lenzmann'schen Paares einverstanden erklärt hatte und nochmals auf die einzelnen Forderungen und ihre Berücksichtigung eingegangen war, beschloß die Kommission, die 1/2stündige Mittagspause, das Verbot der Arbeit während dieser Pause, die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse und die Einführung von Arbeiterkammern zur Berücksichtigung, dagegen den zehnstündigen Maximal-Arbeitstag und das gänzliche Verbot der Nachtarbeit nur zur Erwägung zu empfehlen. Gegen

diese Anträge stimmten die Konservativen, ein Teil des Centrums und in einzelnen Fällen Nationalliberale und Freisinnige.

Die Aufnahme einer Hypothekensatzung wurde vom Abg. Lenzmann (fr.) bekämpft, da sie unzuverlässig sei und einen indirekten Eingriff in die privaten Verhältnisse bedeute. Es wurde Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Für unschuldig erklarte Untersuchungshaft verlangten zwei Frauen Entschädigung. Da nach dem Gesetz nur unschuldig erklarte Straffahrt Anspruch auf Entschädigung gewährt, wurde die Petition als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Verleumdungen des Karl Peters. Der berühmte Afrkaner hatte den Lieutenant v. Bronsart beschuldigt, den Luderbrief gefälscht zu haben; jetzt wird mitgeteilt, daß der gegenwärtig in Afrika sich aufhaltende Herr v. Bronsart die Verleumdungslage gegen Peters eingeleitet habe.

Die Uebersicht der von der preussischen Regierung gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aus der letzten Session ist soeben erschienen. Wir heben daraus folgende bemerkenswerte Mitteilungen hervor: Auf den Beschlüssen, daß ein Reichsgesetz erlassen werden möge, wonach nur solche Meister Lehrlinge halten dürfen, welche die Meisterprüfung in ihrem Gewerbe abgelegt haben, antwortet die Regierung, daß die Novelle zur Gewerbeordnung erst sehr vollständig in Kraft getreten, und daß es deshalb, abgesehen von sachlichen Bedenken, verfrüht sei, schon jetzt auf eine Aenderung dieses Gesetzes in seiner grundlegenden Bestimmung hinzuwirken. Auf eine weitere Resolution, wonach für die selbständige Ausübung des Baugewerbes der Befähigungsnachweis von Reichs wegen eingeführt werden soll, erwidert die Regierung, daß Erwägungen darüber schweben, ob die Einführung obligatorischer Prüfungen als Voraussetzung für die selbständige Ausübung einzelner Zweige des Baugewerbes in Aussicht zu nehmen sei; zunächst sei eine gutachtliche Aenderung der Handwerkskammern und der Provinzialbehörden eingefordert worden. — Zu dem Beschluß betr. eine Aenderung der Bauordnung für die Berliner Vororte hat die Regierung noch keine Stellung genommen; zunächst soll sich der Regierungspräsident in Potsdam über diese Frage äußern. — Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Ausführung des Schlagsvieh- und Fleischbeschau-Gesetzes hatte das Haus die Regierung erwidert: 1. dahin zu wirken, daß die Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschau-Gesetz insofern abgeändert werden, daß Fleisch von Schweinen, welches als minder reichlich befunden wird, nicht vernichtet werden soll, sondern nach erfolgter Abkondung zum menschlichen Genuß zugelassen werden kann; 2. in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf zur Regelung der Schlachtvieh-Ver sicherung vorzulegen. Zu dem ersten Beschlusse bemerkt die Regierung, daß, nachdem zunächst die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen und die kaufmännische Deputation für das Veterinärwesen gutachtlich gehört sind, gegenwärtig Verhandlungen über den an den Bundesrat zu richtenden Antrag schweben. Bezüglich des zweiten Beschlusses ist der Reichstanzler ersucht, zunächst eine allgemeine Umfrage an die Bundesregierungen zu richten, wie sie sich zu der Frage der Notwendigkeit einer für das Reichsgebiet gleichmäßigen obligatorischen Schlachtvieh-Ver sicherung stellen und welcher Art der Organisation einer solchen sie den Vorschlag geben würden. Dies ist inzwischen geschehen. Außerdem finden Ermittlungen statt über den Umfang des Geschäftsbetriebes der zur Zeit bestehenden Privatunternehmungen für Schlachtvieh-Ver sicherung.

Graf Mirbach, einer der reaktionärsten Junker, ein verstärkter Kröder, der 1898 bei den Reichstags-Wahlen nicht kandidierte, steigt wieder aus der Verbanntung empor. Er hat sich im Kreise Ortelsburg-Sensburg aufstellen lassen.

Im Wahlkreise Dessau wollen die Nationalliberalen den Abg. Böfcke, der jetzt der freisinnigen Vereinigung angehört, nicht wieder aufstellen.

Herr Wassermann und der Bund der Landwirte.

Undant ist der Welt Lohn! Nie wird Herr Wassermann die Wahrheit dieses Sprichworts mehr beklagen als in der gegenwärtigen, an Enttäuschungen so reichen Zeit. Erst hat er den Agrariern zuliebe — unter Preisgabe seiner ganzen liberalen Vergangenheit — mit Hängen und Wirren an dem Zustandekommen des Jollitarifs mitgeholfen, und nun wollen diese selben Agrarier, denen er die Taschen füllte, nichts mehr von ihm wissen. Den Agrariern ist er eben noch nicht agrarisch genug. Demzufolge wird sich, wie schon mehrfach angedeutet wurde, Herr Wassermann auf einen kräftigen Durchfall in seinem bisherigen Wahlkreise Jena-Neustadt vorbereiten müssen.

Am Sonntag tagte nämlich in Jena eine Vertrauensmänner- Versammlung des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei für den dritten weimariischen Wahlkreis. Es wurde beschloffen, von einer Wiederaufstellung und Unterstützung des Herrn Wassermann abzusehen und einen eignen Kandidaten deutschnationaler Färbung (Nichtung Liebermann v. Sonnenberg) aufzustellen.

Die Vertrauensmänner gaben sich der Hoffnung hin, daß die Nationalliberalen eine solche Kandidatur unterstützen werden. Daran muß aber vorläufig noch ernstlich gezweifelt werden, da die „Jenaische Zeitung“ erst vor kurzem authentisch erklärte, daß die Nationalliberalen an der Kandidatur Wassermann's festhalten.

Wassermann's Wiedertwahl ist andererseits ohne die konservativen und bündlerische Unterstützung denkbar. So besteht die Hoffnung, daß bei der nächsten Wahl der sozialdemokratische Kandidat den Sieg über die zerplitterten Reaktionstruppen davonträgt.

Freisinniges zur Wahlreform in Oldenburg.

Zu unfrem gestrigen Telegramm wird uns noch ergänzend geschrieben: Der Landtag beschäftigte sich mit einem Antrag auf Einführung der direkten Wahl zum Landtag. Trotdem der Antrag von 18 Abgeordneten unterstützt war, wurde er mit nur einer Stimme Majorität angenommen, nämlich mit 20 gegen 19 Stimmen. Ein Abgeordneter war nicht anwesend. Die Regierung säuwig sich aus. Bezeichnend ist es, daß auch hier es sich gezeigt hat, daß freisinnige Männer hinsichtlich der Erweiterung des Wahlrechts völlig unzuverlässig sind. Haben doch zwei freisinnige Volksvertreter gegen das direkte Wahlrecht gestimmt! Das Glend des Freisinn's tritt überall hervor!

Zur Stichwahl in Dargitz, die am Donnerstag stattfand, schreibt man uns aus Dargitz: Hier giebt es aus zwei Seiten Enttäuschung; die Liberalen, welche immer noch gehofft hatten, ohne Stichwahl das Mandat im ersten Wahlgange zu holen und schon das Extrablatt in diesem Sinne am 13. Januar gesetzt hatten, auf der einen und die vereinigten Protivucher-Parteien, Konservativen und Centrum, auf der andern Seite. Hier glaubte man durch das Sachmännchen der Schwarzen, in angeblicher Stimmhaltung, den Sozialdemokraten aus der Stichwahl zu verdrängen und eine Stichwahl zwischen Protivucher und Großkapital herbeizuführen, ein Plan, der bekanntlich durch den kräftigen Vorstoß, den die Sozialdemokratie aus eigener Kraft bei der Hauptwahl unternommen hat, gänzlich zu Wasser geworden ist. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die auch in der Stichwahl mit ganzer Kraft auf sich selbst, sich allein verlassen, eintritt und sich dadurch den Erfolg für die Zukunft sichert. Das liberale Wahlkomitee hat nach dem letzten Plaus, das alles Abzulehnen nicht aus der Welt schafft, beschloffen, zur Stichwahl keine öffentlichen Versammlungen mit Herrn Karl Rommjen als Redner mehr abzuhalten, denn? — Vorwärts ist der bessere Teil der Tapferkeit!

Ein ohfesselnder Unteroffizier. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division Nr. 32 in Dresden hatte sich der 21 Jahre alte Unteroffizier Subach vom 13. Infanterie-Regiment Nr. 178 in Ramenz wegen Verleumdung und Mißhandlung Untergebener zu verantworten. Der Angeklagte verurteilt am 24. Juni v. J. dem Soldaten Kaniel zwei kräftige Ohrfeigen, weil er beim Aufträumen des Jammers die Tabakpfeife des Unteroffiziers verschluckt in den Ofen geworfen hatte. Bald darauf erhielt Kaniel noch die vier Ohrfeigen, wozu er sich beim Feldwebel Gützel

beschwerte, aber mit den Worten abgewiesen wurde: „So lange Du noch den Kopf oben hast, bist Du gesund.“ Am 7. Oktober v. J. gab Kudach dem Soldaten Fischer seine Stiefel zum Putzen. Dieser hatte gerade keine Zeit und gab sie deshalb an einen Rekruten weiter. Er erhielt deshalb von dem Unteroffizier zwei kräftige Ohrfeigen, so daß ihm der Helm vom Kopfe fiel. Dann wurde er mit den Worten entlassen: „Scher Dich weg, Mistvieh elendes!“ In der Weisaufnahme ergab sich die merkwürdige Tatsache, daß zwei Unteroffiziere, die während der Mißhandlung Stenils im selben Zimmer waren, nichts gesehen haben wollten. Das Gericht lehnte aber die Vereidigung dieser beiden Zeugen wegen Unlangwürdigkeit ab. Auch hinsichtlich der Beurteilung des Angeklagten und der Zeugen konnte wieder beobachtet werden, daß der Angeklagte das beste Zeugnis von seinem Vorgesetzten erhalten hatte, während ein Zeuge als das schlechteste Element der Kompanie bezeichnet wurde. Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier zu drei Wochen Mittelarrest.

In Offenburg (Baden) brachte, wie man uns schreibt, die Stadtverordneten-Wahl eine noch nie gesehene Beteiligung; es gingen 80 Proz. der niederbisherigen Wahlberechtigten an die Urne; die nicht erschienenen waren größtenteils Bedienstete der Eisenbahn, welche tagsüber dienstlich auswärts verweilten. Das Centrum, dessen Führer das verbriefte Vorrecht auf den Besitz der dritten Klasse zu haben erklärte, wurde mit rund 500 gegen 485 Stimmen geschlagen; neben 15 Sozialdemokraten und neun Demokraten sind noch drei Liberale und ein Ultramontaner, die auf dem Zettel der Centrumsgegner standen, gewählt. Dieser nichtliberale Zettel kam dadurch zu stande, daß die Sozialdemokraten zuerst ihre fünfzehn Kandidaten aufstellten und später mit den Demokraten sich verständigten, daß diese die Liste auf unserm Vorschlag ergänzen sollten. Was diese Wahl-agitation politisch besonders kennzeichnet, ist die mit großem Aufwand begleitete Ablösung der demokratischen Volkspartei vom Centrum. Der Landtags-Abgeordnete Müller, der nun zehn Jahre lang als politischer Kampfgenosse des Pfarrers von Zähringen den Einfluß des Centrums stärken half, bekam beim jetzigen Austritt aus der Firma den schwarzen Lindank in der ordinärsten Weise ausgezahlt. Tendenziöse Entstellungen, wissenschaftliche Unwahrheiten wurden noch in letzter Stunde aufgeführt und als Abgeordneter Müller am Thore der Wählerversammlung der Centrumpartei am Sonntagabend Einlaß begehrte, um in kurzen Worten die ehrsverlegenden Irrtümer aufzuklären, erhielt er von ultramontanen Kollegen der Rechtsanwaltschaft den Bescheid: es wird nicht erlaubt. Wir meinen, der Demokrat Müller mußte schon vor 10 Jahren diese Tugenden der Papisten kennen; er darf sich nicht wundern, daß neben der Zufriedenheit seiner Anhänger mit der Los-trennung von Rom auch eine kleine Schadenfreude an der Ent-täußung da und dort Platz greift. Schließlich bemerken wir noch, daß die sozialdemokratische Partei einzig mit einem ad hoc ein-gerichteten Programm für ihre beabsichtigte Tätigkeit auf dem Stadthause in die Wahl eintrat.

Ueber die „Panther“-Affaire

liegt auch heute seltsamerweise noch keinerlei offizielle Nachricht vor. Noch erfahren wir nichts darüber, wie der „Panther“, um mit Herrn v. Bülow zu reden, den Tomahawk vor Maracaibo geschwungen hat, wo doch nicht der geringste Anlaß zur Aufführung eines Kriegstanzes vorlag, umsoweniger, als bereits die Friedenspfeife angezündet war, die in Washington freies wird. Herr v. Bülow hätte doch wenigstens im Reichstage Veranlassung gehabt, der direkten Aufforderung des Genossen Vollmar Folge zu leisten und einige kriegsrechtliche Bonmots über die venezolanischen Extratouren Deutschlands zum besten zu geben. Aber auch er, der sonst über alles so amüsiert zu plaudern weiß, vermied es in ganz auffallender Sprödigkeit, über die deutschen Völkerverbrechen, vom Verleiten der venezolanischen Kriegsschiffe angefangen bis zu dem miß-gläckten Kontingenz vor Maracaibo, seine un-verantwortlich-verantwortliche Privatmeinung vorzutragen. Und Herr v. Bülow, der doch seinerzeit über den Mangel eines modernen See-Völkerrechts so pathetisch ge-lacht hat, hätte gerade jetzt alle Veranlassung gehabt, für diese schmerzhaft empfundene Thatsache entsprechende Be-weise beizubringen; eben die jedem modernen Völkerrecht ins Gesicht schlagenden Vorgänge bei dem Exekutionsfeldzug und die friedliche Kriegsblockade vor Venezuela!

Ueber den Eindruck der letzten deutschen Extratour vor Maracaibo liegen folgende Meldungen vor:

„Daily News“ besprechen die Beschickung von San Carlo und sagen, dieselbe habe einen sehr un-günstigen Eindruck sowohl in England wie in Amerika gemacht. Man sehe darin eine brutale Kraft-äußerung und bedauere nur, daß der „Panther“ nicht in den Grund gebohrt worden sei. Auch die übrigen englischen Blätter kommentieren in scharfen Worten das Vorgehen des deutschen Kommandanten.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Die Morgenblätter berichten ziemlich einhellig, daß der „Panther“ zwischenfall die maßgebenden Kreise in Washington sehr beunruhigt. Derselbe bietet der Jingo-Presse reichlich Ge-legenheit, Deutschland mala fides (Vöswilligkeit) vor-zuwurfsen. Der deutsche Gesandte in Venezuela, v. Bülow, ist unterdessen nach Washington. Nach einer Meldung des „Herald“ ist dem Angriff des deutschen Kanonenbootes „Panther“ auf das Fort Sant Carlo bei Maracaibo eine Rekonstruktion am Lande, ausgeführt durch drei Abteilungen Sol-daten, vorausgegangen. Das venezolanische Fort schoß 117 Mal auf den „Panther“.

Ueber eine angebliche Uneinigkeit der Mächte in der Blockadefrage wird aus London gemeldet: „Großbritannien und Italien sind nicht geneigt, die Fortdauer der Blockade nach dem Beginn der Unterhandlungen in Washington zu begünstigen. Deutschland wird an-gegangen werden, der Aufhebung der Blockade bei-zupflichten. Sollte Deutschland dies verweigern, würden die beiden andern Mächte ihre Schiffe zurück-ziehen.“

Hierzu bringt die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ folgendes originelle Dementi:

„Die Meldung ist unsinnig. Die Frage der Ausrech-terhaltung wie der späteren Aufhebung der Blockade wird von den drei Mächten durchaus gleichmäßig be-handelt.“

Leider ist aus diesem Dementi nicht ersichtlich, wie Deutsch-land denn nun eigentlich über die Aufhebung der Blockade denkt. Wenn es befragen soll, daß es sich den Anschauungen der übrigen Exekutionsmächte fügen will, so wäre diese Erklärung immerhin erweislich. Unsere Finanzen lassen eine möglichst rasche Be-endung der venezolanischen Kriegsspielerei in der That als geboten erscheinen! —

Ausland.

Ueber das Gewachen der Vergleute von Durham, der Wendee des britischen Gewerkschaftswesens, bringt, wie unser Londoner Korrespondent mitteilt, Herr Gardies „Labour Leader“ einen interessanten Bericht. Unter den Vergleuten existiert dort eine „Reform-Vereinigung“, die eine kräftige Agitation betreibt zu Gunsten eines Anschlusses an den allgemeinen Verband der britischen Vergleute und an deren Forderung einer gesetzlichen Achtstund-

Schicht. Diese Agitation ist nicht ohne Erfolg geblieben. Sie zeigte erstens, daß diese Forderung eine maximale ist, die demnach den Vergleuten, die nur sieben Stunden arbeiten, gar nicht schaden könnte. Dann wies sie nach, daß die Sieben-stundenschicht nur einer Minderheit der Vergleute von Durham zu gute kommt. Nur die Häuer arbeiten sieben Stunden, alle übrigen in den Bergwerken beschäftigten Leute arbeiten von acht bis zehn Stunden. Am 21. Dezember 1902 fand dort ein Meeting statt, in dem der Antrag gestellt wurde, für eine un-abhängige Arbeitervertretung zu sorgen. Aus der Diskussion war ersichtlich, daß mindestens die Hälfte der Vergleute für den An-trag stimmen wollte. Um eine dem Antrage günstige Abstimmung zu verhindern, erhob sich ihr Generalsekretär, der faksimil bekannte Abgeordnete John Wilson und erklärte, daß er zurücktreten würde, falls der Antrag angenommen werden sollte. Diese Drohung schüchterte viele ein, jedoch fanden sich 180 Vergleute, die für den Antrag stimmten. Dagegen wurden folgende Kompromißanträge angenommen:

1. die Arbeiterkandidaten sollen unterstützt werden; 2. Durham soll sich den britischen und internationalen Verbänden anschließen; 3. kein erwachsener oder jugendlicher Vergarbeiter soll länger als acht Stunden beschäftigt sein.

Diese drei Anträge bedeuten einen erheblichen Fortschritt für Durham. —

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Gesandtschaftsamt, das sich nach den orientalischen Gesandnissen begeben wird, soll mit der macedonischen An-gelegenheit absolut nichts zu thun haben, sondern lediglich Uebungsmanöver vornehmen. Eine derartige Annahme sei schon durch die nachweisbare Thatsache widerlegt, daß die Eventualität der Uebungsfahrt des österreichisch-ungarischen Gesandtschafts in den genannten Gewässern von den leitenden Marineoffizieren seit Monaten in Aussicht genommen sei. Mitteilungen über die betreffenden Dispositionen seien bereits am die Mitte des Monats Dezember in den Blättern veröffentlicht, es werde sich hierbei bloß um einen durchaus normalen Vorgang handeln, indem in ähnlicher Weise wie im Frühjahr 1902 das österreichisch-ungarische Schu-lergeschwader den westlichen Teil des Mittelmeeres besuchte, in diesem Jahre die Fahrt in den östlichen Teil dieses Meeres erfolgen solle. —

Der Jüdischer-Ausschuss des Abgeordnetenhauses begann die Generaldebatte über die Brüsseler Jüdischerkonvention. Ein Antrag Primavesi, die Debatte bis zur Vorlage des Kontingentierungs-Gesetzes über die für den Monat bestimmte inländische Jüdischerproduktion zu vertagen, wurde abgelehnt. Im Laufe der Debatte betonte der Finanzminister die auch von mehreren Rednern hervor-gehobene Dringlichkeit der Ratifikation der Brüsseler Jüdischerkonvention, der beizutreten er aus inniger Ueberzeugung empfehle. Weil Oesterreich bei dem Anschluß an die Konvention nicht nur den Inlandsmarkt, sondern auch einen beträchtlichen Teil des Exportis behaltend werde, während bei einem Nichtanschluß zweifellos der englische Markt verloren oder zweifelsfrei wäre. —

England.

Der erste Prozeß gegen die streikenden Vergleute von Denaby ist zu Ungunsten der Gewerkschaft entschieden worden. Es handelte sich vorläufig um ein richterliches Verbot gegen die Zahlung von Streikgeldern. Dieses Verbot wurde von Richter Grantham erteilt. Die Geschworenen nahmen an, daß ein Kontraktbruch vorliegt. Der Streik ist demnach ungesetzlich und darf nicht unterstützt werden. Das traurige an der Sache ist, daß nicht die Gesellschaft der Verg-leute, sondern ein Arabes-Unionist als Kläger auftrat. Nach seinem eignen Geständnis wird er von den Unternehmern bezahlt, um die Ungesetzlichkeit des Streiks zu beweisen, d. h. um die Gewerkschaft zu ruinieren. Die Ungesetzlichkeit liegt erstens vor in der Nichtinhaltung der Kündigungsfrist, zweitens in der Form der Abstimmung über die Erklärung des Ausstandes. Nach den Aussagen der Gewerk-schaft soll die Abstimmung durch Zettel geschehen, während die Vergleute sich mit einer öffentlichen Versammlung begnügt haben. Vom nächsten Mittwoch an dürfen Streikgelber nicht mehr gezahlt werden. So sind einige Hundert Vergarbeiter-Familien ohne Wohnung und ohne irgend welche Geldmittel geblieben. Um sie aber nicht zum Altsenkenbewußtsein kommen zu lassen, besetzen sich kapitalistische Wohlthäter, Geistliche und Damen, Geldsammlungen zu veranstalten, Suppenküchen zu errichten, die Dorfkirche und die Kapellen in Wohnungen zu verwandeln, um den Hungernden und Obdachlosen einige Pfise zu bieten.

Das Urteil Granthams ist aber nur das Vorpiel zum Prozeß wegen Schadensersatzes. —

Der Hochverratsprozeß gegen den irischen Parlaments-Abgeordneten Lynch begann in London am Mittwoch vormittag vor drei Klättern, einschließig des Lord-Oberrichters, wegen seiner Teil-nahme am Transvaalkriege. Da es sich um einen politi-schen Prozeß handelt, weicht das Verfahren erheblich von dem gewöhnlichen ab. Lynch erklärt sich für nicht schuldig. Der Generalstaatsanwalt führt zu Beginn der Verhandlung aus, Lynch sei als britischer Unterthan im Jahre 1900 als Berichterstatter einer fran-zösischen Zeitung nach Südafrika gegangen und habe später die Waffen gegen England ergriffen. —

Schweden.

Neue Steuern. Der schwedische Reichstag wurde am Sonn-abend eröffnet. In der Thronrede wird hervorgehoben, daß das Verhältnis zu allen fremden Mächten fortdauernd freundschaftlich ist. Sichtlich werden aber neue Steuern angeündigt, die hauptsächlich durch die Mehrausgaben für das Landesverteidigungswesen auf Grund der neuen Heerordnung notwendig geworden sind. Es handelt sich um Einführung einer Maßsteuer und einer Punschsteuer, sowie um Erhöhung der Brauwein- und der Stempelsteuer.

Der Budgetvorschlag weist in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 179 976 900 Kronen auf. Der Ertrag der neuen Maßsteuer wird auf 6 300 000 Kr. berechnet, der der Punschsteuer auf 1 524 000 Kr. Der Brauwein soll 28 650 000 Kr., 6 Mil-lionen mehr als im vorigen Jahre, bringen; die Stempelsteuer 7 450 000 Kr., eine Million mehr. Unter den Ausgaben weisen die für den Militarismus die höchsten Summen auf. Die Kosten für die Landesverteidigung sind auf 56 800 800 Kr., darunter 14 287 400 Kronen außerordentliche Ausgaben, festgesetzt; die für die See-Ver-teidigung auf 24 959 100 Kronen, darunter 12 115 868 Kronen außerordentliche Ausgaben. —

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Die Bürgerauschuss-Wahlen in Offen-burg, deren Resultat wir bereits telegraphisch meldeten, haben den erfreulichen Erfolg, daß wir nunmehr 15 Sitze im Gemeindevollkollegium haben, während wir bisher nur einen hatten. Auch in Verghausen im Amte Durlach siegte in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Was ist eine Versammlung?

Der sozialdemokratische Wahlverein in Grünberg wollte am 1. Juni 1902 eine Versammlung abhalten, für die laut Zeitungs-notiz ein „Vortrag“ vorgesehen war. Von wein und wackere, war in der Annonce nicht vermerkt. Der zweite Vorsitzende Genosse Schönbrucht sollte die Leitung übernehmen, weil sich der erste Vor-sitzende auf einer Reise befand. Schönbrucht nahm infolge einer Mitteilung an, daß der erste Vorsitzende die Thatsächlich nicht an-gemeldete Versammlung angemeldet habe. Zur festgesetzten Zeit hatten sich etwa 12 Personen im Versammlungsraum eingefunden.

Schönbrucht erklärte, er werde die Versammlung nicht abhalten, denn es fehle die Bescheinigung der Anmeldung. Die Anwesenden unterhielten sich noch einige Zeit über alles mögliche und entfernten sich dann, ohne daß die Versammlung eröffnet wurde. Man blieb sozusagen ein Weichen gemächlich beisammen. Trotzdem wurden Schönbrucht und der Gastwirt Weich, der den Raum hergegeben hatte, wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes an-gelagt. Schönbrucht wurde als Unternehmer einer gesetzwidrig nicht angemeldeten Versammlung betraffet, in der öffentliche Angelegen-heiten erörtert werden sollten.

Das Landgericht als Berufungsinstanz beurteilte die Be-schuldigten zu Geldstrafen von je 15 M. und führte aus: Wenn Schönbrucht erklärte, er werde die Versammlung nicht abhalten, dann habe das nur bedeutet, es solle von der Erledigung des Programms, das Vortrag und Diskussion darüber vorsah, Abstand genommen werden. Thatsächlich habe aber eine Versammlung stattgefunden, denn es habe sich eine nicht zu kleine Anzahl von Personen zu einem gemeinsamen Zweck versammelt gehabt. Weiter sei anzunehmen, daß öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen. Ein Verschulden treffe die Angeklagten ebenfalls, denn sie hätten mangels der Bescheinigung nicht damit rechnen dürfen, daß der erste Vorsitzende die Versamm-lung angemeldet habe. Ihre Pflicht wäre es gewesen, die Zu-sammenkunft in jenem Raum zu verhindern beziehungsweise dem vorzubeugen, daß die Leute kamen.

Das Kammergericht wies die Revision ab. Die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtsirrtum angewandt worden. Der Begriff der Versammlung sei nicht verkannt worden und es sei auch nicht rechtsirrtümlich, wenn das Landgericht daraus, daß die Versammlung vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufen worden und ein Vortrag angekündigt gewesen sei, den Schluß zog, es hätten öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen.

Zwar hat auch früher schon einmal das Obertribunal den Grundsatze aufgestellt, daß eine Versammlung stattgefunden hat, so-bald sich die Teilnehmer zusammengefunden haben, trotzdem wird durch die Entscheidung nicht nur ein veratorischer Grundsatze auf-gestellt, sie steht auch im Widerspruch mit dem Vereinsgesetz. Im Absatz 2 des § 1 der Verordnung vom 11. März 1850 heißt es:

„Beginnt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorfristigmäßig angezeigt nicht anzusehen.“

Das wird in der Praxis so gehandhabt, daß als Kennzeichen des Beginnes der Versammlung die formelle „Eröffnung“ durch den Veranstalter angesehen wird. Wenn die Versammlung um 3 Uhr angezeigt ist, dann darf sie nicht später als um 4 Uhr „eröffnet“ werden; darauf, wann sich die Teilnehmer eingefunden haben, wird keine Rücksicht genommen. Es kann auch kein andres praktisch brauchbares Kennzeichen für den Beginn einer Versammlung geben, wie die Eröffnung. Wenn die Thatsache des Zusammen-tommens von Personen als Kennzeichen dienen sollte, dann lämen die Polizeibeamten in die Lage, nach freiem Ermessen zu ent-scheiden, ob die Anzahl der anwesenden Personen ausreichend sei, um als Versammlung angesehen zu werden. Sie müßten ent-scheiden, ob die Versammlung als begonnen anzusehen sei, sobald 2 oder 3 oder 10 oder 20 Teilnehmer erschienen sind. Dann wäre aber die formelle Eröffnung der Versammlung ein gleichgültiger Vorgang, der als „Beginn“ nicht mehr angesprochen werden könnte. Nicht die „Erörterung“ öffentlicher Angelegenheiten kennzeichnet dann die Versammlung, sondern das Zusammensein von Menschen. Wir sind überzeugt, sobald ein Versammlungs-Veranstalter sich die vorliegende Entscheidung des Kammergerichts zu miße machen und die Versammlung etwa erst zwei oder drei Stunden nach der angezeigten Zeit eröffnen würde, dann würden die Gerichte im Falle der Klage unbedenklich entscheiden, daß die Er-öffnungsformalität beziehungsweise der Beginn der Erörterungen als Kennzeichen des Beginnes der Versammlung anzusehen sei.

Das Wort „Beginn“ läßt aber keine andre Deutung zu, als daß die Versammlung nicht vorhanden ist, so lange sie nicht be-gonnen hat. Daraus ergibt sich, daß das bloße Zusammenstehen einer Anzahl von Personen zu einem gemeinsamen Zweck noch keine Versammlung bedeutet, insbesondere dann nicht, wenn sie bewußt von der Erreichung des Zweckes, der Erörterung öffentlicher An-gelegenheiten, absehen.

Auch das sächsische Ober-Landesgericht hat schon vor Jahren ähnlich entschieden wie das Kammergericht, und kürzlich hat auch ein sächsisches Schöffengericht eine solche Entscheidung gefällt. Jedoch ist in Sachen die Rechtslage infolgedessen anders wie in Preußen, als das sächsische Vereinsgesetz vorschreibt, daß „die Zusammenberufung“ von Versammlungen anzuzeigen ist. In Preußen dagegen ist nur „von allen Versammlungen“ Anzeige zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Die finanziellen Verhältnisse Venezuelas. Das kriegerische Abenteuer, in das Deutschland sich eingelassen hat, um der Diskonto-Gesellschaft ihre Forderungen an Venezuela einzutreiben, hat in den letzten Wochen vielfach die Frage nach dem Stand der venezolanischen Finanzen hervorgerufen. Einen einigermaßen guten Ueberblick über die finanzielle Lage bietet ein vom belgischen Generalkonsul in Caracas an seine Regierung erhaltener Bericht. Demnach betragen am 1. Januar 1901 die inneren Schulden der Republik Venezuela insgesamt 73 391 658 Bolivar (1 Bolivar = 81 Pfennig). Die äußere Schuld belief sich am gleichen Tage auf 129 041 476 Bolivar, darunter die sogenannte britische dreiprozentige Anleihe mit 66 614 560 Bolivar, die dreiprozentige Anleihe bei der Diskonto-Gesellschaft mit 46 880 000 Bolivar. Die unbezogenen fälligen Zinsen hatten den Betrag von 36 297 872 Bolivar erreicht, doch müssen ferner als Schuldposten in Betracht gezogen werden die seitens der Regierung bei der „Vanco Venezuela“ gegen Verpfändung von Anteilen der staatlichen Goldbergwerke aufgenommenen Anleihe von 5 000 000 Bolivar und 10 000 000 Bolivar, welche das Defizit in laufender Rechnung der Staatskasse bei der obengenannten Bank darstellen. Als Gesamtbetrag der venezolanischen Staats-schulden ergibt sich demnach die Summe von 245 230 406 Bolivar.

Der letzte Etat der Republik (für die Zeit vom 1. Juni 1901 bis dahin 1902) schloß in Ausgabe mit 37 000 000 Bolivar ab, wobei die zur Tilgung von Schuldzinsen vorgesehene Summe der-artig bemessen war, daß sie zur Bezahlung von 50 Proz. der fälligen Coupons ausreichte. Die höchste, dabei sämtliche Zinsverpflichtungen erfüllende Etatssumme während der letzten zehn Jahre bezifferte sich, wie hier zum Vergleich angeführt wird, auf 38 877 480 Bolivar. Der hiernach verhältnismäßig hohe Etat für 1901/1902 erklärt sich daraus, daß in demselben allein 10 000 000 Bolivar für Kriegskosten ausgeworfen waren und letzterer Betrag am 1. Januar 1902 nahezu verdoppelt werden mußte. Für das Jahr 1901 belief sich das Defizit der Staatseinnahmen (41 763 919 Bolivar) auf 2 607 956 Bolivar; die Einnahmen aus den Eingangszöllen betragen 24 267 678 Bolivar, jene aus dem Transitverlehn 7 303 434 Bolivar.

Zur Zeit dürften die Staatsschulden ungefähr den siebenfachen Betrag der mit allen Mitteln hochgezogenen jährlichen Einnahmen erreicht haben, die trotzdem in den letzten Jahren niemals die Aus-gaben zu decken vermochten. Daß unter solchen Umständen kaum etwas aus Venezuela herauszuholen sein wird, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, es müßte denn die ganze dortige Wohlver-tschafft eine völlig andre werden, und dafür bestehen keinerlei Aus-sichten.

Vom Kohlenmarkt. Der Absatz der Kohlenzehen des Ruhrreviers ist, wie die „Köln. Volks-Ztg.“ mitteilt, augenblicklich

wieder ziemlich reger. Die Ursache dieser Erscheinung ist in dem seit voriger Woche herrschenden Frostwetter und in dem Bestreben, die zur Zeit der kalten Ausfuhr nach Frankreich ziemlich geräumten Kohlenlager wieder zu füllen, zu suchen. Der etwas stärkere Abzug der Eisenwerke ist aber weniger auf erhöhten Brennstoffbedarf derselben, als auf den Umstand zurückzuführen, daß die noch nicht abgehobenen Mengen für das laufende Geschäftsjahr, die zum Teil noch recht groß sind, vor dem Ablauf des letzteren abgenommen werden müssen. Die Ergänzung der Lagerbestände schreitet bei der starken Zufuhr rasch voran. — Im Coalsabfabrik liegen so ziemlich dieselben Verhältnisse vor, nur daß bei diesem die Erzeugung jetzt schlanke Abzug; dagegen drohen Vorräte in gewöhnlichen Ausmaßen sich anzusammeln. Die Gefahr einer längeren Störung des Rheinverlades infolge von Eisgang hält man jetzt, wo ein Witterungsumschlag in Aussicht steht, einstweilen wieder für beseitigt.

Zur Preispolitik der Kartelle liefert unser Dortmunder Parteiblatt einen interessanten Beitrag. Wie es berichtet, hat die bekannte Dortmunder Firma August Kloppe, die sich speziell mit der Herstellung von Eisenkonstruktionen und Gasometern befaßt, sich entschlossen, ein zweites Werk in Holland zu errichten. Daß die Firma dabei einen Nutzen erzielt, ergibt sich aus der folgenden Berechnung: In Deutschland kostet zur Zeit die Tonne Bleche 120 M., während das gleiche Quantum nach dem Umstände für 100 M. freischiffbar geliefert wird. Mithin erwächst der Firma hierdurch ein Nutzen von 20 M. für die Tonne, bei 1000 Tonnen macht das schon 20 000 M. Es handelt sich bei der Firma jedoch jetzt schon um viele tausend Tonnen, da sie bedeutende Aufträge auf Gasometer-Lieferungen hat. Die Selbstkosten werden sich in Holland 8 Proz. niedriger stellen.

Norddeutscher Lloyd gegen Hamburg-Amerika-Linie. Nachdem die Direktion der Hamburger Linie gesprochen und nachzuweisen versucht hat, daß bei ihr in dem letzten Jahrzehnt die Abschreibungen weit höher gewesen sind, als bei der konkurrierenden Bremer Linie, kommt jetzt wieder der Lloyd mit einer Replik an die Reihe. Er schreibt:

Die mechanische Gegenüberstellung von Kapital und Abschreibung kann ebenso wenig einen zuverlässigen Maßstab für die richtige Bewertung der Aktiven geben wie der Vergleich der absoluten Differenz der aus den Betriebsergebnissen vorgenommenen Abschreibungen und Rückstellungen der beiden Gesellschaften — dieselben betragen beispielsweise in dem zum Vergleich herangezogenen Zeitraum beim Lloyd ca. 94 000 000 M., bei der Vaterfahrt ca. 70 000 000 M. ohne gleichzeitige Berücksichtigung der höheren Schiffswerte des „Norddeutschen Lloyd“. Es befinden sich unter den Aktiven des „Norddeutschen Lloyd“ weitaus höhere Werte an Effekten, Grundstücken und Vorräten, als bei der Hamburg-Amerika-Linie (die Differenz beträgt jährlich 8 bis 10 Millionen), die auf naturgemäß nicht 10 prozentige Abschreibungen und Rückstellungen für Schiffe Anwendung finden können. Wenn ferner beim Erwerb von Neubereitern der Gegenwert für das übernommene Geschäft dem Kapitalkonto der Schiffe zugeschrieben und sodann diese Aufschläge wiederum durch Abschreibungen getilgt werden, so wird man doch derartige Abschreibungen nicht als solche ansehen können, welche in Rücksicht auf die Abnutzung der Schiffe erfolgen. Ebenso wenig können für die Frage der richtigen Bewertung der Aktiven die Abschreibungssummen als maßgebend angesehen werden, ohne die gleichzeitige Berücksichtigung der für Instandhaltung und Erneuerung aufgewendeten, aus den Bilanzen der Gesellschaften nicht ersichtlichen Summen. Der „Norddeutsche Lloyd“ hat seit einer langen Reihe von Jahren für die Verrichtung von Abschreibungen und Reservestellungen stets die nämlichen Grundsätze angewendet und wird jedenfalls in Zukunft an denselben Grundsätzen festhalten.

Das Geschäft ist wirklich mühselig, umso mehr, als die Fragen, um die es sich handelt, recht schwer zu beurteilen sind, und der großen Masse der Leser, selbst solchen, die mit kaufmännischen Dingen im allgemeinen durchaus vertraut sind, die spezielle Kenntnis der Geschäftsverhältnisse völlig fehlt, die zur Urteilsbildung in dieser Sache nötig ist.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wachtung, Buchbinder! In der Geschäftsblinderfabrik von Enke, Kottbus, sind wegen der Zugehörigkeit zum Verband mehrere Kollegen gemahregelt worden. Wir richten an die Berliner Kollegen das dringende Ersuchen, Arbeitsangebote der Firma Enke strikte abzulehnen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Der Streit der Leipziger Steinbildhauer, der bereits 10 Wochen währt, hat am Montag das Leipziger Gewerbegericht als Einigungsamt beschlichtet. Nach längerer Beratung unterbreitete der Vorsitzende folgenden Vergleichsvorschlag: Beim Nathausneubau bleibt es bei der bisherigen Vereinbarung, nämlich 7 Mark Minimal-Tagelohn bei 7 1/2 stündiger Arbeitszeit, bei allen übrigen Bauten wird, soweit nicht in Accord gearbeitet wird, ein Mindest-Tagelohn von 6,50 Mark gezahlt, jedoch mit der Maßgabe, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter für veränderte Zeitverhältnisse beim Nathausneubau 93 Pf., bei den andern Bauten 87 Pf. pro Stunde beim Mindestlohn und eine entsprechend höhere Summe bei höheren Löhnen in Abzug bringen kann. Die Forderung der Gehilfen, allgemein 7 M. Minimallohn einzuführen, wurde als ein zu großer Sprung angesehen in Anbetracht dessen, daß zum Teil vordem noch in Accord gearbeitet worden ist. Jedoch habe auch das Einigungsamt sich der Thatsache nicht verschließen können, daß im Laufe der Zeit die Löhne der Leipziger Steinbildhauer hinter den Löhnen in andern Städten zurückgeblieben seien.

Die Vertreter der Gehilfen zeigten sich zur Annahme dieses Vorschlages geneigt. Um aber den Vertretern beider Parteien Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Mandatgebern zu verständigen, ist die Verhandlung auf Donnerstag vertagt worden.

Metallarbeiter. Mit den Streikenden bei der Firma Post in Köhn-Chrenfeld haben sich auch die dort beschäftigten Schlosser solidarisch erklärt. Sie reichten am Montag die Kündigung ein.

Ausland.

Der Streit der Wiener Konfektionschneider ist — wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt — in vollem Umfange durchgeführt. Die Zahl der Streikenden konnte noch nicht genau festgestellt werden. Nach einer Schätzung der Stillemeister befanden sich schon am Montag 4000 Gehilfen und 1500 Meister im Streik. Die Beteiligung am Streik ist demnach eine allgemeine, und der Ausstand läßt deshalb auf die Konfessionäre eine mächtige Wirkung aus. Während sie anfangs die Forderungen der Streikenden rundweg ablehnten, zeigen sich einige Firmen schon nachgiebig, wenn sie sich auch nicht zur vollen Bewilligung der Forderungen verstehen. Bereits am Montag hatte eine Firma der Genossenschaft der Stillemeister angezeigt, daß sie zu Lohnerhöhungen bereit sei. Die Genossenschaft geht aber auf Einzelangebote nicht ein. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeit erst dann aufgenommen wird, wenn mit allen Konfessionären ein befriedigendes Abkommen getroffen ist. — Der Gewerbe-Oberinspektor Regierungsrat Kulla ist wegen Beilegung des Streiks sowohl mit den Konfessionären wie mit dem Vorstand der Genossenschaft der Stillemeister in Verbindung getreten. Die Konfessionäre erklären sich bereit, einen Minimaltarif zu bewilligen, jedoch gehen die Ansichten über die Höhe der zu gewährenden Löhne auseinander. Da die verschiedenen Firmen erheblich von einander abweichende Löhne zahlen, so sollen erst entsprechende Vorschläge für die Aufstellung eines einheitlichen Lohns gemacht werden. Der Vor-

sitzer der Genossenschaft hat es übernommen, einen Lohnkaffi-Entwurf auszuarbeiten, auf Grund dessen der Gewerbe-Oberinspektor dann die Verhandlungen weiterführen wird. Inzwischen sind alle Vorklärungen zur energischen Durchführung des Streiks getroffen. Die Werkstätten der Stillemeister werden zu verschiedenen Tageszeiten durch die Streikenden kontrolliert, damit niemand der allgemeinen Sache mitrennen werde.

Aus Holland. Ein Streik der Fuhrleute ist in Amsterdam ausgebrochen. Ungefähr 400 Fuhrleute haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen einen Minimallohn von 12 Gulden für 6 Arbeitstage bei einer Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. 25 kleinere Arbeitgeber haben die Forderungen bewilligt, die großen Gesellschaften weigern sich jedoch.

Im Amsterdamer Hafen sind an einigen Arbeitsplätzen Differenzen mit den Unternehmern entstanden, die leicht einen großen Umfang annehmen können. Sie begannen mit einem partiellen Streik von Dockarbeitern und Packhausarbeitern, der selbst einen günstigen Ausgang nahm, aber zur Folge hatte, daß eine Anzahl Hafenarbeiter, die, um jenen Streik zu unterstützen, die Arbeit niedergelegt hatten, entlassen wurden. Die starke Organisation der Arbeitgeber im Hafentransport-Gewerbe weigert sich, mit den Vertretern der Organisation der Hafenarbeiter zu verhandeln. Nun haben die organisierten Hafenarbeiter ein Manifest verbreitet, worin erklärt wird, daß die Haltung der Unternehmer leicht eine allgemeine Arbeitsniederlegung im ganzen Transportgewerbe zur Folge haben kann. — Der Gleis- und Zinkarbeiter-Streik in Amsterdam ist noch immer nicht beendet. In der vorigen Woche haben zwar einige kleine Arbeitgeber bewilligt, sie beschäftigen aber zusammen nur 20 Arbeiter. — Bei dem Schneiderstreik in Groningen, der ebenfalls noch fort dauert, handelt es sich um eine ungefähr 10 Prozent betragende Aufbesserung der Löhne der Konfektionsarbeiter. Im Streik befinden sich ca. 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. — Eine Bewegung zur Herbeiführung von Minimallohn und Maximal-Arbeitszeit für alle Gewerbe wird in Rotterdam von sämtlichen Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen propagiert. Ein gemeinsames Komitee ist gewählt worden, das für diesen Zweck thätig sein soll.

Sociales.

Zum Arztstreik in Oera erfährt unser dortiges Parteiblatt jetzt im Gegensatz zu seiner gestrigen Meldung, daß alle Einigungsversuche als gescheitert anzusehen sind. Der Assenvorstand hat die Vorschläge der Ärztekommmission, die letztere auf Grund der am Sonnabend zwischen dem Gewerkschafts-Vorstand, den Arbeitnehmervertretern im Vorstand der Textil-Betriebs-Krankenkasse und einer Vertretung der Ärzte getroffenen Vereinbarung eingereicht hatte, für unannehmbar erklärt und die Anstellung fest besoldeter Kassenärzte beschlossen.

Für die Einführung der Verhältniswahl sprachen sich die Arbeiterbeisitzer beim Gewerbegericht Karlsruhe aus, während die Unternehmerbeisitzer die entgegengesetzte Stellung einnahmen. Der Stadtrat wird demnächst den Entwurf eines neuen Statuts vorlegen, das auf der Grundlage der Verhältniswahl aufgebaut ist.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

In der Zeitschrift „Die Krankenpflege“ erörtert Dr. Hans Reumann in Reimerz die gegenwärtige Anzulangigkeit der Heilstätten und sagt dann zum Schluß:

Ein Eingreifen würde damit erfolgen können, wenn die Versicherungsanstalten die Mittel gewährten, die Kranken, die aus irgend einem Grunde nicht zur Aufnahme in eine Heilstätte gelangen können, in einen besseren Ernährungszustand zu bringen. Das wäre ein Ziel, das sich nicht bloß leicht, sondern auch durch Mittel erreichen ließe, welche — und das ist ein Punkt, der besonders hervorgehoben werden muß — im Verhältnis zu den Kosten eines Heilstättenbetriebes sehr gering genannt werden können. Da das disponierbare Moment für die Entlohnung der Kranken bei einem recht großen Teil der Versicherten in einem Unterernährungszustand zu suchen ist, so dürfte die Ernährungstherapie gerade bei diesen Patienten ihre schönsten Triumphe feiern. Sieht doch eine große Anzahl von Ärzten aus den Heilwert der Anstaltsbehandlung lediglich in der Auffütterung der Kranken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in dieser allerdings etwas extremen Auffassung doch auch sehr viel Wahres enthalten ist. Daß eine bloße Aufmähmung auch ohne Sanatoriumskur verhältnismäßig leicht erreicht werden kann und vielfach vorzügliche Erfolge zeitigt, ist eine landläufige Erfahrung. Wenn die Versicherungsanstalten einen Versuch, den sie sicher nicht zu bereuen hätten, machen wollten, so könnte er in der Weise unternommen werden, daß noch arbeitsfähige Patienten für eine bestimmte Zeitperiode — sagen wir für vier Wochen — täglich zwei gute und reichliche Mahlzeiten (Mittag- und Abendbrot) erhalten. Die ganze Einrichtung könnte in mancher Beziehung der der Kollischen ähnlich sein, nur versteht sich von selbst, daß Qualität und Quantität der Nahrung weit über dem Niveau einer Kasernenernährung stehen muß. Daß sich für die Ehrenämter, die Leitung der Küchen, die Ausgabe der Speisen eine genügende Anzahl von Damen bereit finden werden, ist bei dem Interesse, das heute alle Kreise an einer wirksamen planvollen Tuberkulose-Bekämpfung nehmen, als selbstverständlich zu erwarten. Wenn sich die Versicherungsanstalten entschließen, diesen oder einen ähnlichen Vorschlag in die Tat umzusetzen, so wäre damit wieder ein Schritt vorwärts gethan im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Von dieser Einsicht bis zu der, daß man den Arbeitern von vornherein eine bessere Lebenshaltung gewähren müsse, noch ehe sie durch Unterernährung der Tuberkulose zum Opfer fallen, sollte eigentlich der Schritt nicht mehr schwer sein. Wenn alle Einsichtigen, die nicht an der Ueberbeanspruchung direkt interessiert sind, den Kampf der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung — für hohe Löhne und kurze Arbeitszeit und gegen den Brotwucher — unterstützen, anjant ihm, wie es in den meisten Fällen leider geschieht, feindselig entgegenzutreten, dann würden sie zur Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Volksleiden unendlich viel mehr beitragen, als wie durch noch so sorgsame Behandlung der bereits Erkrankten. Womit wir das letztere natürlich nicht für überflüssig erklären wollen.

Verfammlungen.

Zum Apothekenboykott.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten am Dienstag in der Berliner Ressource eine stark besuchte Versammlung ab, in der Herr Staller zunächst über die Einführung von Rezept-Postkarten referierte. Bekanntlich hat das Berliner Kammergericht als höchste in Betracht kommende Instanz vor kurzem entschieden, daß die Abgabe der den Apothekern vorbehaltenen Arzneien durch die Krankenkassen unzulässig sei. Infolge dieser Entscheidung, die allerdings in Widerspruch steht mit andern Gerichtsurteilen in dieser Frage und mit einer früheren Entscheidung desselben Kammergerichts, nach welcher die direkte Abgabe solcher Arzneimittel von homöopathischen Vereinen an die Mitglieder für zulässig erklärt wurde, suchten die an dem Apothekenboykott beteiligten Krankenkassen ihre Maßnahmen ändern. Auf den Apothekenboykott hat diese Entscheidung keinen besonderen Einfluß, da seitens der Centralkommission bereits Einrichtungen getroffen sind, die Arzneiverforgung in einer andern, für den Apothekerring gewiß nicht vorteilhafteren Weise zu regeln. Statt der Arzneimittel, welche bisher von den Krankenkassen direkt an die Mitglieder verabfolgt wurden, sind nunmehr elf der am häufigsten verordneten Mittel ausgewählt worden, und zwar Brustthee, Hustenpulver, Aloeöl, Jintopasa, Vorkalbe, Stomachikaipulver, Plandische Wässer, Santalappeln, Essentia, Russischer Spiritus, die von den 6 dem Ring nicht mehr angehörenden

und mit der Centralkommission im Vertragsverhältnis stehenden Apothekern den Kassenmitgliedern direkt ins Haus geschickt werden. — In diesem Zweck werden den Ärzten transkripte Rezept-Postkarten, auf denen die Adresse des Apothekers, andererseits die 11 genannten Mittel und die notwendigen Personalnotizen wie auf andern Rezeptformularen sehr praktisch vorgegedruckt sind, zur Verfügung gestellt. Die vom Arzt ausgefüllte Karte wird der Patient in einem Post-Briefkasten und erhält dann vom Apotheker das betreffende Mittel per Post oder durch Boten in seine Wohnung zugestellt. — Die Vereinbarungen der Centralkommission mit den in Betracht kommenden Apothekern sind für die Kassen auch in finanzieller Beziehung recht günstige und zweifellos wird sich das neue System der Arzneiverforgung gut bewähren. Dies ist umso mehr zu erwarten, als die Ärzte, von denen Vertreter der verschiedenen Vereinigungen an den Vorbereitungen teilgenommen haben, diese Einrichtung gewiß unterstützen werden. Jedenfalls ist die Situation für die Kassen eine sehr gute, während die Apotheker mit dem gegenwärtigen Zustand, den sie selbst durch ihr Verhalten verschuldet haben, wohl kaum zufrieden sein dürften. Auch die Gewährung von 10 Proz. Rezepturcabi an diejenigen Kassen, welche an dem Boykott nicht beteiligt sind, hat die von ihnen erwarteten Erfolge nicht gebracht, denn bisher ist keine einzige Kasse abtrünnig geworden, im Gegenteil haben sich wieder zwei neue Kassen dem Boykott angeschlossen. Nach einem derartigen Resultat müßten die Apotheker endlich einsehen, daß es für sie besser wäre, die gerechtfertigten Forderungen der Krankenkassen anzuerkennen, zumal sie auf eine Aenderung der Situation zu ihren Gunsten nicht rechnen können. Daß sich die Kassenvertreter und mit ihnen selbstverständlich die Kassenmitglieder nach wie vor vollständig einig sind, das beweist wiederum die Verkommenheit, die sich einstimmig mit den von der Centralkommission getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärten.

Hierauf erstattete der Kassentendant A. Kohn an Stelle des verhinderten Dr. Blaklo einen umfassenden und sehr interessanten Bericht vom internationalen Kongreß für Geschlechtskrankheiten in Brüssel und außerdem berichtete derselbe über die Verhandlungen vom Verbandstage der Orts-Krankenkassen Deutschlands in Hamburg. S. Manowski berichtete im Anschluß an die Referate, daß während des Verbandstages in Hamburg auch eine Konferenz von Kassenvertretern getagt hat, die über Bildung von Central-Kommissionen in den verschiedenen Orten, ähnlich wie sie in Berlin besteht, verhandelte. Von beiden Rednern wurde u. a. den Kassen empfohlen, der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beizutreten und deren Bestrebungen in jeder Weise zu unterstützen.

In der Versammlung waren vertreten: 43 Orts-, 82 Hilfs-, 7 Junungs-, 8 Vororts- und 6 Betriebsklassen, insgesamt 96 Kassen.

Die Postamentiere besaßen sich in ihrer Versammlung mit der Ungleichheit und event. Regelung der Lohnverhältnisse in der Konfektionsbranche. Vexger führte hierzu aus: Nach langem Daneberliegen scheint es, als wolle sich die Konfektion jetzt wieder neu beleben. Bestellungen seien reichlich gemacht, und die Arbeitgeber verlangen nach mehr Arbeitskräften. Angesichts dessen scheint es notwendig, das Augenmerk auch wieder mehr als wie bisher einer gesunden Neuregelung der Löhne zuzuwenden. So habe sich in der Zeit der schlechten Konjunktur ein starkes Schwanken der Löhne bemerkbar gemacht. Bestimmte Facharbeiter erhielten 18 bis 30 M., dementsprechend schwankte auch der Lohn der Arbeiterinnen. Lehnmädchen konnten es zuweilen nur auf 4—5 M. pro Woche bringen. Die Frauen beschäftigten sich häufig als Heimarbeiterrinnen, ohne vorher auch nur nach dem Lohne zu fragen. Gegenwärtig scheint nun eine gute Konjunktur einzusetzen und da müßte auf frühe Jumeckhaltung der früheren Minimallöhne für Konfektionsdreher wieder hingearbeitet werden. Diese betragen 25,50 M. für Anfangsarbeiter und 27 M. für gelübte Dreher. — Beschlossen wurde die Einsetzung einer aus 3 Arbeitern und 3 Arbeiterinnen bestehenden Kommission, welche bei steigender Konjunktur die weiteren Schritte zu einer vernünftigen Regelung der Lohnverhältnisse in die Wege zu leiten hat. Dabei ist der Eintritt in eine allgemeine Lohn- oder Streikbewegung vorläufig jedoch nicht ins Auge gefaßt.

Die Versammlung erledigte außerdem noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. An Einnahmen erzielte der Verein im dritten Quartal 1902 747,57 M., verausgabt wurden 443,57 M., so daß ein Kassenbestand von 304,00 M. verbleibt. In die Hauptkasse wurden im letzten Jahre 1156,31 M. abgeführt, die Höhe des Streifonds beläuft sich auf 1142,52 M. Als arbeitslos hatten sich während des Jahres 287 Mitglieder eintragen lassen, wovon 118 durch den eigenen Nachweis Arbeit vernichtet wurde. Es erfolgte dann noch die Wahl der Kollegen Schmidt zum zweiten Kassierer und König zum Bibliothekar, sowie einige Ergänzungswahlen zu mehreren Kommissionen.

Zu dem Bericht über die Säckerversammlung in Nr. 16 des „Vorwärts“, der uns von Seiten der Organisation zugegangen ist, erhalten wir folgende Verichtigung:

Statt Quartalsbericht muß es heißen Monatsbericht für Dezember. Einer Einnahme von 1176,56 M. steht eine Ausgabe von 1093,18 M. gegenüber. Bestand 83,38 M. Ferner: 12 Nummern vom „Säcker“ wurden in 31 000 Exemplaren in Berlin und den nächstliegenden Vororten verbreitet. Für den Norden wurde Hoffmann, für den Westen Meyerhofer als Obmann gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Freitagabend 7 Uhr zahlreich bei Witte, Berlinerstr. 40, zur Flugblattverteilung einzufinden.

Herr v. Wangenheim mandatsmüde.

Stettin, 21. Januar. (W. S.) In einer heute vormittag hier abgehaltenen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte hielt, wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, Hg. Fehr v. Wangenheim eine längere Rede über die politische Lage. Auf eine Anfrage des Bündlers Schulze-Bredenslow erklärte Wangenheim auf das Bestimmteste, daß er für eine Kandidatur bei den nächsten Wahlen überhaupt nicht mehr in Frage kommen könne. Die Wähler gegenüber seiner Familie und seiner Wirtschaft seien für ihn zwingend geworden. Den Vorsth im Bunde der Landwirte sei er weiterzuföhren bereit.

Begen Zweikampfs seiner Stellung entziehen.

Aus Stuttgart wird der „Frankf. Ztg.“ vom 21. Januar gemeldet: Der Kommandeur der 72. Infanteriebrigade, der preussische Generalmajor v. Paetzold und Tenczin, der am 23. Dezember v. J. vom dortigen Kriegsgericht wegen Zweikampfs zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt worden war, wurde vom König seiner Stellung entzogen.

Nach dem Landtagswahlsieg Erfolg bei den Gemeindevahlen.

Wien, 21. Januar. (W. S.) Bei den Gemeindevahlen in Floridsdorf siegten die sozialdemokratischen gegen die christlichsozialen Kandidaten.

Duisburg, 21. Januar. (W. S. V.) Die Strafkammer verurteilte heute nach dreitägiger Verhandlung den Zeitungsvetleger Komen und den Redakteur Schmitz aus Emmerich wegen Verleumdung des dortigen Bürgermeisters Menzel, begangen durch mehrere Zeitungsartikel zu einem Jahre bezw. drei Monaten Gefängnis. Komen wurde wegen Pluchterdachtes sofort in Haft genommen.

Quere, 21. Januar. (W. S. V.) Ein an Bord des Oceanampiers „La Touraine“ ausgebrochener Brand war nachmittags kurz nach 4 Uhr gelöscht. Verloren sind nur der Salon erster Klasse und ein Teil der Kurstabinen.

Reichstag.

248. Sitzung. Mittwoch, den 21. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Hr. v. Tziemann, v. Gohler, Graf Posadowsky, v. Tirpitz, Kräfte. Die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt.

Hr. Richter (fr. Sp.):

Das Charakteristische an diesem Etat ist einmal die Zuschußanleihe von 95 Millionen, die Finanzmaßnahme des Kredits in Höhe von 235 Millionen und andererseits als Gegenstück die Haltung der Einzelstaaten, die absolut trotz dieser ungünstigen Finanzlage nicht mehr an Patrimonialbeiträgen herausdrücken wollen. Dabei haben sie in diesem Jahre noch 600 000 M. weniger zu zahlen als im Vorjahre. Was nun die allgemeine Finanzierung angeht, so fällt bei den Ausgaben in erster Reihe die Steigerung des Marine-Etats in die Augen. Die schlechte Finanzlage ist zum guten Teil die Folge der beiden Flottengesetze. (Sehr richtig! links.) Der Herr Reichs-Staatssekretär sprach von den vielen Streichungen im Etat. Im Marine-Etat findet sich davon nicht die leiseste Spur. Es wäre mir interessant zu erfahren, ob der Bundesrat sich getraut hat, irgend etwas vom Marine-Etat abzusetzen. (Sehr gut! links.) Beim Flottengesetz sprach der Herr Staatssekretär von einer natürlichen Steigerung der Einnahmen von jährlich 15 Millionen und meinte: Nehmen wir auch nur die Hälfte, so verlangt doch das Flottengesetz nur jährlich mehr 9 1/2 Millionen. Also eine Beförderung in finanzieller Beziehung ist gar nicht vorhanden. (Hört! hört! links.) In diesem Jahre aber beträgt die natürliche Steigerung der Einnahmen nicht 25 Millionen, sondern sie bleibt überhaupt aus. Die Einnahmen ergeben nach meiner Berechnung ein Minus von 12 bis 13 Millionen. Man rühmte dem Flottengesetz nach, daß es gestatte, den wechselnden finanziellen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn irgend ein Jahr dazu Veranlassung gegeben hat, dann doch dieses Etatsjahr. (Sehr richtig! links.)

Man sagt, die Ausgaben für Bauten dürften nicht gefördert werden mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit. Gerade im Baugewerbe herrscht aber ein gewisser Aufschwung und außerdem handelt es sich auch nicht allein um Bauten, sondern auch um Erwerb von Grundbesitz. So werden z. B. für den Erwerb des Grund und Bodens für das neue Marineministerium in der teuersten Gegend von Berlin, in der Bellevuestraße, 6 Millionen gefordert. Ueberhaupt ist es sinnlos, die Behörden in die Mitte der Stadt zu setzen, wie z. B. das Patentamt in die Gegend um das Hallische Thor. Die Forderungen des diesjährigen Marine-Etats übersteigen die Anschläge, die seiner Zeit das Reichs-Marine-Amt selbst für dies Jahr aufgestellt hatte, im Ordinarium um 1 1/2 Millionen, im Extra-Ordinarium um 3 Millionen. (Hört! hört! links.)

Ich habe mich außerordentlich darüber gewundert, daß der Staatssekretär die Vorlegung eines Nachtrags-Etats für die venezolanische Flotade als möglich hinstellt. Wozu sind denn unsere Schiffe überhaupt da, wenn nicht einmal 3 bis 4 von ihnen einmal zu einer Flotade sollen abkommandiert werden können? Was die asiatische Expedition anlangt, so wurde uns im vorigen Jahre mitgeteilt, daß die Räumung von Lientien erfolgen werde, nachdem die Regulierung des Weihod sichergestellt sei. Wie steht es jetzt damit? Ostasien kostet uns jetzt jährlich annähernd 40 Millionen, eine Summe, die nicht sehr unter dem Gesamtwert unserer Ausfuhr zurückbleibt. (Hört! hört! links.) Im Bericht der Hamburger Kaufmannschaft wird hervorgehoben, daß sich der Handel nach China durchaus nicht in dem erwarteten Maße gehoben habe.

Der Kolonial-Etat verlangt diesmal allerdings 1/2 Millionen weniger als im Vorjahre. Der neue Etat enthält aber nicht weniger als fünf Defizits aus dem Vorjahre: für Ostafrika, Kamerun, Togo, Südwestafrika und Neu-Guinea. (Hört! hört! links.) Der Vinderbedarf erklärt sich nur daraus, daß in diesem Jahre nicht schon wieder in der Berliner Wilhelmstraße ein neues Kolonialamt gebaut wird. Wo aber ist der behauptete Aufschwung unserer Kolonien? Papier ist geduldig und offizielles Druckpapier ist jedenfalls am allgerühmtesten. (Sehr gut! links.) In diesem Etat selbst ist übrigens ein geradezu vernichtendes Urteil über den Eisenbahnbau zwischen Swalopmund und Windhoek in Südwestafrika enthalten. Man hat die Bahnlinie festgelegt, ohne vorher die Wasserverhältnisse zu studieren.

Man hat eine ansteigende Trace von 5 Kilometern gebaut, auf der die Lokomotive immer nur zwei Wagen vorwärts bringen kann! (Hört! hört! links.) Mit Eisenbahnen allein sind unsere Kolonien nicht zu halten. Wenn man nicht Gold oder Diamanten findet, so sind alle Schutzgebiete nichts wert, und wenn man sie findet, dann braucht man keine Eisenbahnen zu subventionieren, dann finden sie sich von selbst. — Wie steht es nun mit der zweiten Eisenbahn von Tanga bis Korogwe? Im Etat des vorigen Jahres war für diese Bahn ein Betriebsübernahmevertrag von 30 M. herausgerechnet, immer noch eine ganz respectable Summe (Heiterkeit), jetzt zeigt es sich aber, daß die Einnahmen nur 50 Proz. der Betriebsausgaben gedeckt haben, es hat sich bereits ein Defizit von 65 000 Mark ergeben. In der Kommission hatte man einen Sachverständigen aus Ostafrika. Als er aber erklärte: entweder man baut die Bahn bis zum Milimandjaro, das sind 200 Kilometer weiter, oder sie hat überhaupt keinen Zweck, hätte man die Gesichter der Herren sehen sollen, der sachverständige Herr wurde eifrig wieder aus der Kommission hinauskomplimentiert. (Heiterkeit.) — An sonderbarsten ist, daß man uns bei der jetzigen Finanzlage noch den Abschluß des Vertrages mit der ostafrikanischen Gesellschaft zumutet. Der Vertrag selber wird uns gar nicht vorgelegt, er ist nach meiner Ansicht null und nichtig, da er nie dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt worden ist.

Rebner geht zur Besprechung des Militär-Etats über und erörtert den Rufen der Kavallerie, über den man sehr geteilter Meinung sei. Die Kritiken der blühenden Kavallerie-Attaken bei den Kaisermanövern, die Herr Schädler angeführt hat, sind wirklich nicht vereinzelt aufgetreten. (Sehr richtig! links.) Wenn es eine Kavalleriefrage gibt, so ist es die, daß man die Kavalleristen von der Bekleidung und Ausrüstung befreit, die sie seit alters her haben und durch die sie zum Waffensutter für die modernen Waffen werden. Die Metallhelme, die Reithelme, die Lanzenhähnen und alles was sonst die Aufmerksamkeit des Feindes erregt, muß fortlassen. Auffallend ist es, daß in einem Augenblick, wo sonst jede Gehaltserhöhung für Beamte abgelehnt wird, den Oberstleutenants eine beträchtliche Zulage gewährt werden soll. Es scheint mir, als wolle man damit eine höhere Pension für diejenigen erreichen, welche man zwar zu Oberstleutenants gemacht, aber nicht zu Regimentskommandeuren. (Sehr richtig! links.) Aus dem Hause ist ja ein Antrag eingegangen, noch in dieser Session ein Ministerpensions-Gesetz vorzulegen. Ich kann es nicht verstehen, wie man bei der gegenwärtigen Finanznot eine derartige Forderung erheben kann. Der Herr Rebner erörtert hierauf die Vorgänge, welche bei der Verlegung eines Husaren-Regiments von Düsseldorf nach Arefeld gespielt haben. Er erzählt unter Heiterkeit des Hauses die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und den Ehrenjungfrauen von Arefeld auf dem Bahnhofe.

Es scheint wirklich so, daß die Militärverwaltung erst nach der kaiserlichen Zulage auf dem Bahnhof in Arefeld Anweisungen erhalten hat. Für die Maßnahmen ist ja der Kriegsminister in vollem Umfange verantwortlich. (Kriegsminister v. Gohler nickt. Reichskanzler Graf Bülow lacht.) Ich möchte an ihn die Aufgabe richten, ob der Kriegsminister erst nach dieser Unterhaltung von der Ver-

legung der Husaren unterrichtet worden oder schon vorher davon gewußt hat, ob er also nachträglich etwas gut-sprechen möchte, wozu er vorher keine Ahnung hatte. (Hört, hört! links und Heiterkeit.)

In der Korrektur der Einnahme-Voranschläge der Regierung sollten wir nicht blöde sein. Die hat die Verabsichtung der Zuerst-steuer auf die Einnahmen gewirkt? Ein wirksames Mittel zur Verringerung des Defizits wäre die Befreiung aller Liebesgaben. (Große Unruhe rechts.) Das geltende Börsensteuergesetz hat die Einnahmen aus dieser Steuer geschädigt und durch die schände Ausbeutung des Differenzgewinnes Treu und Glauben an der Börse bedeutend erschüttert. Die Hauptsache aber ist die Besserung der allgemeinen Gewerbsverhältnisse. Einen großen Teil der Schuld an dem Anhalten der wirtschaftlichen Depression trägt die handelspolitische Unsicherheit. (Sehr richtig! links.) 1879 hat die ganze Neuordnung der Handelsverhältnisse sich in sieben Monaten vollzogen, während man jetzt schon fünf Jahre an der Geschäfte herum-murrt! (Heiterkeit.) Die Verhandlungen der vorigen Woche haben die Unsicherheit noch gesteigert. Wer soll noch Geschäfte machen, wenn der Reichsstaatssekretär selbst unsre künftigen Handelsverträge als ein Buch mit sieben Siegeln bezeichnet?

Einer Zuschußanleihe werden wir nicht zustimmen. Sie würde eine überaus schädliche Wirkung haben und dazu führen, daß der Bundesrat das letzte Interesse an einer Sparlosen Finanzwirtschaft verliert. Der Begriff der Zuschußanleihe widerspricht auch der Verfassung, nach der Anleihen nur für außerordentliche Aufwendungen aufgenommen werden sollen. Sind die Ausgaben, die mit diesen 95 Millionen gedeckt werden sollen, lauter außer-ordentliche Bedürfnisse? Wenn alles andre gegen die Pump-wirtschaft nichts hilft, müssen die Patrimonialbeiträge erhöht werden. Man sollte als Argument dagegen nicht immer die armen thüringischen Staaten anführen. Die Mittelstaaten sind am schwersten belastet durch diese Beiträge, nicht die thüringischen Kleinstaaten. Den Schwärmern für immer neue Marine- und Kolonialausgaben, möchte ich empfehlen, daß der Kolonialverein, der Flottenverein und die Vereinigungen der Alldeutschen ihren Mitgliedern besondere Umlagen als Steuern zur Bestreitung dieser Ausgaben auferlegen. (Sehr gut! links. Abg. Dr. Hasse lacht.) Für so schöne patriotische Zwecke werden die Alldeutschen gewiß weiterem in der Vorgeitung für die Aufbringung solcher Zuschläge, Herr Hasse! (Heiterkeit.) Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, um die Zuschußanleihe unmöglich zu machen.

Die Gewährung von Diäten ist keine politische Frage, sondern eine reine Frage der Geschäftsführung dieses Hauses. Ohne Diäten können die Geschäfte des Reichstages überhaupt nicht mehr ordentlich geführt werden. Der Reichskanzler hat uns gestern die Sicherung des Wahlscheitnisses zugesagt — schön, sehr schön, aber ich ermahnte, daß er im folgenden Satz auch die Gewährung der Diäten in Aussicht stellen würde. (Heiterkeit.) Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es ohne Diäten nicht mehr geht. In dieser wichtigen Frage muß doch schließlich der Reichskanzler den Mut seiner Meinung haben und an der entsprechenden Stelle auch seine Ansicht vertreten. Er sagte ja doch selbst: „Man kann zwar in kleinen Dingen nachgeben, aber nicht in großen.“ Der Reichskanzler ist auch verantwortlich für das, was nicht geschieht, wenn es notwendig ist. (Sehr wahr! links.) Es ist gestern ausführlich über die Verantwortlichkeit des Kaisers und des Kanzlers gesprochen worden. Als alter Parlamentarier erinnere ich mich noch der Zeit, als es überhaupt verpönt war, den Namen des Kaisers hier zu nennen. Aber andere Zeiten, andere Sitten! Die andern Sitten werden uns aufgezwungen. (Sehr richtig! links.) Unter Kaiser Wilhelm I. war es nicht nötig, Reden des Kaisers zu beschreiben. Dem jetzt der Monarch so häufig mit seiner Meinung hervortritt, und wenn dann solche Äußerungen, die an sich schon von viel größerer Bedeutung sind und die schwerwiegendsten Folgen haben, überall besprochen werden dürfen in Versammlungen und Reden, nur im Reichstag nicht, dann ist das eine konstitutionelle Farce. Das hat man auch eingesehen und hat erlaubt, daß alle Reden, die im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht sind, besprochen werden dürfen. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Grenze unhaltbar ist, weil es überhaupt keine feste Grenze gibt für das, was im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht wird. Durch das „Volksliche Telegraphen-Bureau“ werden häufig viel wichtigere Dinge authentisch veröffentlicht und urbi et orbi verkündet, als durch einer weit größeren Öffentlichkeit als durch den „Reichs-Anzeiger“. Gestern ist nun auch gestattet worden, daß Neuierungen, die nur durch das Volksliche Telegraphen-Bureau authentisch verbreitet waren, Gegenstand der Diskussion sein dürfen. Ich begreife diesen Präcedenzfall; es ist dadurch festgelegt worden, daß alles, was als eine öffentliche Kundgebung über öffentliche Angelegenheiten von Monarchen ausgeht und in authentischer Weise beglaubigt ist, hier Gegenstand der parlamentarischen Verhandlungen sein kann. Allerdings wurde gestern eine Beschränkung hinzugefügt insofern, als gewisse Dinge nicht als öffentliche Angelegenheiten angesehen wurden. Ich kann natürlich nichts gegen die Entscheidung des Präsidenten unternehmen. Privatverhältnisse werden hier ja überhaupt nicht erörtert. Ich verstehe es so, daß der Präsident, abgesehen von dem einen Fall, alle Äußerungen des Kaisers, die irgend welches öffentliche Interesse haben, zur Besprechung zulassen wollte. Was das Schweinehüter Telegramm anlangt, so hätte der Reichskanzler, wenn er sich nicht für verantwortlich hielt, ja nicht zu antworten brauchen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Völkmar tritt, wenn er meint, der Reichskanzler hätte während der Zeit in Bayreuth gesehen. Wenn ich die Daten vergleiche, so war der Reichskanzler mit dem Monarchen von Neval nach Schweinehüter zurückgekehrt. In Schweinehüter hatte er sich vom Kaiser getrennt und war nach Berlin gefahren. Kurz bevor das Telegramm explodiert (Heiterkeit), war er von Berlin bereits wieder abgereist nach Bayreuth. Der Reichskanzler gibt ja zu, daß er vorher gar nicht gefragt worden ist. Ich habe allerdings zu seiner Einsicht das Vertrauen, daß wenn er gefragt worden wäre, er die Bedenken in förderativer und konstitutioneller Hinsicht geltend gemacht hätte und vor allem darauf hingewiesen hätte, daß das Gegenteil des Zweckes erreicht wird von dem, was bei der Abfindung beabsichtigt war. (Der Reichskanzler nickt zustimmend.) Die Sache wäre auch gleichgültig geblieben, wenn das Telegramm nicht nachher veröffentlicht wäre. Ueber diese Veröffentlichung, die das Entscheidende ist, ist der Herr Reichskanzler hinweggegangen! Diese Veröffentlichung aber kann nur auf Grund einer Verfügung, einer Anordnung, also solcher Maßnahmen, für die die Reichsverfassung ausdrücklich die Gegenzeichnung des Kanzlers vorseht, erfolgen. Wer hat die Anordnung gegenzeichnet, und ist eine Gegenzeichnung überhaupt erfolgt? Gerade die Veröffentlichung hat bewirkt, daß es nicht mehr eine private Angelegenheit zweier Monarchen war, sondern das war eine Provokation der öffentlichen Meinung. Dem Centrum ist hier von der Regierung etwas beschieden worden, wie es sonst nur der Socialdemokratie geschieht. (Große Heiterkeit. Sehr wahr! im Centrum.) Ich bin dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar, daß er sich gestern über das Verhältnis zwischen Reichskanzler und Kaiser auch im allgemeinen geäußert hat. Er sagte, die Abwicklung der Geschäfte zwischen Kaiser und Reich vollzieht sich bei beiderseitigen guten Willen, bei gegenseitigen Konzessionen und Kompromissen. Die Initiative des Monarchen dürfe nicht beschränkt werden. Ja, damit hat er uns das interne Verhältnis geschildert. Darauf kommt es gar nicht an. Das ist nicht Gegenstand unserer Kritik. Wir wissen schon zu wenig davon, als daß wir darüber rechten könnten. Was bei uns ausfällt, ist nicht, wie man sich intern verständigt, sondern daß nach außen öffentliche Kundgebungen und Verfügungen erfolgen,

über die der Herr Reichskanzler vorher überhaupt gar nicht gefragt worden ist. (Sehr richtig! links.) Da kann man gar nicht sprechen von beiderseitigen guten Willen, denn der Reichskanzler ist ja gar nicht nach seinem Willen gefragt worden. Es hat einfach geheißen: *Suprema lex regis voluntas*. (Sehr richtig!) Diese Art der Ausschaltung der Minister muß im Ausland und Inland zu unliebsamen Konsequenzen führen. Das ist nicht konstitutionell, das ist nicht mal für den absolutistischen Staat passend. (Sehr richtig.) Das mag in früheren Jahrhunderten angängig gewesen sein, heute geht das nicht mehr. Ich kümmer mich seit 30 Jahren um die Gesetzgebung und weiß wie schwer es ist, alle Einzelheiten zu beherrschen. Für einen Einzelnen ist es nahezu unmöglich. Wie viel schwerer muß es für den Monarchen sein, der noch vieles andre zu thun hat, der sich um Personalfragen, um militärische Details kümmerl. Da mag die beste Veranlagung da sein, der beste Willen, umfassende Kenntnisse, es ist nicht möglich, daß sich der Monarch in die Einzelheiten der Gesetzgebung wirklich vertiefen kann. Das muß er dem Reichskanzler oder einem Ressortchef überlassen. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt der beständiger Umgangskreis des Monarchen. Ich will es ganz offen sagen, ohne jeden Parteistandpunkt: Man setzt sich bei gewissen Dingen an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, so etwas zu veröffentlichen. (Sehr richtig! im ganzen Hause.) Wie wenig kennt man das Volk, wie wenig die Wirkungen, die solche Publikationen ausüben müssen. (Erneutes Sehr richtig! im ganzen Hause.) Diese Ausschaltung der Minister muß beseitigt werden. Ich weiß, es war zu keiner Zeit so schwieriger Minister zu sein, wie gegenwärtig. Reichskanzler Graf Bülow nicht lächelnd. Große Heiterkeit bei allen Parteien.) Ich beneide die Herren keineswegs. (Graf Bülow nickt wieder. Erneutes Heiterkeit.) Der Reichskanzler sagte gestern, er müsse Augenmaß haben. Gewiß, sehr richtig. Aber wenn sich die Fälle der Differenzen häufen, wenn zu kleinen Meinungsverschiedenheiten große treten, dann führt das zu einer Kabinettsregierung, die schädlich ist und dazu führt, daß die Minister auch bei uns ihre Autorität mehr und mehr einbüßen müssen. Fürst Bismarck ist einmal als Handlanger bezeichnet worden. Es war eine durchaus falsche Bezeichnung. Fürst Bismarck war immer Minister, nie Handlanger, und hat oft genug die Kabinettsfrage gestellt. Aber wenn das mit der Kabinetts-regierung so fortgeht, dann werden die Herren zu Handlangern herabgedrückt, und das wäre bedauerlich im Interesse der Minister selbst wie des Wohles des Ganzen und nicht zum wenigsten der Krone selbst. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Trotz aller etwaigen Streichungen am Etat wird man um das Bedürfnis einer Anleihe nicht herumkommen. Rebner erörtert im Anschluß daran ausführlich die Frage, warum der Kurs unserer Staatspapiere verhältnismäßig so niedrig sei. Die Schuld daran trägt zum großen Teil die Ueberschwemmung unseres Marktes mit industriellen Papieren, die im Gegensatz zum Gesetz als Inhaberpapiere behandelt werden. Abg. v. Völkmar hat sich gestern in einer Rede, deren Ton, wie ich anerkenne, sehr abfällig von den Reden seiner Fraktionsgenossen, wieder gegen die indirekten Steuern in Kauf und Bogen ausgesprochen. Aber gerade in sehr vorgeschrittenen Kulturländern ist das System der indirekten Steuern weit mehr entwickelt als bei uns.

Der Reichskanzler sprach gestern davon, daß der Kaiser an die Bemerkung im Bericht des Gottschasters Fürsten Radolin, daß die Bourgeoisie wenig geneigt sei zur Erfüllung sozialer Pflichten, die Randbemerkung gefügt habe: „Ganz wie bei uns!“ Das ist unrichtig. Die deutsche Bourgeoisie, die industrielle wie die landwirtschaftliche, hat willig und ohne Murren die Lasten der socialpolitischen Gesetzgebung auf sich genommen, die Landwirtschaft, trotzdem sie durch die capriciöse Handelsgesetzgebung in so schweres Unheil veretzt worden ist.

Diese Notlage ist auch durch die Annahme des Zolltarifs noch nicht beseitigt. Herr v. Wangenheim, dem ich zu meinem Bedauern nicht hier sehe, ist sogar der Meinung, daß die Regierung keine Handelsverträge vorlegen werde, die den wirtschaftlichen Interessen auch nur einigermaßen entsprächen. Diese Interessen sind von Herrn v. Wangenheim mit seinem bekannten 750-Antrag etwas hoch eingeschätzt worden. Ich habe das Vertrauen, daß die verbündeten Regierungen Handelsverträge vorlegen werden, die den berechtigten Anforderungen der Landwirtschaft entgegenkommen, zumal sie ja im nächsten Reichstag auf eine Majorität für absolut landwirtschaftsfeindliche Verträge nicht werden rechnen können. Die engere Leitung des Bundes der Landwirte hat aus Anlaß der Kämpfe um den Zolltarif sehr scharfe Worte gegen Abgeordnete der konservativen und meiner Partei gerichtet. Der Bund der Landwirte ist ursprünglich gegründet für eine Vereinigung landwirtschaftlicher Interessenten aus allen Parteien und jene Erklärung bedeutete eine Ueberhebung über seine eigentlichen Befugnisse. Wir haben mit der Annahme des Zolltarifs der Landwirtschaft wirkliche Dienste geleistet. Herr Vertel, der seinen gelegentlichen Unmut in seinem Blatte öfter durch Verurteilung auf den Fürsten Bismarck Ausdruck verleiht, hat einen Auspruch des Fürsten Bismarck nicht befolgt: „Seid einzig, einzig, einzig!“ Der Bund der Landwirte hat im Gegenteil eine Spaltung innerhalb der konservativen Parteien und innerhalb der deutschen Landwirte untereinander hervorgerufen. Das ist das Resultat, das die Herren erzielt haben!

Unser sociale Gesetzgebung hätte einen besseren und schnelleren Verlauf genommen, wenn wir noch ein Socialistengesetz hätten. Ich will nicht sagen, daß das frühere Socialistengesetz vollkommen gewesen wäre, und daß man es notwendigere als ein Ausnahmengesetz abschaffen mußte; aber gegenüber einer Partei, die die Fundamente unserer christlichen Kultur umstürzen will, kann man ohne eine besondere Gesetzgebung nicht auskommen. Ich fürchte, die Zukunft wird das noch viel mehr lehren, als es die Vergangenheit gelehrt hat. Die geistigen Waffen, die man immer für den Kampf mit der Socialdemokratie forderbe, müssen außerordentlich stumpf gewesen sein, denn es sind damit so gut wie gar keine Erfolge erzielt worden (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten), auch nicht seitens des Abg. Richter, der ja eine recht geistvolle Schrift gegen den Socialismus geschrieben hat. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ebenso wie bei der Zwangsverziehung bedarf man bei der Socialdemokratie neben den geistigen auch andre Waffen. Wir haben es hier mit einer Partei zu thun, die eventuell vor einem gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung nicht zurückschreckt! Herr v. Völkmar sprach von der Gefahr des Absolutismus. Diese Gefahr ist meines Erachtens um so größer, je mehr sich der Socialismus in Deutschland ausbreitet. Abg. v. Völkmar hat sich auch auf den französischen Socialisten Jaurès berufen. Aber die französischen Socialisten stehen auf einem extrem agrarfreundlichen Standpunkt. (Sehr richtig! rechts.) Jaurès hat den Antrag Ranis, ins Französische überetzt, in der dortigen Kammer eingebracht. Er hat für einen sehr hohen Weizenzoll gestimmt.

Was die Verantwortlichkeit des Herrn Reichskanzlers anlangt, so muß ich zugeben, daß, wenn die gegenwärtigen Zustände fortbestehen, es dem Herrn Präsidenten immer schwerer werden wird, die Person Sr. Majestät des Kaisers aus der Debatte fernzuhalten. Es würde schließlich dazu kommen, daß Majestätsbeleidigungen, die außerhalb des Hauses schwer bestraft würden, hier im Reichstag ausgesprochen würden. Ich kann nur dringend wünschen, daß es dem Herrn

Reichsfinanzler gelingt, Maßregeln zu treffen, daß solchen Zuständen thunlichst vorgebeugt wird.

Abg. Schrader (freif. Bg.):

Ich möchte zunächst an die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichsfinanzlers über unsere auswärtigen Beziehungen einige Bemerkungen knüpfen. Ich bin mit dem Herrn Reichsfinanzler durchaus einverstanden, daß die liberale Überlegung in der auswärtigen Politik herrschen soll, und diese fühle Überlegung hat er auch stets bewiesen. Es ist ihm gelungen, was sicher nicht ganz leicht ist, zu verhindern, daß Störungen des friedlichen Einvernehmens mit andern Staaten entstanden sind. Schwierigkeiten in unseren Beziehungen zu England stammen nicht vom Herrn Reichsfinanzler, sondern von einer andern Stelle und sind hauptsächlich zurückzuführen auf eine Depesche. Ich glaube, daß hieraus der Reichsfinanzler noch mehr Anlaß nehmen wird, dem, was Herr von Kardorff ausgesprochen hat, nachzukommen, nämlich dafür zu sorgen, daß nicht eine solche verschiedene Handhabung unserer äußeren Politik Platz greift. Ob die Herren Socialdemokraten in Frankreich für hohe Agrarzölle schwärmen, das ist ihre Sache. Die Herren Socialdemokraten hier wird das wohl auch kalt lassen. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Was die Venezuela-Angelegenheit anlangt, so halten auch wir des Haager Schiedsgericht für die geeignetste Vermittelung und sind dem Präsidenten der Vereinigten Staaten dankbar, daß er die Vermittelung abgelehnt hat. Ich wende mich nunmehr zum Etat. Er ist aufgestellt nach denselben Grundsätzen wie die früheren, d. h. die einzelnen Ressorts haben möglichst Sparjamkeit geübt, und es ist dem Herrn Reichs-Schatzsekretär nicht gelungen, weitere Abstriche zu erzielen. Ich stimme mit Herrn Richter darin überein, daß vor allem am Militär- und Marine-Etat Abstriche vorgenommen werden müssen. Das neue Reichs-Marine-Amt könnte ebenso wie das Patentamt in der That in eine etwas billigere Gegend weiter entfernt vom Mittelpunkte der Stadt verlegt werden. — Unsere Kolonien sind entstanden in einer gewissen Hurrasinnung, man wollte dem deutschen Volke etwas Neues bieten und die Einrichtung der Kolonien hat von vorne herein darunter gelitten. Da wir sie aber nun einmal haben, müssen wir versuchen, sie möglichst rentabel zu machen und da steht die Entwicklung der Verkehrsmittel an erster Stelle. Ich fürchte, es wird nicht möglich sein, den ganzen Betrag der Anschaffungskosten durch Streichungen resp. Erhöhung der Patrimonialbeiträge zu kompensieren, jedenfalls werden wir den Etat in der Kommission auf das sorgsamste zu prüfen haben.

Die unvernünftige Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat zu der anhaltenden wirtschaftlichen Depression viel beigetragen. Die Vorkriegsbeziehung hat unsere Geldverhältnisse stark geschädigt. Seit 1897 wächst die Unruhe in den Kreisen unserer verschiedensten Erwerbszweige von Jahr zu Jahr. Auch die Annahme des Zolltarifs wird diesem Zustand kein Ende machen. Das, was Sie (zur Mehrheit) beschlossen haben, wird nie Gesetz werden. Die Abänderung der Sätze durch Handelsverträge reicht nicht zu. Es wird nichts übrig bleiben als eine Aenderung des Zolltarifs-Gesetzes. (Sehr wahr! links.) Damit aber wird — noch dazu im nächsten Reichstage — die ganze Zollfrage von neuem wieder aufgrollt werden. Die Antwort auf unsere neuen Tarif ist von einigen Staaten, mit denen wir im Handelsverkehr stehen, bereits gegeben durch Erhöhung ihrer Sätze. Ich fürchte, daß die Verträge, die die Regierung uns vorlegen wird, weder der Industrie noch der Landwirtschaft zum Nutzen gereichen werden. In jener berühmten Sitzung vom 18. zum 14. Dezember umdrängten die Führer der Mehrheit, als endlich die Annahme des Tarifs erfolgt war, den Reichsfinanzler und den Grafen Posadowski, um sie zu beglückwünschen. Aber Sie (nach rechts) werden sich mit dem Erreichten nicht begnügen; auch bei den Handelsverträgen wird der Bund der Landwirte exorbitante Forderungen für die Landwirtschaft erheben, die Konserverfabriken werden im Grunde mit dem Centrum etwas davon nachlassen, und so wird das alte Spiel immer weiter fortgesetzt werden. Darin wird auch der jüngste häusliche Streit zwischen Konservativen und Bund nichts ändern.

Es ist ganz unvermeidlich, daß der Reichstag sich mit den Aussprüchen und Anordnungen des Kaisers beschäftigt. Diese Reden sind doch dazu bestimmt, öffentlich besprochen zu werden, und was in aller Welt erloscht ist, kann hier im Reichstag nicht verboten sein. Gestern hat der Präsident die Besprechung von kaiserlichen Reden verhindert, es wäre besser gewesen, wenn er es nicht gethan hätte. Die Diskussion hätte sich gerade dann innerhalb der Grenzen gehalten, die durch die Sachlage geboten sind. Wenn man aber in die Redefreiheit der Abgeordneten eingreift, so wird vielleicht verlußt werden, die Grenzen zu überschreiten, die sich sonst jedermann gern gefallen läßt. Hoffentlich führt der Einfluß des Reichsfinanzlers eine Aenderung herbei. (Weiterkeit.) Ich hoffe, daß der Reichsfinanzler diese Verhandlungen des Reichstages dem Kaiser vorlegt, und daß er uns in Zukunft in den Stand setzt, uns nur noch mit dem Reichsfinanzler beschäftigen zu müssen und nicht mehr mit dem Kaiser. (Sehr gut! links.) Die Unverantwortlichkeit löst sich doch ausschließlich auf dem Reichsfinanzler für alles, was geschieht und was nicht geschieht. Auf ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz lege ich herzlich wenig Wert. Viel wichtiger ist, daß wir einem Reichsfinanzler oder einem Staatssekretär, der unser Vertrauen nicht besitzt, das Budget verweigern können. So wurde einst im Abgeordnetenhause dem Minister Graf Jepsen die Bau einer Eisenbahn verweigert, indem es erklärte, wir bewilligen diese Bahn, aber nicht Herrn v. Jepsen. Die Regierung hat gegenüber den Parteien seit 25 Jahren den Grundlag befolgt: Divide et impera. Auch jetzt ist mir zweifelhaft, ob das national-liberal-konservativ-meritale Jollbildnis noch lange vorhalten wird. Ich muß eingehen auf die Rundgebungen, die in letzter Zeit stattgefunden haben, von Arbeiterdeputationen und großen Arbeitervereinigungen, die dem Kaiser Treue und Anhänglichkeit auszusprechen sollten und von denen man eine Schwächung der Socialdemokratie erwartete. Die Socialdemokratie wird sich dagegen verteidigen, wenn sie es hier nicht darf, wird sie es an anderer Stelle thun. Wir ist es aber doch sehr zweifelhaft, ob solche Rundgebungen geeignet sind, gegen die Socialdemokratie zu demonstrieren. Wir können uns nicht verhehlen, daß die große Mehrheit der Arbeiter heute auf Seiten der Socialdemokratie steht, und je mehr man den Krieg gegen die Socialdemokratie führt, desto mehr identifiziert man die Arbeiterschaft mit der Socialdemokratie. (Sehr richtig! links.) Der Herr Reichsfinanzler hat uns Neuerungen englischer Arbeitervertreter angeführt über die deutschen Verhältnisse. In der That hat kein andres Land auf dem Gebiet etwas Ähnliches geleistet wie Deutschland, in keinem andern Lande sind aber auch die Vorbedingungen dafür so gegeben wie in Deutschland mit seiner bis ins kleinste organisierten Bureaucratie. Gewiß bringen diese Besuche den Arbeitern große materielle Vorteile. Die Zufriedenheit ist in ihren Reihen dadurch aber nicht gewachsen. Und warum? Wenn der Herr Reichsfinanzler die englischen Vertreter gefragt hätte, ob sie bereit wären, unsere Versicherungs-gesetze und damit auch unsere sonstigen Zustände zu übernehmen, so würden sie gesagt haben: Das fällt uns gar nicht ein. Die Arbeiter genießen bei uns viel größere Berücksichtigung ihrer Rechte. Ich bedaure, daß wir nicht andere Wege gehen als bisher, um die Arbeiter von der Socialdemokratie abzuwenden zu machen. Berücksichtigen wir die Interessen der Arbeiter in allen Wegen, soweit es irgendwie mit unsren Interessen vereinbar ist, und hüten wir uns davor, ihnen irgendwelche Beschränkungen anzuerlegen, die andern Ständen nicht auferlegt werden. Sorgen wir dafür, daß sie durch die Steuer-gesetze nicht am meisten belastet werden, dann wird sich sicher ein Teil der Arbeiter sagen: „Es ist vielleicht besser, nicht Socialdemokrat zu sein und die Vorteile zu genießen.“ (Abg. Weikel: Dabei werden wir Sie stets unterstützen!) Das wird auch immer angenehm sein. In England giebt es keine große Socialdemo-

kratische Partei, und daher mag es keine Partei, gegen die Arbeiterinteressen aufzutreten. (Sehr richtig! links.) Zum Schluß möchte ich dem Herrn Reichsfinanzler unsern Dank aussprechen, daß er es durchgesetzt hat, daß unser Antrag für Wahrung des Wahlgeheimnisses endlich Gesetz wird und der den Gedanken einer Aenderung des Wahlgesetzes in reaktionären Sinne bei dieser Gelegenheit nicht hat auskommen lassen. Sehr wünschenswert wäre es, wenn nun endlich auch die Frage der Diäten geregelt würde. Uebrigens handelt es sich auch nicht bloß um die Frage des Wahlgeheimnisses, sondern darum, daß endlich auch einmal die behördlichen Wahlbeschlüsse aufhören. (Bravo! links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

Auch ich spreche dem Reichsfinanzler den Dank dafür aus, daß er mit dem verprochenen Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses eine alte Forderung auch unseres Programms erfüllt hat. Ich hoffe, daß auch die konservative Partei erfahren wird, daß sie von dieser Aenderung nichts zu fürchten hat, sie wird allerdings jetzt bei den Wahlvorbereitungen etwas früher aufstehen müssen. In diesem Reichstag wird es ja nicht möglich sein, weitgreifende Gesetzesvorlagen zu erledigen, aber wir hoffen, daß der Reichsfinanzler dem nächsten Reichstag weitere Gesetze zum Ausbau der Socialpolitik vorlegen wird. Herr v. Kardorff unterschätzt bedeutend die Kraft des geistigen Kampfes gegen die Socialdemokratie. Diese Partei ist viel weniger durch die Fähigkeit ihrer Führer als vielmehr durch die fürchtbaren Fehler der Regierung so groß geworden. Der Schutz der wirtschaftlich Schwachen ist dringend notwendig und nicht nur die Industrie-Arbeiter gehören zu den wirtschaftlich Schwachen, sondern ebenso die Landwirtschaft. Es ist ja die Möglichkeit vorhanden, daß selbst mit dem angenommenen Zolltarif noch etwas für die Landwirtschaft herausgeschlagen wird, mit diesem Zolltarif, der wie wir jetzt aus gewissen Versammlungen gehört haben, fast gescheitert wäre. Es haben Herzen mit rotem Kopf die Verhandlungen verlassen und der Herr Reichsfinanzler hat gesagt: was soll nun werden. Wenn Friedrich der Große von seinen Offizieren verlangte, daß sie Glück haben müssen, so müssen auch Staatsminister Glück haben. Das Glück naht ja in mancherlei Gestalt. Unserm Herrn Reichsfinanzler ist es beim Zolltarif in Gestalt des Herrn Abgeordneten Singer genah. (Große Heiterkeit.) Das beste Rezept, wie auch mit diesem Zolltarif gute Handelsverträge abgeschlossen werden können, ist in einer jener Versammlungen gegeben worden, als gesagt wurde: Warum treten wir nicht scharfer auf? Wir sind die besten Käufer der Welt. Zum Donnerwetter! Mit einem solchen Käufer werden die Herren doch ganz gern verhandeln. Wir brauchen nur etwas mehr Schnelligkeit. Herrn v. Kardorff möchte ich auffordern, mir mal einen freikonservativen Wähler zu zeigen. Solche sind mir noch nicht begegnet. Es giebt zwar freikonservative Abgeordnete, aber keine Wähler. (Weiterkeit.) Thatsächlich sind die Freikonservativen immer Kompromisse eingegangen in Wahlkreisen, wo die Konservativen sehr stark waren, die Nationalliberalen aber nicht sehr schwach. Der Kandidat bekommt dann das Wörtchen frei von den Nationalliberalen und bekommt damit die Freiheit, sich im Reichstag mal nicht konservativ zu zeigen. (Große Heiterkeit.) Herr Schäbler hat erklärt, daß seine Freunde Handelsverträge nicht zustimmen würden, die nicht Schutz für die Landwirtschaft bringen. Ebenso haben das die Deutsch-konservativen erklärt. Theoretisch ist also die Landwirtschaft getarret und ich hoffe, daß das letzte Wort mit dem Zolltarif in dieser Beziehung noch nicht gesprochen ist. Große Ersparnisse werden beim Marine-Etat zu machen sein. Das Volk muß jetzt vielfach allerhand Vorabmachungen von hoher Stelle auslöffen. An einer Stelle darf nicht gespart werden: Bei der Rüstung für unsere Zubaliden. Die Mittel dazu könnten durch die Wehrsteuer aufgebracht werden. Jetzt wird im Lande für die Veteranen gesammelt und um alte Kleider für sie gebeten. Das sind unwürdige Zustände. Ueber den Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Prinzenregenten ist von den Abgeordneten Schäbler und Vollmar gesagt worden, was gesagt werden mußte. Die Erklärung des Reichsfinanzlers bedauere ich. Die Abgeordneten haben die Pflicht zu reden. Es ist die verkehrte Welt. Von den Abgeordneten verlangt man, daß sie schweigen und von den Generalen, daß sie reden. (Weiterkeit.) Der General v. Los hat sehr schön von dem Wehrhändler Moses hier geredet. Hinterher hat sich herausgestellt, daß Moses hier gar nicht das eiserne Kreuz hatte, das man ihm angedichtet hatte und wegen dessen man ihn in der stammverwandten Presse gelobt hatte. (Weiterkeit.) Dem Reichsfinanzler bitte ich, für endliche Einführung von Diäten Sorge zu tragen. Was die auswärtige Politik anlangt, so datiert der Haß Englands gegen uns nicht von dem Vorengriege. Der ist viel älter. Das enge Verhältnis zu England hat uns nur nachtheil gebracht. Die Vereitelung des Empfangs der Voerengenerale in Berlin beim Kaiser war sehr bedauerlich. Endlich bitte ich die Herren der Auswärtigenkommission des Reichstages, zu untersuchen, ob nicht das Standbild des Kaisers Wilhelm I. im Reichstagsgebäude einen andren Platz bekommen kann. Es stört uns, daß der Kaiser uns fortgesetzt den Rücken zuwendet. Wir wünschen, daß er uns seinen Blick zuwenden — ein Symbol dafür, daß unsere Beratungen stets in seinem Geiste gehalten sein mögen! (Beifall bei den Antisemiten und rechts.)

Reichsfinanzler Graf Bismarck:

Herr v. Kardorff schien nicht einverstanden zu sein mit dem kaiserlichen Marginal zu einem Bericht des Botschafters Fürsten Radolin über seine Unterredung mit Millerand. Die Stelle lautete: „Herr Millerand verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzu sehr geneigt ist.“ Dazu hatte Sr. Majestät der Kaiser an den Rand geschrieben: „Richtig — und das aber!“ Ich bestreite keineswegs, daß gerade in Deutschland das Bürgertum und das Unternehmertum viel geleistet hat für die Hebung der unteren Klassen, daß es thatkräftig mitgewirkt hat am Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung, aber es liegt in der Natur des menschlichen Egoismus, daß keine Gesellschaftsform gern Opfer bringt zu Gunsten einer andern Gesellschaftsform. Es ist deshalb Pflicht der Monarchie, hier ausgleichend einzugreifen, damit die Klassen-differenzen immer mehr zusammenkrumpfen, damit die ärmeren Klassen wohlhabender werden und immer mehr Individuen aufsteigen aus den unteren in die höheren Schichten. Das ist mein socialpolitisches Bekenntnis, das ist die Anschauung der verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat der Kaiser in jenem Marginal Ausdruck gegeben, dessen Verlesung ich nicht bedauere. Ich möchte mit einigen Worten auf die Schlussausführungen des Herrn Richter eingehen. Bei Herrn Richter pflegt ja meistens das Hauptgewicht der Rede auf dem Schluß zu liegen. Ich will mich mit rückhaltloser Offenheit aussprechen. In jedem konstitutionellen Staatswesen hat der Minister und namentlich die leitenden Staatsmänner mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so giebt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten. Je stärker und je ausgeprägter die Individualität des Monarchen ist, um so mehr wird er geneigt sein, Einfluß zu gewinnen auf den Gang der Staatsgeschäfte. Das dadurch einem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat Herr Richter vollkommen recht, und deshalb habe ich zu seinen Ausführungen genügt. Aber auf der andern Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem und sehr großem Vorteil ist. Davon kann man sich im Auslande überzeugen. Ich habe lange Jahre meines Lebens im Auslande zugebracht und ich habe in ausgesprochen parlamentarisch regierten Ländern nicht sehr viele gesprochen, die mit einer ganz erhabenen Haltung der Monarchie einverstanden waren, aber sehr

viele, die sich nach einem stark accretierten Monarchen sehnten. Auch diejenigen, die mit dem Gang unsrer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das thatkräftige Streben und das ideale Wollen unsres Kaisers, sie sollten doch nicht ungerecht sein für den großen Zug in seinem Wesen, nicht ungerecht dafür, daß er einen freien und vorurteillosen Sinn hat. Ich sage das ohne jeden Vyzantinismus. Aber in der Person des Kaisers ist nichts Kleinsliches, und was Sie ihm auch vorwerfen mögen, ein Philister ist der Kaiser nicht. (Große Heiterkeit.)

Herr Richter hat seine Angriffe, wenn auch in geschickter und gewählter Form gegen die Person des Monarchen gerichtet und nicht gegen die verantwortlichen Minister. Das innerste Wesen des konstitutionellen Staates besteht aber darin, daß der Monarch staatsrechtlich nicht verantwortlich ist. Wenn Sie also Angriffe richten wollen gegen irgendwelche Handlungen des Monarchen, so sind dieselben zu richten an die Person des verantwortlichen Reichsfinanzlers und der Minister. (Große Unruhe links.) Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser Verantwortlichkeit je entzogen hätte. (Erneute Unruhe links.) Wenn ich die Ueberzeugung gewänne, daß zwischen dem Monarchen und mir ein Zwiespalt darüber entstünde, auf welche Seite den Interessen des Landes unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu dienen sei, so würde ich diesem Zwiespalt dadurch ein Ende machen, daß ich Sr. Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben. So lange ich aber an dieser Stelle sitze, bitte ich, etwaige Angriffe nicht an die allerhöchste Person, sondern an den verantwortlichen Reichsfinanzler zu richten. Ich komme nun noch mit einigen Bemerkungen zu dem Herrn Abg. Liebermann v. Sonnenberg. Unter den Äußerungen, von denen ich gestern sprach, steht der Herr Abgeordnete unabweislich in erster Linie. (Stürmische Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat wiederholt zu kämpfen gehabt mit den Gefühlen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, ich erinnere nur an die Vattenberg-Epifode. Er ist sehr oft genötigt gewesen, die Interessen des Landes zu stellen über die vorkühnende Stellung der öffentlichen Meinung. (Sehr richtig!) Das war auch unsre Aufgabe gegenüber dem südafrikanischen Kriege und auch während des Besuchs der Voerengenerale in Berlin, auf den einzugehen ich mich durchaus nicht scheue. Der Empfang der Voerengenerale ward dem Kaiser durch mich vorgeschlagen worden unter zwei ausdrücklichen Bedingungen, nämlich einmal, daß sich die Voerengenerale auf deutschen Boden jeder anti-englischen Agitation zu enthalten hätten, und daß sie als englische Staatsangehörige die Audienz durch den englischen Vorkauser nachzusuchen hätten. General Dewet hatte diese Bedingungen für sich und seine beiden Kameraden angenommen (Hört! hört!); ich kann meinen Gewissensmann dafür nicht nennen, aber ich verlichere Ihnen, daß es eine durchaus glaubwürdige, achtungswürdige Persönlichkeit ist. Von demselben Gewissensmann wurde mir einige Wochen später mitgeteilt, daß bei den Voerengeneralen eine plötzliche Sinnesänderung stattgefunden hätte, daß sie es nicht mehr für möglich hielten, beim Kaiser ihrerseits um eine Audienz nachzusuchen, sondern daß sie es für richtiger hielten, wenn der Kaiser sie kommen ließe. Unter diesen Umständen konnte von der Audienz keine Rede sein, und es konnte auch ein Empfang an amtlichen Stellen, nachdem die Generale einer Audienz beim Kaiser ausgewichen waren, nicht mehr in Frage kommen. Ich möchte nun noch eingehen auf eine Aeußerung des Herrn v. Kröcher, die Herr v. Liebermann sich zu eigen gemacht, über die zu große Niedrigwürdigkeit und Grundlosigkeit — das soll wohl heißen zu große Schwäche — unsrer auswärtigen Politik. Es ist merkwürdig, daß während und hier von manchen Leuten vorgeworfen wird, wir wären zu liebendwürdig, ich in auswärtige Blätter lesen und sogar hier und da in Berichten zu hören belomme, wir wären im höchsten Grade unliebendwürdig. Das eine ist so unrichtig, wie das andre. Es ist eine vollständig falsche Auffassung, daß wir uns irgend jemandem an den Hals wüßten, so hysterisch sind wir gar nicht angelegt. (Weiterkeit.) Wir haben es auch gar nicht nötig, irgendwo einbringlich um Liebe zu werben. Wir brauchen niemand nachzulassen, wir brauchen die andren nicht mehr, wie die andren uns brauchen. Wir denken gar nicht daran, für irgend jemandes schöne Augen irgend welche realen deutschen Interessen zu opfern. Aber, meine Herren! Jeder Kaufmann wird Ihnen sagen können, daß Geschäfte nicht notwendig mit schlechten Manieren geführt zu werden brauchen. (Sehr richtig! links.) Grobheit ist noch nicht Würde, und Kränklichkeit ist nicht Festigkeit! (Sehr richtig! links.) Ein ewiges Greinen und Schelten und Schimpfen über das Ausland, wie ich hier und da glücklicherweise nur selten in deutschen Blättern gefunden habe, ist noch kein Beweis vom richtigen Nationalbewußtsein. Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identische Begriffe. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Wenn die Kunst eines auswärtigen Ministers lediglich darin bestünde, von Zeit zu Zeit mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, dann — könnte mancher Minister des Kaiser sein. (Weiterkeit.)

Unsre Aufgabe in der Welt besteht nicht darin, daß wir nach Indianerweise den Tomahawk schwingen und heute diesen, morgen jenen Staat verlangen. (Weiterkeit.) Die Zeiten, wo der Deutsche im Ausland und gegenüber dem Ausland zu bescheiden auftrat, sind Gott sei Dank vorüber, und Sie können versichert sein, daß ich diese Zeiten nicht wieder herbeiführen werde. Wir wollen es aber auch nicht machen wie der Bauer in der Fabel, der, nachdem er auf der einen Seite vom Gaul heruntergefallen war, nachdem er kaum heraufgeklettert, von der andern wieder herunterpurzelte.

Wir wollen nicht in denselben Fehler verfallen wie andere, denen wir oft genug Hochmut und Lebermut vorgeworfen haben. Ich glaube, ich habe es bereits einmal in Bezug auf unsre Politik in Ostafrika gesagt, wir werden nirgend wo das Äschenbrödel spielen, sondern den Remonissen und Großthuer wollen wir auch nicht spielen, sondern ruhig und fest, wie es immer deutsche Art gewesen ist, ohne Schwäche aber auch ohne Provokation und ohne unzüchtiges Maulheldentum unsren Weg gehen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Bp.): Ich möchte nur dem Abg. Liebermann gegenüber bemerken, daß ich niemals das Programm des Bundes der Landwirte unterschrieben habe, auch niemals meinen Wählern gegenüber Verpflichtungen eingegangen bin oder ihnen Versprechungen gemacht habe. Herr v. Liebermann sagte, es gäbe keine freikonservativen Wähler. Ich lade ihn in meinen Wahlkreis ein, da kann ich ihm ein paar Tausend zeigen. (Weiterkeit.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Vermishtes.

Ein irischer Postdampfer mit ganzer Besatzung untergegangen. Aus Cork (Irland) wird unter dem 17. Januar geschrieben: Der Dampfer „Alpura“ (Kapitän Kearney), der der City of Cork Steam-Packet-Compagny angehört und auch Postdienste verrichtet, wird seit Freitagmorgen vermisst und ist auf der Reise von Cardiff nach Cork mit seiner ganzen Besatzung untergegangen. Das Schiff verließ Cardiff am Donnerstag frühmorgens und geriet bald nach der Ansfahrt in den in jener Nacht wütenden schweren Sturm, nachdem es noch kurz vorher von verschiedenen andern Schiffen gesehen und gesprochen worden war. In der Nähe der irischen Küste, d. h. in der Höhe von Ballycotton-Bucht, muß dann der Dampfer zu Grunde gegangen sein, weil seit gestern nachmittag fortgesetzt in der genannten Bai Schiffstrümmer, Boote, Rettungsgeräte usw., zum Teil mit dem Namen „Alpura“, angelesen werden; drei Leichen von Personen, die zu dem Schiff gehörten, sind ebenfalls schon gefunden worden. Der Dampfer war ungefähr 1000 Tonnen groß, hatte eine Besatzung von 26 Mann und 14 Passagiere an Bord.

Aus New wird berichtet: Vorgestern entstand in der Kirche des hiesigen Gouvernementsgefängnisses während des Gottesdienstes ein Streit unter den internierten schweren Verbrechern. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem drei Arrestanten verwundet wurden. Das Personal der Gefängniswache stellte die Ruhe wieder her.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 22. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. L'Arlesienne.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Deutsches. Faust.
Berliner. Heimkehr.
Leipzig. Der blinde Passagier.
Neues. Die Kluge.
Reichens. Die beiden Schulen.
Thalia. Seine Kleine.
Wetien. Der Narrensal in Rom.
Central. Madame Sherry.
Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. — Am Telephon.

Neues Cyber-Theater. Chopin-Abend von Miss Gladys Duncan.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Esther. Hierauf: Zwei Eisen im Feuer.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.) Ein Ehrenwort.
Carl Weisk. Alle Räder.
Luisen. Die Maschinenbauer von Berlin.

Metropol. Neues! Allerneuestes! Bunter. System Rubert.
Kleines. Erdgeist.
Trionon. Die Liebesfahne.
Palast. Auf hoher See. Specialitäten.
Casino. Moderne Frauen. Specialität.
Apollo. Specialitäten. — Raffines Hochzeit.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Im Hörsaal: Dr. Schwahn über Gebirge und Erdbeben.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Fräul. Fritz Georgette.
Zum 80. Male:
Madame Sherry.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend - Nachmittag 4 Uhr:
Schnoewisschen und Rosenrot. Ab. 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Fräul. Fritz Georgette. Madame Sherry. Sonntag-Nachmittag 3 Uhr: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Fräul. Fritz Georgette. Madame Sherry.

Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schulen.
(Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten von Hfr. Capus. Deutsch von Theodor Wolff.
Morgen und folgende Tage: Die beiden Schulen.

Luisen-Theater.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2 Kasse.
Morgen: Zum erstenmal: Die Tochter Bellias. Sonnabend: Die Camellendame. Abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer von Berlin. Montag: Die Maschinenbauer von Berlin.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Sollvorstellung. Parterre 60 Pf.
Ise Römer.
Schauspiel in 5 Akten v. G. Hirtzfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal: Familie Humbert oder: Der hundert Millionenwindel. Sonnabend-nachmittag 4 Uhr Kinder-Vorstellung: Hohenbrödel. Sonntag-nachmittag 3 Uhr keine Preise: Ise Römer.

Casino-Theater
Lützowstraße 37.
Nur noch bis Freitag:
Moderne Frauen
und die glänzenden Specialitäten.
Anf. Sonntag 7 1/2, Wochent. 8 Uhr.
Ab Sonnabend einige Wiederholungen: Ein Sohn des Volkes.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.

Trionon-Theater.
Georgenstraße.
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesfahne.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Zum Schluss, neu: Die Götter in der Hölle.
Sinfonie von Beethoven.
Sinfonie von Wagner.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Esther.
Von Franz Grillparzer.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Lustspiel in 3 Akten frei nach Calderon von Friedrich Adler.
Freitagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Geheimnis der Gilde.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Renaissance.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Schwahn: „Gebirge und Erdbeben.“

Apollo-Theater.
Tägl. 8-9 1/2 Uhr: Specialitäten u. Robert Steidl auf dem Hängeboden.
Donnerstag 9 1/2, Sonnabend 10 1/2 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Freitag 9 1/2, Sonntag 10 1/2 Uhr: **Frau Luna.**
Sonntag-nachmittag 3 Uhr ermäßigte Preise, ohne Bortverkauf - Gebühr: Lysistrata. In allen Vorstellungen vorher Specialitäten.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.
Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
D-Wochent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Nur noch kurze Zeit: Augusto
Adamovic
Nachmittags 7 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
11 neue erstklass. Nummern.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Heen-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neu! Alles neu!
8 1/2 Uhr. Neu incenter: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild in Bezug u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantic, Kraft-Wit.
Gehr. Beilong, großart. Melange-Wit.
Jonny Manchoux, das med. Weltwdr.
The Helsons, eine Scene im Raffsch.
Elsa Byron, Souffretten-Diva.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Grosse **Busch-Ausstellung.**
Max u. Moritz, Pater Filucius etc.
Zauberkünstler F. Roberts (d. Verschwinden einer Dame).
Kasperle-Theater. — Illusionen.
Gr. Promenaden-Konzert.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Joseph Josephi,
Henry Bender, Frid. Frid., Flora Sidling,
Hans Reichsborg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Zum 163. Male:
Seine Kleine.
Große Ausstattungspose mit Gefang und Tanz in 3 Akten.
Am 1. Akt: Ein Winterfest im Grunewald. Am 2. Akt: Haben Sie nicht den kleinen Cohn gesehen? (mit Guido Thielscher). Am 3. Akt: Lebende Märchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag-nachm. 3 Uhr: **Senore.**

Cirkus Schumann
Donnerstag, den 22. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Hervorragendes Programm.
Der phänomen. Künstler Mr. Diavola
Looping the Loop.
Die unverwundliche Pantomime voll Witz, Humor und Heiterkeit:
Die lustigen Heidelberger.
Sonntag-nachmittag: **Pierrots Weihnachten.** Die grosse Bonbonnière und der Bonbonregen.

Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 22. Januar 1903:
Der Erbfürster.
Lebensspiel in 5 Akten (7 Bildern) von Otto Ludwig. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Buntes Theater
Köpnickerstr. 68.
Abends 8 Uhr:
System Aubert

Buntes Theater
Köpnickerstrasse 68.
Sonnabend, den 24. Januar:
Erste Subskriptions-
Redoute.
Eintrittskarte 10 M.
Künstlerkarte 5 „
Logo für 4 Personen . . . 20 „
Anmeldungen im Sekretariat täglich von 10 bis 3 Uhr nachmittags und von 6 bis 10 Uhr abends.

Etablissement Buggenhagen
am Horitzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: **Waldierfest.**
Im Kaiser-Saal: **Norddeutsche Sänger und Tanz.**

Wintergarten

Das sensationelle **Januar-Programm.**
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“. Morton und Elliott, Excentrics. Wallino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das **Bordeverry-Trio.**
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl. Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“, Eine Vision.
Pariser Luft, Ballett.
„Die Reise in den Mond“, Biographische Bilder.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **Januar-Programm**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Feb. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Steidl-Theater
Lützowstr. 132.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Stürmischer Erfolg!
Familie Humbert
Ultramodern von Fritz Steidl.
11. u. a. gänzlich neue Programm.
Entrée 50 Pf. (Bortverkauf 40 Pf.).
Spezial 1 M., Loge 1,50 M.

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 22. Januar 1903,
abends 8 Uhr:

32

Volksversammlungen
für Berlin und Vororte.

Tages-Ordnung:
Was steht auf dem Spiel?

Die Versammlungen finden statt:

1. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
2. Wahlkreis: Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg. Schlegelsberg, Hasenheide 21. Jühlke, Dennewitzstr. 13.
3. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Ressource, Kommandantenstr. 57.
4. Wahlkreis (Osten): Keller, Kopenstr. 29.
4. Wahlkreis (Südosten): Drachenburg, Vor dem Schleifischen Thor 2. Urania, Wrangelstr. 11. Graumann, Hannenstr. 27.
5. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (fr. Lipp), Am Königs-Thor.
6. Wahlkreis: Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9. Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23. Weimanns Volksgarten, Badstr. 56. Borussia-Häle, Adlerstr. 6-7. Eiskeller, Chausseest. 88. Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81. Zeltow-Beeckow: Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3. Rixdorf: Wernikes Festsäle, Hermannstr. 49. Steglitz-Fichtersfelde: Richter, Groß-Fichtersfelde, Chausseest. 104. Howawes: Bernhardt, Priererstraße. Schöneberg: Obst, Meiningenstr. 8. Köpenick-Adlershof, Alt-Glinde-Grünau: F. Scheer, Köpenick. Johannisthal-Nieder-Schönebrunn: Senstleben, Friedrichstr. 48. Nieder-Barnim: Friedrichsfelde: Habes Festsäle, Prinzen-Allee 30. Fichtenberg: H. Gürsch, Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86. Pankow: Ebersbach, „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102. Reinickendorf: Thomas, Auguste Victoria-Allee. Wilhelmsruh: Deutschmann. Rummelsburg-Stralau: Restaurant Bellevue. Tegel-Borsigwalde: Crapp, Bahnhofstr. 1. Weißensee: Schloss Weißensee.

Referenten sind die Genossen:

- Albrecht. Augustin. Barthels. Baudert. Bernstein. Bruns. Förster. Fischer. Friedeberg. Geck. Heine. Herzfeld. Hirsch. Katzenstein. Kiesel. Kotzke. Kunert. Ledebour. Liebkecht. Rosa Luxemburg. Molkenbuhr. Pfannkuch. Schulz. Silberschmidt. Singer. Ströbel. Weyl. Wurm. Wiesenthal. Wermuth. Klara Zetkin. Zubell.

Arbeiter, Parteigenossen! Durch die Vorkommnisse in letzter Zeit werdet Ihr den Ernst der gegenwärtigen Situation erkannt haben. Beweist durch Massenbesuch der Versammlungen, daß Ihr nicht ruhig alle Provokationen der Reaktion und Wächter hinnehmt.

Die Vertrauensleute Berlins und der Vororte.

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Am Telephon.
Drama in zwei Akten.
Gieraus gegen 8 1/2 Uhr:
Cupido & Co.
Schauspiel mit Gef. u. Tanz in 3 Akten.
Emil Sondermann, Ferd. Worms, Hambrook, Reimer; Damen: Dichter, Marton, Forelen.

Cirkus Busch.
Donnerstag, den 22. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey mit Elefanten-Jagd.
Tartakoff-Troupe, Seelöwen. Elefant und Pferd. Amateur-Reiten.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Robert und Gertram.
Heute fällt der Tanz aus!
Freitag: **Carmen.**

Deutsche Konzerthallen
Spannauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entrée frei!
5 Künstler-5 Kapellen-5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soliste:
Tanz-Kränzchen.
Neu! Grüneberg's Neu! Sensationsparodie: **De Lup in de Luft.**



Cabliou

ohne Kopf

das Pfund 22-25 Pfg.

In lebendfrischer Ware ist soeben ein grosser Posten **Cabliou** eingetroffen, den wir zu nebenstehendem billigen Preise offerieren. Unser **Kochbuch**, das jeder Käufer gratis erhält, giebt schmackhafte Rezepte.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Haupt-Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Lüneburgerstr., Ecke Paulstr.
Stadtbahnhofen 388/80.

	Preis für ein Pfund	im Anschnitt
Adlerlachs	30 Pf.	40 Pf.
Seekarpfen	30 "	40 "
Seebucht	40 "	48 "
Seelachs	25 "	35 "
Schellfische in allen Grössen	20-40 "	
Bratfundern	25-30 "	
Blaufisch	60 "	
Geräuch Adlerlachs à la Stör	60-90 "	
Schellfisch	35 "	
Roche u. Soolachs	50 "	
Marinierte Seefische zu billigsten Tagespreisen.		

Generalvertreter: **Johs. Skorczyk.**
IV. Madalstr. 22 (im Schliesischen Bahnhof).

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Von heute ab kommt ein grosser Posten fertiger

Handarbeiten

soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf.

Besonders hervorzuheben sind:

Schoner auf Kongress- oder Aidastoff	55 u. 70 Pf.	Point lace-Decken 90	Pf. bis 3.85
Nähtischdecken auf Kongress- od. Aidastoff	1.60 Mk.	Point lace-Läufer 2	Mk. bis 4.25
Läufer u. Decken	2.30 u. 2.85 Mk.	Point lace-Handtücher	1.80

Jedes Wort: **5 Pfennig.**
Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Edelkellerei, Restauration, verlässlich. Lustn. Beusselstr. 24. 485*

Restegeschäft, fünfehn Jahre bestehend, krankheitshalber billig zu verkaufen. Knyper, Ruffen-Str. 19. 1853B

163 Quadratrunder Bauland, gesunde Lage, sind für den sehr billigen Preis von 8 Mark pro Acre sofort zu verkaufen. Hausverwaltung Brunnenstr. 151. 1641B*

Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437*

Dreijährige elegante Herren-Knige und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und ruhigen von 18 bis 45 Mark. Auslass Lindenbaum, Große Franzfurterstr. 141, 5te Fruchtstr. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 1472B*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen fertig und nach Maß. Große Franzfurterstr. 16, August Wilhelm.

Krawattenhose, große Auswahl, Ballner-Theaterstr. 20. 1374B

Kanarienvogel, Oststamm Selzer, verkauft Kochim, Brunnenstr. 97.

Kanarienvogel, Weibchen verkauft Scholz, Schönleinstr. 20. 4120*

Kanarienvogel und Weibchen verkauft Gödde, Reimendorferstr. 54.

Kanarienvogel, Hedweibchen, Leipzigerstr. 25, Eingang Angermünderstr. 1409B*

Kanarienvogel, prima Jung-Weibchen, große Auswahl, Groß-Weibchen verkauft Reichs, Reimendorferstr. 154a. 1344B

Weisse Herrenhüte, gute Qualität, Stück 25 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Dussfabrik, Comptoir Kattelerstr. 25A, früher Baumstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

Teppiche! (Sechsböcke) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Sportbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge, Remontieruhren, Regulatoren, Gardinen, Spiegel, Badstülkchen, Stühle, Kofstühle, Leihhaus Reanderstr. 6, Leihabteilungen gestaltet. 55/16*

Betten, Stand 10 Mark, Damburger, Spandauer Straße 1b. 1659B

Teppiche mit Herdensehern Fabrik, niederlage Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437*

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweitmäßigsten. Feinste Geschenke von 25 Mark an. Labellos: Ringschiff, Bobbin-Schnellnäher, bequeme Leihzahlung wochentlich und monatlich. Reparaturen billig, adgemäss. Diele, Rekanifer, Nähmaschinen - Spezialgeschäft, Brunnenstr. 119. 1449B*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler Central-Bobbin, Orion (Kotallons-Bobbin), Veita, Lambourier, Clotte, Säulen- und Diesel-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung constanteste Bedingungen. Hellmann, Gollnowstr. 23, nahe der Reimendorferstr. 1469B*

Gasheizparolen! Amelodges-focher 1.300, Petroleumfenster! Gas-Heizapparate! Gaslyren! billig! Köhler, Ballner-Theaterstr. 22.

Steppdecken billigt Fabrik Große Franzfurterstr. 9, parterre. 437*

Edelkellerei billig verlässlich, Vogel, Weihenburgerstr. 48. 479*

Gutes Bett, Teppich, Steppdecken, Kissen, Bettdecke, Vorhänge, Gardinen billig Raumannstr. 52, I. Hof. 1680B

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gedraute tadellos, spottbillig Köp- nickerstr. 60/61, Landsberger- str. 82. 493*

Pianino, gut erhalten, sofort ver-käuflich Ritterstr. 120, I. 57/10*

Schlafrod, neu, spottbillig, Engel, Brenzlauerstr. 28 II. 128/4

Grüntrampgeschäft mit Kasse ver- käuflich Bogenstr. 30. 475*

Dame verkauft elegantes Taschen-loft, 48 Mark, Bettstellen, Spinde, Verkleidetes, spottbillig Treiblich- str. 131d vorn IV Hof. 82/17

Fahrräder, verfallene, allebekannt günstigste Einkaufsquelle bleibt trotz alledem Leihhaus, Neue Schönhauser- str. 11. Groharige Gelegenheiten sämtlicher Rademarken: Brennab- räder, Barbarossa, Dürkoppäder, Cycloäder, Panterräder, Wander- räder, darunter nagelneue Exemplare. Billige, kleine Preislagen, 15,00 an- vorhanden. Leihhaus, Neue Schön- hauserstr. 11. 128/3

Glühöfen, gebrauchte, billig zu verkaufen. Karl Kaufmann, Rillen- hofstr. 16-19, am Urban. 87/12*

Verschiedenes.

Leichalle, 10er 5 Pfennige, von 5/1 Uhr geöffnet. Chausseest. 121.

Rechtsbureau, Gollnowstr. 44, Gewissenhalter Rat, Anfertigung gerichtlicher Arbeiten, Einziehung von Forde- rungen, Sonntags geöffnet. 1663B

Rechtsbureau Radisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andersplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengruppe, Paterteilung. 1645B*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengruppe, Paterteilung, Ball, Brunnenstr. vierzig. 1642B*

Parentenwalt Dammann, Tra- nienstr. 57 (Kortzplatz), bis abends neun. 1634B*

Kunstkopferlei von Frau Hofsch, Steinmeyerstr. 48, Lagergebäude hoch- parterre.

Wästen verleiht billig Herbrand- Hente, Dennewitzstr. 1 (Gde Steg- licherstr.). 1550B*

Wästen verleiht billig I. Hof, am Weilmh, Kleine Androssstr. 12.

Brodhauslexikon und alle andern Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstr. 56, I. Amt VI, 3397. *

Alte Goldschalen, Jahngesäße, Platin, Rängen kauft Schneider, Brunnenstr. 137, Schmeigzel.

Abilektion! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Weltbundes gegen Abi- lektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierärztgenerein, Königsgräberstr. 105. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161B*

Bereine, Saal mit Bühne Sonntags zu vergeben Kälterstr. 7. *

Bereinszimmer, großes frei, Simeonstr. 23, Hof. 1484B*

Sonnabend, 28. Februar frei geworden, ist für Maskenball an Bereine zu vergeben Ruh' Selon, Große Franzfurterstr. 85. 413B*

Platino, Gold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Blattgold, Refgold kauft Brod, Wrangelstr. 4. 57/13

Vermietungen.

Zofort oder April Neine und Mittelwohnungen billig, Rummels- burg, Kantstr. 38. 53/9*

Restaurations - Collaberräume, Wohnung, April 1903, Rirdorf, Ring- bahustr. 16, Handwirt. 1645B

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlaf- stelle sucht Witwe Jacobson, Kolberger- str. 23. 842B*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Polkänger - Gesellschaft Lewan- domsky, Beusselstr. 28.

Stellenangebote.

Tüchtige Bauhilfer verlangt Keiff, Bauhilferlei, Dornsdorf. 1681B

Maschinenmeister für Abwä- rungs- und farbigen Druck wird ver- langt Adlerstr. 6. 1673B

Büchsenfeder, tüchtigen, kuchen Krause, Alexanderstr. 35. 1671B

Platte Kamelid, Blasen und Paletots, verlangt Kustauerstr. 66, I. im Hause.

Knabenanzüge, tüchtige Hand- und Maschinenmacherin, Defer, Urdom- str. 7. 4145

Arbeiterinnen auf Nadels, Palet- tots verlangt Nieme, Oberstr. 9.

Stepperin auf Damen-Jadels verlangt Jordan, Kälterstr. 1. 1679B

Momelid auf bessere Paletots verlangt Weite, Pasterstr. 22.

Polamentier - Handarbeiterin, im und aufrum Hause, Lehmädchen ver- langt Nieme, Oberstr. 19. 1644B*

Lehmädchen sucht sofort Schul- warenhaus Kochlern, Reimendorfer- str. 56. 475*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Spinnerinnen, geübte, für Drähte verlangt C. J. Vogel, Adlerhof bei Berlin. 57/14

Christliche Rahmenleistenfabrik sucht energischen Werkführer. Offerte von nur fachkundigen Bewerber zu richten an Rahmen- u. Leistenfabrik, Wien XIV, Nobilegasse 23.

Achtung, Holzarbeiter! Gelpert sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinen- arbeiter und Polierer: Dur u. Engbrecht, Götlicher Ufer, Schulert, Kallanien-Wee 10, Heijewerth, Kälterplatz 9. Für Drechsler: Bröde, Hofmannstr. 32. Die Ortsverwaltung.

Klavierarbeiter. Wegen Lohnrückzahlung haben sämtliche Umklemer der Pianofabrik von Kuhl, N., Watzstr. 18, die Arbeit niedergelegt. 141/1*

Stuccateur! Gelpert ist die Firma Schuchardt, Neuenburgerstr. 30 und Dombau wegen einer unwürdigen Arbeits- ordnung und Nichtbewilligung eines Arbeiters zum Materialzutragen. Die Firma ist deshalb zu meiden. Die Ortsverwaltung.

Parteilosen! Agitiert für zahlreichen Besuch der zu heute abend 8 Uhr anberaumten 32 Volksversammlungen, in denen der Bevölkerung Berlins und der Vororte Gelegenheit gegeben ist, gegen die Gewalttätigkeit der parlamentarischen Mehrheit und gegen die Unterdrückung der Redefreiheit im Reichstag Protest zu erheben! Die Volksversammlung ist der freie Reichstag des Proletariats!

Lokales.

Erweiterendes aus den Spandauer Mauerbetrieben.

Man schreibt uns: „Dem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“ lautet ein Sprichwort, dessen Wahrheit den Arbeitern der Spandauer Staatsbetriebe selten so sehr zum Bewußtsein gekommen ist, wie seit dem letzten Montag.

Der „Vorwärts“ hat ja bereits des öfteren Mitteilungen über die Unzufriedenheit gebracht, die unter den „Schülern“ des Herrn v. Gokler herrscht. Daraus wird den Lesern des „Vorwärts“ bekannt sein, daß die Schuld an der schlechten Entlohnung vorwiegend dem bis ins Unendliche ausgebauten Klassensystem zugeschrieben wird, das mehr als ein Duzend Lohnklassen aufweist und die Arbeiter in solche erster und zweiter Güte, in „zuverlässige“ und „besonders zuverlässige“ Arbeiter teilt. Dem wollte die Feldzeugmeisterei nun mit einem Meisterlohn abhelfen, und zwar im Hinblick auf die eben begonnene Eratsberatungen im Reichstage radikal. Am Sonnabendnachmittag wurden die Arbeiterauschüsse der sechs technischen Institute nicht wenig verwirrt, als je drei der ältesten Mitglieder von ihnen den Auftrag erhielten, sich am Montag früh nach dem Direktionsgebäude der Artillerie-Verstatt zu begeben, woselbst eine Besprechung mit einem Kommissar des Ministeriums stattfinden sollte. Hoffnungsvoll gingen die 18 „Schlichten Männer aus der Verstatt“ zu der Sitzung, um sofort zu erfahren, daß es sich nicht um eine Besprechung über die Abänderung der Lohnliste und entsprechende Aufbesserung der Löhne, sondern einzig und allein um die eventuelle Abschaffung resp. Einschränkung des Klassensystems handelte. Der Kommissar, ein Major aus Berlin, leitete die Besprechung, an welcher auch die Direktoren und die Ober-Ingenieure der sechs Institute teilnahmen, mit der Erklärung ein, daß der „Vorwärts“ und die „Laternen“ (unser Spandauer Lokalorgan) fortgesetzt über das Klassensystem weiterreden, weshalb einmal die Frage erbogen werden solle, wie darin eine Besserung zu schaffen sei. Vor allem gelte es, — andere Bezeichnungen für Arbeiter „erster“ und „zweiter“ Klasse, „Handlanger“ und „gewöhnliche Arbeiter“ zu finden, da sich durch die jetzige Benennung ein großer Teil der Arbeiter gekränkt fühle. Und so gab man sich denn wirklich recht tiefgründigen Betrachtungen darüber hin, wie durch eine andere Wahl der Bezeichnungen — der Unzufriedenheit der Arbeiter begegnet und — man lasse nicht — ihren Wünschen Rechnung getragen werden können. Im Laufe dieser Debatte, an der sich alles Erstes selbst der größere Teil der hiesigen Arbeitervertreter — ernsthaft beteiligte, warf der Direktor des Feuerwerks-Laboratoriums, der um seiner verdienstlichen und entgegenkommenden Amtsführung willen von den Arbeitern sehr geschätzte Oberleutnant Kronisch, feinsinnig die Bemerkung ein: „es dürfte den Arbeitern doch wohl weniger um den Namen, als um Geld zu thun sein“; leider wollte diese Bemerkung nicht abflühend auf die um das Ausfindigmachen von Nennungen erwachten Männer. Nach ca. fünfständiger heisser Arbeit hatte man denn auch glücklich die „soziale Frage“ gelöst. Man einigte sich dahin, daß die dankbare Minivelt durch folgende Titulaturen in Erntestunden und die unzufriedenen Spandauer Mauerbetriebe-Arbeiter zur ewigen Dankbarkeit verpflichtet werden sollten: statt Mechaniker 1. und 2. Klasse: Mechaniker und „Feinmechaniker“, statt „Handlanger“ und „gewöhnliche Arbeiter“: „Verwaltungs- und Depotarbeiter“; statt „Gärtner 1. und 2. Klasse“: „Gärtner und Obergärtner“; statt „Maurer 1. und 2. Klasse“: „Maurer“ (es ist ungeschicklich wahr) — Ober-Maurer!!

Nicht nach Titeln und Orden schieben die Spandauer Staatsarbeiter, sondern nach menschenwürdiger Entlohnung, nach genügend Brot. Die Kreuze an Titeln und Orden überlassen sie gern der Kapitulantenklasse!

Zu der letzten Sitzung der städtischen Verkehrs-Deputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner teilte dieser mit, daß die Stadträte Gehörte und Dr. Weigert am 1. Januar d. J. freiwillig ausgeschieden seien. An deren Stelle wären die Stadträte Jacoby und Kollé getreten, die der Oberbürgermeister in dem neuen Wirkungsbereich herzlich willkommen hieß. Die Deputation genehmigte einen Antrag der Großen Berliner Straßenbahn, in dem engen Teil der Hofstraße statt der geplanten zwei Straßenbahn-Gelände nur ein Gelände im Anschluß an die Gelände in der Breitenstraße bezw. Verandenstraße und Kölnischer Fischmarkt zu legen, unter der Bedingung, daß die Gesellschaft die vertraglich anbedungenen 100 000 M. als Beitrag zur Verbreiterung der Hofstraße an die Stadt zahle.

Der Magistrat hat den Etat 45 für das Märkische Provinzial-Museum, der in Ausgabe mit 28 000 M. abschließt, genehmigt. Mehr bewilligt wurden 1800 M. Diäten für einen im Museumsdienst schon bewährten Geologen und ebensoviel für einen Archäologen und Kunsthistoriker, sowie 1000 M. Diäten für einen Präparator. Diese Ausgaben sind bedingt durch den Umzug aus den jetzigen provisorischen Räumlichkeiten in der Zimmerstraße nach dem Museumsbau. Um die Aufstellung der vielen einzelnen Sammlungen anzuführen, ist die Verstärkung des wissenschaftlichen Personals durch Sachverständige notwendig.

Zum Kampf um die Vernichtung des Straßenhandels. Das Kammergericht hat gestern ein den Händlern außerordentlich ungünstiges Urteil gefällt. Die Rixdorfer Straßenpolizei-Verordnung vom 8. Dezember 1901 verbietet generell im Absatz 3 ihres § 68 für den ganzen Stadtbezirk den Straßenhandel unter Zuhilfenahme von Fuhrwerken aller Art. Die Straßenhändler, die bisher Wagen benutzten und durch diese Bestimmung in ihrer Existenz gefährdet sind, haben sich nicht daran gehalten, um so eine Entscheidung des Kammergerichts über die Gültigkeit des Verbotes herbeizuführen. Ein Herr Stein, der die Sache durchsetzen sollte, ist auch vom Landgericht als der Berufungsinstant freigesprochen worden. Das Landgericht erklärte das Verbot wegen seiner Allgemeinheit für rechtmäßig, weil die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs ein so allgemeines Verbot nicht erheische. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Der Angeklagte wurde in der Verhandlung vor dem Kammergericht durch den Rechtsanwalt Dr. Carl Liebhaf vertreten, welcher geltend machte, der der Polizei obliegende Schutz der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs könne nur dazu führen, daß man unter gewissen tatsächlichen Voraussetzungen den Straßenhandel beschränke und regule. In einzelnen, besonders verkehrreichen Straßen möge ein Verbot der vorliegenden Art gerechtfertigt erscheinen, in anderen Straßen mit weniger Verkehr sei es unzulässig. Daß in allen Straßen der Stadt die Benutzung von Wagen beim Straßenhandel den Verkehr beeinträchtigt, widerspreche jeder Erfahrung, sei nicht wahr. Das allgemeine Verbot im § 68 Abs. 3 der Rixdorfer Verordnung sei einfach eine Maßnahme, die die Vernichtung eines Teils des Verkehrsrechts überhaupt bedeute.

Der Straffenant des Kammergerichts hob indessen auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Vorentscheidung wieder auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Präsident Großhuff führte aus: Der § 68 Abs. 3 der Straßenpolizei-Verordnung für

Rixdorf sei rechtmäßig. Er sei auf Grund des § 68 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes erlassen im Interesse der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, da der Straßenhandel unter Zuhilfenahme von Fuhrwerken aller Art den Verkehr zu hindern geeignet sei. Es sei nicht richtig, daß ein solches Verbot nicht unterchiedslos für alle Straßen erlassen werden könne. Die Frage der Zweckmäßigkeit, ob das Verbot nur für einzelne Straßen oder für alle Straßen notwendig sei, habe das Gericht nicht zu prüfen. Die fragliche Bestimmung ließe auch mit der Gemeinde-Ordnung nicht im Widerspruch, denn der Straßenhandel werde nicht völlig unterlagert, sondern es werde nur die Anwendung eines den Verkehr hindernden Mittels verboten. — Das Landgericht habe die Strafe festzustellen.

Die Zahl der städtischen Arbeiter-Ausschüsse dürfte eine Vermehrung erfahren. Es hatten sich, wie erinnerlich, die Arbeiter der städtischen „Stein-Depots“ an den Magistrat gewendet, welcher sich mit der Angelegenheit mehrfach beschäftigte und sie schließlich an die städtische Baudeputation II zur Begutachtung verwies. Diese erklärte sich in ihrer gestrigen Sitzung im Prinzip mit der Bildung eines Arbeiter-Ausschusses einverstanden, wie er bereits bei den Kanalisations-, Wasser- und Gaswerken besteht. Der vorgelegte Entwurf über die Bildung, Zusammensetzung und Tätigkeit des Ausschusses der auf den städtischen „Stein-Depots“ beschäftigten Arbeiter wurde mit einigen Abänderungen angenommen.

Zum Aushub-Badenschluß hat in seiner letzten Monatsversammlung der Berliner Frauenverein Stellung genommen. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, durch welche die Mitglieder verpflichtet werden, nach 8 Uhr abends keine Einkäufe zu machen und in diesem Sinne auf ihre Angehörigen und Bekannten einzuwirken, um dadurch, daß die Läden nach 8 Uhr abends leer stehen, auf einen früheren Badenschluß hinzuwirken. Hoffentlich wird dieser Beschluß auch gehalten!

Ueber den letzten Duellkampf für Ordnung, Religion und Sitte bringt das „Berl. Tagebl.“ noch folgende Einzelheiten: Daß der vom Oberleutnant v. Gradow niedergeschossene Hensburger Rechtsanwalt Dr. Ahe sich anfangs energisch gestraubt hat, auf ein Duell einzugehen, haben wir schon mitgeteilt, ebenso die Beweggründe zu der Afsair. Schließlich hat Ahe es nicht an Versuchen fehlen lassen, den Termin des Duells hinauszuschieben. Das Duell sollte schon vor Weihnachten stattfinden. Ahe hat es durchgesetzt, daß das Fest vorübergehen konnte, ohne daß er sich schlagen mußte. Dann sollte sicheres Vernehmen nach das Duell vor 12 bis 14 Tagen bei Hensburg ausgetragen werden. Ahe bemerkt, um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, daß es verstanden und in den Gränzen bei Berlin verlegt wurde. Endlich gab es für ihn kein Ausweichen und sein Jögern mehr, und so trat er seine Reise in den Tod an. Er reiste am Mittwoch vergangener Woche von Hensburg ab, weil er, wie er sagte, in Altona in Anwaltsgeheimnissen zu thun habe. Er wollte jedoch bereits am Donnerstag zurückkehren. Statt seiner kam am Mittwochabend eine Depesche aus Altona an seinen Bureauvorsteher, daß er am Donnerstag noch nicht zurückkehren werde, da er geschäftlich noch nach Berlin müsse. Am Freitag fand dann, wie bekannt, das Pistolenduell im Gränzwald statt. — Die Nachricht von dem Duell und seinem tragischen Ausgange telegraphierte der Sekundant Ahes, Hauptmann v. d. Morwig, an seine in Hensburg weilende Gattin, und diese begab sich mit noch einer Offiziersdame zu Frau Ahe und gab ihr Kunde von dem Geschehenen. Vor seiner Abreise aus Hensburg hat Dr. Ahe seine Angelegenheiten, sowohl die persönlichen wie geschäftlichen, bis ins kleinste Detail geordnet. In seinem Schreibtische fanden sich die genauesten Bestimmungen vor, und bereits am Freitagnachmittag übernahm Rechtsanwalt Dr. Pöde, bisher in Kiel, ein Freund und Studiengenosse Ahes, das Bureau und die Praxis Ahes, so daß geschäftlich alles ordnungsmäßig weitergeführt werden konnte. Angehts all der Umstände und vorbereitenden Vorgänge, die dem Duell vorangingen, unterliegt es gar keinem Zweifel, daß weitere Kreise Kunde von dem bevorstehenden Duellkampf gehabt haben. Es wird denn auch allgemein behauptet, daß dieses der Fall gewesen sei, ja es wird sogar behauptet, daß eine bestimmte Behörde davon unterrichtet gewesen sei. Was sonst noch über das Liebesverhältnis Ahes und dessen nähere Umstände im Umlauf ist, entzieht sich in den Einzelheiten der Verichterstattung.

Die Polizei und der Samariter. Die Mitteilung, die wir unter dieser Spitzmarke am Dienstag veröffentlicht haben, ist von den meisten hiesigen Blättern mit Bemerkungen des Erstaunens abgedruckt worden. Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Polizeibehörde sich zu diesem auffeinerregenden Fall äußern würde. Das ist nun zwar bisher nicht geschehen, wohl aber bringt eine hiesige Lokalcorrespondenz eine „Richtigstellung“, der einige Zeitungen polizeioffiziöser Charakter beimeßen. Wohl zu Unrecht. Danach soll Herr Schönwetter an dem ihm widersprechenden Unannehmlichkeiten insoweit schuld sein, als er zunächst sich einen falschen Namen beigelegt und dann den Beamten mit einem Thaler zu bestehen veranlaßt haben soll.

Herr Schönwetter weist diese gegen ihn erhobenen Verdächtigungen entkräftet von sich. Ueber den Bestimmungsbereich, der Herrn Schönwetter untergeordnet wird, haben wir uns schon in unserer Mitteilung vom Dienstag geäußert und auch jetzt bestrittet er auf das entschiedenste, irgendwie etwas bezug zu haben, was nach einer Strafthat aussehen könnte. Der Vorwurf, daß Schönwetter auf der Wache dem Beamten einen Thaler zu geben versucht habe, kann schon um desswillen nicht zutreffen, weil ihm alle Verhältnisse, also auch das Geld, abgenommen wurden und er ferner gar kein Thalerstück im Besitz hatte. Ebenso hinwiegend ist die Behauptung über den zu Unrecht Sifürten, daß er sich einen falschen Namen beigelegt habe. Sowohl in der Gastwirtschaft von Göde als auch auf der Polizeiwache hatten die Beamten Gelegenheit, den Militärpaß, den Schönwetter bei sich trug und der ihm ebenfalls sofort abgenommen wurde, einzusehen, und die auf dem 31. Polizeirevier in der Kreuzbergstraße eingezogene Erkundigungen konnten über die Person des Sifürten keinerlei Zweifel aufkommen lassen, selbst wenn die Unterstellung der Korrespondenz so richtig gewesen wäre wie sie falsch ist. Hätte die Polizei etwas Wesentliches an unserer Mitteilung richtig zu stellen gehabt, so würde sie wohl selbst mit einer Entgegnung gekommen sein.

Eine wenig angebrachte Schneidigkeit bethängte kürzlich der Gutsvorsteher Siebel von Pflanzensee, der gleichzeitig als Sekretär der dortigen Strafanstalt beschäftigt ist. Unmittelbar am Terrain der Strafanstalt liegt nämlich der Besitz des Schankwirts S. Dieser läßt zur Zeit einen Teil seines niedrig gelegenen Grundstücks aufbauen. Da jedoch die vorbeistührende, teilweise noch ungepflasterte Straße „Am Königsdamm“ in einem äußerst mangelhaften Zustande gehalten ist, so war es einfach unmöglich, ein auch nur mäßig beladenes Fuhrwerk nach dem Lande zu bringen. Um diesem Uebelstande wenigstens in etwas abzuhelfen, beauftragte S. am 10. d. M. den Arbeiter G., die am schlechtesten fahrbare Strecke der Straße durch Abladen von Mämostensquart und

Schladen auszubessern, damit ein Fuhrwerk dort überhaupt passieren könne. Dieses Vorhaben mochte dem Gutsvorsteher wohl als ein Eingriff in fremde Rechte erscheinen, denn er betrachtet die Straße als einen zur Strafanstalt gehörigen Privatweg. Kurz und bündig verbot er das Abladen des Schattes. Als aber der Arbeiter sich auf seinen Auftraggeber besaß und seine Arbeit fortsetzte, holte Herr Siebel zwei Soldaten vom Gefängnis-Kommando und ließ den Arbeiter von ihnen mit aufgefpannten Seitengewehr nach der Strafanstalts-Wache abführen, woselbst seine Verhaftung festgesetzt wurden. Und dies alles, obwohl die Frau des Schankwirts den Arbeiter sofort als bei ihr beschäftigt legitimierte. Abgesehen von der gänzlich überflüssigen und unberechtigten Sifürung des Arbeiters muß es doch recht auffällig erscheinen, daß der Wachehabende einem Anstaltssekretär, der nebenbei nun einmal Gutsvorsteher ist, einer solchen Bagatelie wegen seine Mannschaft zur Verfügung stellt. Wohin soll es denn führen, wenn Soldaten unter Waffen bereit den Anordnungen irgend eines untergeordneten Beamten dienlich gemacht werden? Das Abladen des Schattes an jenem Ort und zu jenem Zweck war, wenn wirklich unzulässig, doch nur ein sehr geringfügiges Vergehen, welches derartig schneidige Maßnahmen gewiß nicht notwendig machte, umsoweniger, als seitens der Gefängnisverwaltung das Abfahren von Müll und sonstigen Abfall aus der Strafanstalt an ähnlichen Stellen schon jahrelang geuldet wird.

Die Natur-Gisbahnen in der Umgebung Berlins werden, wie wir schon am Dienstag erläutert haben, durch die Eisbrecher und die ungenügende Eisung oft zu einer schweren Gefahr für das Publikum. Die Polizei, die sonst die Pflicht in sich fühlt, in allen und nachteiligen Dingen Vorsehung zu spielen, zeigt hier von neuem, daß sie in notwendigen Fällen versagt. Die üblichen Strohvienen waren, wie berichtet wird, in den letzten Tagen an gefährlichen Stellen ent... aber gar nicht oder recht ungenügend gestellt; in andern Fällen hindert die Vorsehung nicht, daß die Dampfer des Radts an Stellen fahren, die tagsüber für sicher galten. Gewiß ist es nicht möglich, dem Radtsman und der Unersfahrenheit auf alle Fälle zu steuern, wohl aber sollte man denken, daß sich Anordnungen treffen lassen, welche einigermaßen Sicherheit verbürgen.

Das Eis der Havel hat am Montag noch ein weiteres Opfer gefordert. Bei der Villa Jagenheim brach der 19-jährige Steinseher Wilhelm Schomburg ein und ertrank, obgleich man auf seine Hilfe mit Stangen herbeieilte, um ihn zu retten. Seine Leiche wurde bereits herausgeholt. Auch hinter der Gliemder Brücke gerieten zwei Schiffschuldbüser in eine offene Stelle und konnten nur mit vieler Mühe gerettet werden. Ein junger Mann aus Berlin, der mit einem Freund von der Gliemder Lande aus das Eis betreten hatte, brach schon nach kurzer Zeit ein, wurde aber durch seinen Freund gerettet und in einem benachbarten Restaurant mit trockenen Kleibern versehen. Zwei Werderische Offiziere, welche vom Wildpark über das Eis der Havel nach der Inselstadt gelangen wollten, hätten ihr Begleitungs gleichfalls beinahe mit dem Leben bezahlt. Sie brachen in der Mitte des dort sehr breiten Flusses ein und mußten lange mit den Wellen kämpfen, ehe ihnen durch einige Leute, die mit langen Stangen herbeieilten, Hilfe wurde.

Ein Baumsturz, bei dem ein Arbeiter sein Leben verlor, ereignete sich, wie uns nachträglich berichtet wird, am Sonnabendnachmittag 1 1/2 Uhr auf dem Neubau Stralower Allee 29a. Bei einer Stelle von 8 Grad waren drei Arbeiter beschäftigt, einen sechs Meter langen eisernen Träger zu verlegen, eine Arbeit, die sonst nur unter Leitung eines sachverständigen Maurers ausgeführt wird. Auch hatten die Arbeiter keine feste Stützung unter den Füßen, vielmehr wurde die Arbeit von oben ausgeführt. Beim Anheben verlor der Arbeiter Grösch aus der Launenstraße 5 das Gleichgewicht und stürzte rücklings aus einer Höhe von 12 Meter herab. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, starb jedoch bei der Einlieferung. Grösch hinterläßt außer seiner Frau zwei unermwachsene Töchter.

Den Tod auf den Schienen fand gestern Mittwoch, vormittags gegen 11 Uhr der 18 Jahre alte Bahnarbeiter Paul Kond 6 aus Friedrichshagen. Kond arbeitete bei der Streckenkolonne zwischen Friedrichshagen und Rixdorf. Als zwei Züge zu gleicher Zeit die Arbeitsstelle passierten, standen die Arbeiter plötzlich in der Dampf- und welche die beiden Lokomotiven auspfeiften, so daß sie infolge dessen das Herannahen eines in entgegengesetzter Richtung herkommenden Zuges nicht sehen konnten. Die Lokomotive dieses Zuges erfaßte Kond und tötete ihn.

Durch einen Sturz von der Treppe ist der 43 Jahre alte Hausverwalter Heinrich Döbbs aus der Großen Hamburgerstr. 87 tödlich verunglückt. Döbbs wollte am Donnerstag voriger Woche in einem Zabriskeller des Grundstückes das Gas ausdrehen. Da er nicht wieder kam, so suchte man ihn, und zwei Arbeiter fanden ihn nun mit gebrochenem Schädel bemußlos im Keller liegen. Der Verunglückte war die zehn Stufen zählende Treppe hinabgestürzt und hatte sich auch eine Schenkelverletzung zugezogen. Gestern erlag er im Krankenhaus am Friedrichshain seinen Verletzungen.

Die massakrierten Armenier. In einer Millionenstadt wie Berlin finden die Vertreter des gesamten Erdkreises irgend ein Plätzchen, um ihre Leiden der Öffentlichkeit zu klagen, und so nimmt es denn auch nicht wunder, daß ein der deutschen Interessensphäre so entferntes Land wie Armenien hier um Beistand sieht. Vor einigen Monaten schon wies unser Parteilosenfeste Bernsteins auf die uns schier unfaßbaren Gräueltaten hin, die von der türkischen Regierung an den christlichen Armeniern begangen worden sind, und gestern abend hat ein Reisender, der das unglückliche Land durchquert hat, den Kammer, von dem er vernommen, in knappen Worten zu schildern versucht. Herr Dr. Paul Rohrbach, der Generalsekretär des evangelisch-sozialen Kongresses, war von 1898 bis 1901 in Armenien und hat dort die Spuren jener Verwüstung betrachtet, welche die türkische Regierung im Jahre 1896 an der Bevölkerung vorgenommen hat. Vertreter des armenischen Volkes drängen auf die Einführung der Reformen, welche der Berliner Kongress 1878 ausdrücklich beschlossen hat. Dem türkischen Sultan ist dies unangenehm, und um seine Ruhe zu haben, schickte er Soldaten und andre Räuber ins Land mit dem Auftrage, den zehnten Teil der Bevölkerung abzuschlachten. Und dieser Auftrag wurde kalten Blutes ausgeführt; binnen kurzer Zeit ist eine viertel Million Männer, Frauen und Kinder ins bessere Jenseits befördert. Einige tausend Menschen flüchteten sich in eine Kirche; der Bequemlichkeit halber legt die Regierung Feuer an und läßt die Verammelten ersticken. Ein Derwisch saß den Vorhof, zu Allah und des Sultans Ehre hundert Kinder zu töten; er macht sich Gewissensqualen, als ihm nachgesagt wird, daß er nur 99 massakriert habe und ihm leider die Hand lahm geworden sei. Nach allem, was die Boeren erduldet haben, war es selbstverständlich, daß auch diese Gräueltaten die europäische Diplomatie nicht aus den Häuschen brachten und die Mächte nach wie vor mit dem Sultan bide Freundschaft hielten.

Der geistige Vortrag, der im vornehmen Hotel Saxonica gehalten wurde, war als eine Art Protestkundgebung gedacht, obgleich er mehr den Charakter christlicher Betsamlichkeit trug. Im ersten Teil gab das Scioptikon ein Bild von Land und Leuten,

und als die Lichter erlosch, erklärte Herr Kohrbach den hauptsächlichsten Charakter-Unterschied zwischen mohamedanischen Arabern und christlichen Armeniern dahin, daß die Anhänger der herrschenden Religion in apathischer Ruhe ihren Knecht pfanzten, die armenischen Christen hingegen strebten durch Handel Geld zu verdienen. Von flammenden Protesten in der kleinen, auch von den hier studierenden Armeniern besuchten Versammlung war nun eigentlich keine Rede und eine Rede gegen die türkischen Regierungsgrenzen, die sich schweigend gutgeheißt wurde, hielt sich streng in den Schranken wohlwollender Bescheidenheit. Die freisinnige Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus konnte sich nicht geziemender gegen eine ungeliebte Regierungsmassnahme auflehnen.

Die Direktion des Königl. Instituts und Museums für Meerestunde, Georgenstr. 34/36, teilt uns mit, daß die Einlaßkarten für den Vortrag des Professor Credner-Greifswald über die Insel Rügen (Freitag, den 23. d. Mts.) bereits vergriffen sind. Dagegen sind zu allen übrigen noch stattfindenden Vorträgen Einlaßkarten im Bureau des Instituts an den Wochentagen von 6 Uhr abends ab zu haben. Beginn der Vorträge jedesmal 8 Uhr abends.

Feuerbericht. Mit der Zunahme der Kälte in den letzten Tagen hat auch die Zahl der täglichen Alarmierungen sich erheblich vermehrt. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder gegen prägnant Alarme zu versetzen. Dienstag gegen Abend wurde sie nach der Wienerstr. 17 gerufen, wo in einer Tischlerei ein Feuer ausgebrochen war, dessen Abkühlung indes bald erfolgen konnte. Kleidungsstücke und Möbel gingen eine Stunde später in der Haide- reutherstr. 3 in einer Wohnung in Flammen auf. In der Kastanien- Allee 70 hatten in einem Keller Polstermaterialien Feuer gefangen, während in der Schwedlerstr. 236 durch Unachtsamkeit in einem Stall ein Brand entstanden war. In beiden Fällen gelang es aber, die Flammen bald zu ersticken. Nachmittags 3 Uhr mußte am Elisabeth-Platz 52 in einer Küche ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Ritter- strasse 49 hatte die Wehr längere Zeit mit der Abkühlung eines Kellerbrandes zu thun, der in der Hauptsache altes Gerümpel und Verpackungsmaterial einäscherte. Weitere Kellerbrände mußten in den letzten 24 Stunden in der Ritterstr. 3 und in der Wickeffstr. 69 beseitigt werden. Vormittags wurde die Wehr nach der Steglitzer- strasse 52 gerufen, wo im vierten Stock die Verpackung eines Möbets in Brand geraten war. Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in der Elbingerstr. 73, Elisabeth-Platz 52 und an mehreren anderen Orten. In allen diesen Fällen konnte jedoch die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Trotz der vielen Brände, die jetzt täglich erfolgen, finden sich immer noch Leute, die die Feuerwehre alarmieren. In der Nacht zum Mittwoch wurden die Feuerwehre in der Behm- und Mühlenerstrasse auf dem Gumboldbrunn böswillig gezo-gen. Leider gelang es in beiden Fällen nicht, die Täter zu ermitteln.

Aus den Nachbarorten.

Die Humboldt-Akademie hat auch in Rixdorf eine Zweigstätte errichtet, auf die wir hiermit hinweisen. Der Unterricht erfolgt in der Aula des Kaiser Friedrich-Realgymnasiums. Dienstags von 8-9 Uhr abends leitet Herr Dr. Verthold Dann über Einführung in die Kunstgeschichte und Dienstags von 9-10 Uhr Herr Otto Gramow über Moderne Denker. In diesem Vortrage werden die hauptsächlichsten philosophischen Systeme erklärt. Karten für Arbeiter zum ermäßigten

Preise von 3 M. sind in der Richardtschen Buchhandlung, Bergstr. 13, zu haben; eine Karte berechtigt zum Besuch des Vortrages auf 10 Abende berechneten Gyltus.

Ein Ehebruchdrama hat sich Dienstagabend in Spandau abgespielt. Als der Arbeiter Schwerdtfeger, der auf Außenarbeit beschäftigt war, ein paar Stunden früher als gewöhnlich heimkehrte, weil die Arbeit wegen der Kälte eingestellt worden war, fand er seine in der Neustadt belegene Wohnung verschlossen und verriegelt vor. Er vernahm wohl aus dem Innern derselben Geräusch, es meldete sich indes niemand. Er entfernte sich nun, um einen Schloffer herbeizuholen. Währenddessen ereignete sich in dem Hause ein entsetzlicher Vorgang. Aus dem Fenster seiner drei Treppen hoch belegenen Wohnung versuchte sich ein Mann an zusammengebundenen Stricken und Tüchern auf den Hof herabzulassen. In der Höhe des zweiten Stockwerkes zerriß jedoch die Strickleiter und der Mann stürzte hinab; anscheinend leblos wurde er von anderen Personen aufgehoben und nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, wo an ihm der Bruch beider Beine und des Rückgrats festgestellt wurden. Der Verunglückte ist ein 30-jähriger Wälder Stajubowski, der früher als Schlafburche bei Schwerdtfeger gewohnt hatte und seitdem mit der um 10 Jahre älteren Frau sträflichen Verkehre unterhielt. Der hintergangene Mann hat die pflichtvergessene Frau aus der Wohnung gewiesen. Die Frau machte gestern vormittag einen Selbstmordversuch, indem sie sich einen Revolverkugeln in den Kopf beibrachte; vorher hatte sie auch auf ihre neunjährige Pflegerin einen Schuß abgegeben und diese verwundet.

Gerichts-Zeitung.

Vom Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Unter der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe stand gestern der Köpfer Karl Thiem vor dem siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Am 12. September v. J. fand in der Oranien- halle eine öffentliche Versammlung der Kleingärtner, Glasmaler und Messinglaser statt zur Beschlußfassung über eine dahingehende Resolution: „daß nicht eher gerächt werden dürfe, bis sämtliche Forderungen der Streikenden seitens der Meister anerkannt würden.“ Unter den Rednern in der Versammlung befand sich auch der Angeklagte. Nach den Aufzeichnungen des überwachenden Polizei- Wachtmeisters soll der Angeklagte dabei gesagt haben: „man müsse mit allen, auch mit den ungeseligen Mitteln darauf hinwirken, daß die Forderungen der Streikenden durchgedrückt werden.“ Daraufhin wurde Anklage wegen Vergehens gegen § 110 St. G. B. erhoben, welcher demjenigen, der zum Ungehorsam gegen die Gesehe auffordert, eine Geldstrafe bis zu 600 M. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren androht. Im Termin bestritt der Angeklagte, sich so ausgesprochen zu haben, wie der überwachende Polizei-Wachtmeister und der diesem beigegebene Schutzmann behaupteten. Er will nur folgendes ausgesprochen haben: „Die Unternehmer geben eine schwarze Liste heraus, das ist ein ungeseliger Akt; mit derartigen ungeseligen Mitteln wollen wir nicht kämpfen, sondern mit allen uns zu Gebote stehenden geseligen Mitteln.“ Während mehrere Entlastungszeugen die Behauptung des Angeklagten unterstützen, die beiden Beamten bei ihrer Darstellung. Staatsanwalt Assessor Müller beantragte 1 Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Freundenthal hielt eine Verurteilung des Angeklagten angeht, der sich widerprechenden Aussagen der Entlastungszeugen nicht für möglich. Wenn aber auch der Angeklagte wirklich sich so geäußert haben sollte, wie die Beamten behaupten, so würde auch dann noch eine Strafe aus § 110 nicht verwirkt sein, denn zu dessen Anwendung gehörte doch mindestens, daß zum Ungehorsam gegen ein bestimmtes Specialgesetz

aufgefordert sein müsse. — Der Gerichtshof hielt einen Irrtum bei den Polizeibeamten nicht für ausgeschlossen, den Thatbestand nicht für genügend aufgeklärt und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Ein Ergauer. In geradezu schändlicher Weise hat der Tischler Friedrich Honold, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, Leute aus der Provinz, welche nach Berlin kamen, um hier Arbeit zu suchen, ausgebeutet. Der Angeklagte ging bei seinen Betrügereien stets nach derselben Weise vor. Er suchte seine Opfer in der Nähe der Bahnhöfe. Am Nachmittag des 21. August v. J. war vor kurzem aus Stettin ein Zug eingelaufen. In der Eichendorffstrasse traf der Angeklagte einen jungen Mann, in dem er sofort einen Arbeiter aus der Provinz erkannte. „Suchen Sie Arbeit?“ rebete er ihn an. Die Antwort lautete bejahend. „Was sind Sie?“ — „Klempner.“ — „Das paßt sich gut.“ erwiderte der Angeklagte, „ich bin auch Klempner und Vorarbeiter in einer großen Fabrik im Osten, mein Chef sucht einen Arbeiter. Er zahlt einen Monatslohn von 90 Mark. Wenn Sie wollen, können Sie gleich mitkommen, damit wir die Sache in Ordnung bringen.“ Hoffnungsvoll folgte der Klempner Müller seinem Ratgeber. Vor einer Fabrik in der Barckauerstrasse angekommen, bat der Angeklagte, etwas auf der Straße zu warten, er wolle mit dessen Papieren zum Chef hinaufgehen, um ihm die Sache zu unterbreiten. Der Angeklagte lehnte auch bald wieder zurück und erklärte dem Wartenden, daß alles in Ordnung sei, er könne am folgenden Morgen eintreten. Der Chef stelle nur die Bedingung, daß Müller sich ein Zimmer in der Nähe der Fabrik miete, damit während der Mittags- pause nicht so viel Zeit verloren gehe. Diese Bedingung wollte der Neuangetretene gern erfüllen. In lebenswürdiger Weise erbot sich der Angeklagte, ihm beim Mieten eines Zimmers behilflich zu sein. Als sie einen Mietzettel ausgehängt fanden, erbot der Angeklagte sich wiederum, das Geschäft abzuwickeln, da der Fremde überfordert werden könne. Er kam zurück mit der Nachricht, daß das Zimmer für die im voraus zu entrichtende Miete von 36 M. zu haben sei, wenn Müller es mieten wolle, möge er ihm die 36 M. geben, die er dem Vermieter schnell hinaufbringen wolle. Dann wollten sie zusammen ein Glas Bier trinken. Der vertrauensvolle Provinzialer zahlte seine Barckauerstrasse, um dann heimlich zu gehen, daß er nur 33 Mark bei sich führe. „Geben Sie mir dies, ich werde die 3 Mark für Sie auslegen“, erklärte der Gönner. Müller gab sein ganzes Geld her. Er wartete stundenlang, der Angeklagte kam nicht wieder. Er hatte ein Eckhaus mit zwei Ausgängen nach verschiedenen Straßen ausgesucht. Der arme Arbeitssuchende stand mittellos in Berlin da. Als es endlich gelang, des Schwunders habhaft zu werden, waren nicht weniger als 13 Hülle zur Anzeige gelangt, die alle in gleicher Weise ausgeführt waren. Der Gerichtshof sprach mit dem Staats- anwalt sein Bedauern darüber aus, daß das Geseh noch keine Justiz- strafe gegen den Angeklagten ansetze; es wurde gegen ihn, dessen Treiben als das denkbar gemeingefährlichste hingestellt wurde, auf fünf Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust erkannt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. R. 74. 1-3. Morgen im juristischen Teil des Briefkastens. 4. Victoria- Luffenplan 6, dort erfahren Sie alles erforderliche im Bureau des Vereins. Gaarlem. Graphische Presse in Leipzig-Schleußig.

Wetter- Prognose für Donnerstag, den 22. Januar 1903. Trocken und vorwiegend heiter bei schwachen südlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost. Berliner Wetterbureau.

Todesanzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß der Zimmerer **Wilhelm Fehrmann** am 19. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichen- halle des Central-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. 16789
Die trauernden Angehörigen.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Zimmerer **Wilhelm Fehrmann** Bezirk 170, am Montag, den 19. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Central-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. Um rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin (Bezirk 4). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Fehrmann** am Montag, den 19. Januar, gestorben ist. 384/4 Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen- halle des Central-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Central-Kranken- und Sterbekasse d. Zimmerer.
Bezirk III. **Todes-Anzeige.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Zimmerer **Wilhelm Fehrmann** am 19. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Verband der Bauarbeiter, den Freunden der Landenkolonie Wietzenstr. 54/56 und dem Lotteriekollegium meinen herzlichsten Dank. 16766
Ww. Reichert nebst Tochter.

Central-Kranken- und Unterstützungsverein d. Schmiede etc.
Zahlstelle Berlin IV.
Am Sonntag, den 18. Januar, starb unser Mitglied, der Schmied **Hermann Diesing.**
Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, am dem Charité-Kirchhof statt. 176/1 Um rege Beteiligung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher **Hermann Diesing** am 19. ds. Mts. an der Lungen- schwindel gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen- halle des Charité-Kirchhofes. Rege Beteiligung erwartet 110/16 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Bauhilflicher **Albert Wirtz** am Dienstag sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian- kirchhofes (Heimdenhof) aus statt. Dies zeigt Helvetia auf Frau **Anna Wirtz** geb. Haase nebst Kindern. 16745

Den Tod unsrer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter, der **Witwe Weichbrodt** zeigen hiermit allen Bekannten und Freunden selbstbüt an **Die trauernden Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Freitag, den 23. nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes zu Plöckensee aus statt. 4102

Hans Kayser
SO., Kietlhoizstrasse, Platz 9.
empfehlend sein grosses Lager in **Brennmaterialien** zu billigsten Preisen. L.

Freie Volksbühne.
Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in Cohns Festsäle, Bouthstr. 19-21:
General-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag: Herr Dr. Sigmar Mehring: „Die sociale Lyrik der Franzosen“. Recitation: Herr Wehlan (Schiller-Theater). Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Revisionsbericht, Diskussion und Verschiedenes. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Grüner-Sitzung: Sonnabend, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, 25. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
L'intruse (Der Eindringling) von Maurice Maeterlinck. Der Kammersänger von Frank Wedekind. Litteratur von A. Schnitzler.
Das Bühnenheft wird von heute ab in den Zahlstellen bei der Beitragszahlung unentgeltlich an die Mitglieder verabfolgt. Der Theaterzettel mit dem Personenverzeichnis wird im Theater ausgeben. 228/2 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Louis Kellers Festsäle.
Koppenstr. 29.

Sonnabend, den 24. Januar 1903:
Grosser Wiener Masken-Ball
arrangiert von Mitgliedern 23/5
der Central-Krankenkasse der Buchbinder, von der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes und dem Buchbinder-Männerchor.
12 Uhr Demaskierung. Zwei Musikkapellen. Während des Balles kommt zur Aufführung: „Preciosa“, ein Bild aus dem Jägerleben. Entree 50 Pf.

Der Ueberflus
wird zum Besten hilfsbedürftiger Mitglieder verwendet. Um zahlreichen Besuch ersucht **Das Komitee.**
Billets für Herren und Damen a 50 Pf. sind in allen Zahlstellen des Verbandes und der Krankenkasse, sowie in beiden Bureaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 22 und 24 zu haben. Die Zahlstellen sind an diesem Abend nur von 7 1/2-8 1/2 Uhr geöffnet.
Masken-Garderobe
von 2712
Carl Ernst,
Königsplatz, 128, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorgelegter dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.
Honig! Unerlässlich. Deutscher Bienenholz, best. Qualität, vert. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfund 4,00 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofs Auguststr., Oldenburg.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntage 10-12 2-4.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.
Sonntag, den 25. Januar 1903, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Zwölftes Stiftungs-Fest.
Künstler-Konzert (Harmonium, Flügel, Cello, Harfe), ausgeführt von der Berliner Künstler-Vereinigung.
festrede & Recitationen & Gesang.
Kassen-Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.
Billet 50 Pf. inkl. Programm und Liedertext. — Garderobe 15 Pf. Tanz 50 Pf. Nachzahlung.
Billets sind in der Schule, an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben. — Um Andrang an der Kasse zu vermeiden, wolle man sich frühzeitig mit Billets versehen. 4/6

Männer-Vortrag
heute abend 8 1/2 Uhr, Alexanderstrasse 27c (Englischer Garten) über: Die neue Therapie der chronischen Gonorrhoe.
Frauen-Vortrag
morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Andreasstrasse 26 (Andreas-Garten): Wie können Frauenleiden und Operationen verhütet werden? Vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann** demonstr. an groß. Lichtbildern. Kurantplatz Köpenickerstr. 72. Naturrätl. Sprechst. 10-2, 6-8. Sonnt. 10-12.

General-Versammlung
der Krankenkasse der Hutmacher-Gesellen zu Berlin. (E. H. Nr. 67.)
Montag, den 26. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr bei **Feindt, Weinstr. 11.**
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht.
2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und Krankenkassensprekoren. 1661b
3. Verschiedenes. 1661b
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Der Vorstand.** D. Tschoppe.

! Händlern! ! Hausierern!
Können mir ein frei veräußertes aus- sändliches Oel, exprobt heimwährend für Rheumatismus, Gicht, Gelenke etc. als lohnenden Verdienst zum Wiederverkauf anbieten. Verkaufspreis 1.- M. Mumm & Fröhlich, Hamburg 11. 56/16*

Wilhelm Lorenz
Bon 1890-1897 Koppenstr. 47. Bon 1897-1902 Voltastr. 43. Bon jetzt ab:
28 Koppenstrasse 28
neben L. Kellers Festsäle.
Restauration, Destillation und Bier-Lokal.
Zimmer für Zahlstellen und Vereine. 4142*